ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wollmershäuser, Timo et al.

Article

ifo Konjunkturprognose Sommer 2021: Deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wollmershäuser, Timo et al. (2021) : ifo Konjunkturprognose Sommer 2021: Deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 74, Iss. Sonderausgabe, pp. 01-52

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/250774

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ifo SCHNELLDIENST

2021

SONDERAUSGABE JUNI

ifo Konjunkturprognose Sommer 2021: Deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen

Timo Wollmershäuser, Przemyslaw Brandt, Christian Grimme, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Manuel Menkhoff, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje, Pauliina Sandqvist, Radek Šauer, Marc Stöckli und *Klaus Wohlrabe*

ifo INSTITUT

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

Kontakt:
Prof. Dr. Timo Wollmershäuser
Leiter Konjunkturforschung und -prognosen
ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen
ifo Institut – Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
Poschingerstraße 5
81679 München
Tel.: 089/9224-1406
Fax: 089/907795-1406
https://www.ifo.de/wollmershaeuser-t

ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Dr. Marga Jennewein, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Dr. Yvonne Giesing, Dr. Christa Hainz, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.
Bezugspreis jährlich: EUR 150,–
Preis des Einzelheftes: EUR 12,–
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: SAS Druck, Fürstenfeldbruck.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
https://www.ifo.de

Juni/2021

ifo SCHNELLDIENST Sonderausgabe

Inhaltsverzeichnis

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft **3**
Überblick 3
Ausblick 7
Risiken 9

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft **12**
Überblick 12
Ausblick 12
Box: Zu den unternehmensspezifischen Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe 13
Box: Zu den konjunkturellen Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe 16
Risiken 20
Box: Zur Revision der ifo Prognose vom März 2021 21
Finanzpolitische Rahmenbedingungen 23
Finanzierungsumfeld bleibt günstig, aber moderater Anstieg der Zinsen absehbar 25
Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen 26
Gesamtwirtschaftliche Produktion im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen 26
Dienstleistungsimporte erholen sich kräftig 29
Box: Zum Prognosefehler für das erste Quartal 2021 30
Zunächst verhaltene Erholung der Unternehmensinvestitionen 32
Wohnungsbau vorerst schwächer 34
Staatskonsum verliert allmählich an Dynamik 35
Impffortschritt und Öffnungen lassen private Konsumausgaben kräftig expandieren 35
Sondereffekte sorgen für kräftigen Preisschub 38
Box: Zur Konsumprognose im ersten Quartal mittels der Input-Output-Rechnung 39
Box: Zur jüngsten Inflationsdynamik aus der Perspektive des ifo-DSGE-Modells 40
Erholung am Arbeitsmarkt hat eingesetzt 40
Abbau der Kurzarbeit lässt Effektivverdienste trotz verhaltener Tariflohnentwicklung stark steigen 42
Box: Zum Einsatz der Kurzarbeit während der Coronakrise 43
Staatshaushalt 45

3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion **47**

4. Literatur **49**

5. Tabellenanhang **50**

Timo Wollmershäuser, Przemyslaw Brandt, Christian Grimme, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Manuel Menkhoff, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje, Pauliina Sandqvist, Radek Šauer, Marc Stöckli und *Klaus Wohlrabe*

ifo Konjunkturprognose Sommer 2021: Deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen

IN KÜRZE

Seit April dieses Jahres hat sich das Infektionsgeschehen mit dem Coronavirus in Deutschland deutlich verlangsamt und der Fortschritt bei den Impfungen gegen Covid-19 an Tempo gewonnen. Damit dürften die bestehenden wirtschaftlichen Beschränkungen allmählich aufgehoben werden, so dass einer vollständigen konjunkturellen Erholung beim Handel und in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen bis zum Ende des Jahres nichts mehr im Wege steht. Kurzfristig dämpfend wirken die Engpässe bei der Lieferung von Vorprodukten. Somit dürfte sich der industrielle Boom im weiteren Verlauf etwas abkühlen, auch weil die kräftigen Anstiege der Erzeugerpreise die Nachfrage bremsen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 3,3% und im kommenden Jahr um 4,3% zulegen. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2021 wurde die Wachstumsrate für das Jahr 2021 um 0,4 Prozentpunkte gesenkt und für das kommende Jahr um 1,1 Prozentpunkte angehoben.

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

ÜBERBLICK

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird weiterhin maßgeblich von der Corona-Pandemie bestimmt. Im Winterhalbjahr 2020/21 erholte sich das globale Bruttoinlandsprodukt weiter von seinem drastischen Einbruch im Frühjahr 2020 und lag zuletzt wieder fast auf seinem Vorkrisenwert (vgl. Abb. 1 A). Allerdings überdeckt das Weltaggregat die Heterogenität zwischen den Ländern, die sich aus den unterschiedlichen Zeitpunkten der (erneuten) Virusausbrüche, den unterschiedlich drastischen Infektionsschutzmaßnahmen und den verschiedenen Geschwindigkeiten beim Impffortschritt ergeben. So liegt China bereits deutlich über dem Vorkrisenniveau, die fortgeschrittenen Volkswirtschaften dagegen noch darunter; dabei haben die USA schon einen Großteil des Einbruchs wieder aufgeholt, während der Euroraum und Großbritannien noch ein größeres Stück zurückzulegen haben (vgl. Abb. 1 B). Im ersten Quartal 2021 kam es insbesondere in vielen europäischen Volkswirtschaften sogar wieder zu einem Rücksetzer angesichts erneuter Shutdown-Maßnahmen.

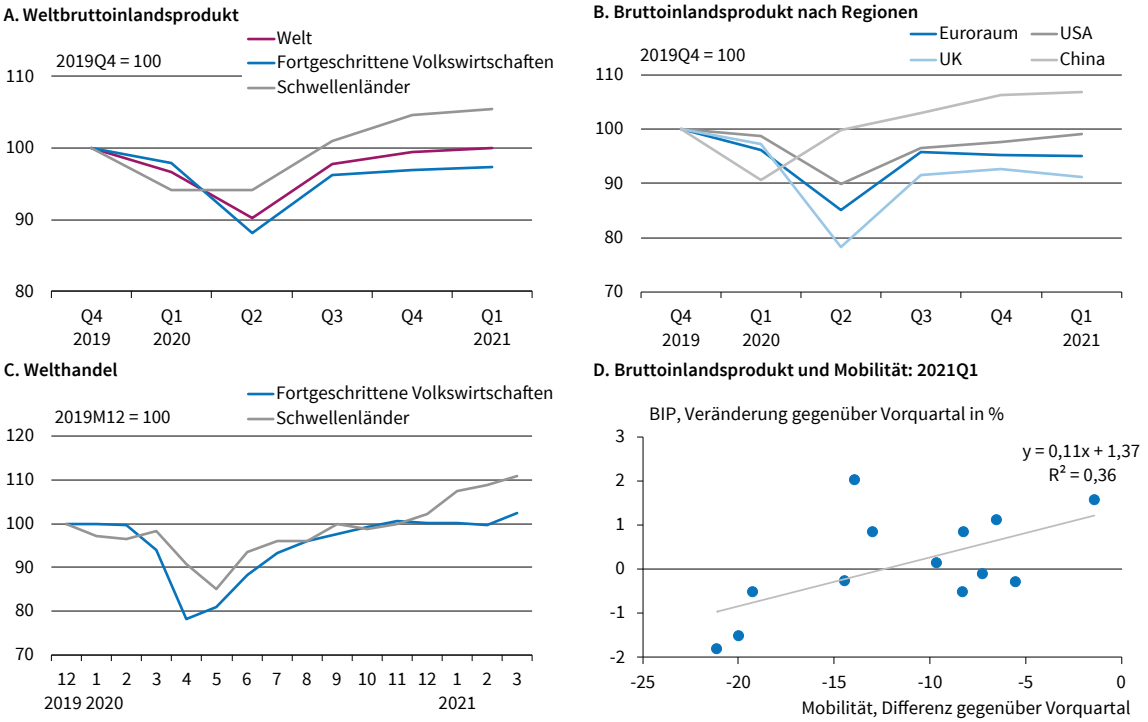
Der schon in der ifo-Winterprognose für das vergangene Jahr gezeigte positive Zusammenhang zwischen Änderungen in der Mobilität – als Maß für Verhaltensänderungen der Haushalte – und der realen Aktivität (vgl. Wollmershäuser et al. 2020) bestätigt sich auch für das erste Quartal 2021 (vgl. Abb. 1 D).[1] Dabei ist der Zusammenhang ähnlich hoch wie schon im Schlussquartal 2020, aber deutlich niedriger als im Sommerhalbjahr 2020. Somit waren im Winterhalbjahr 2020/2021 Unterschiede im Mobilitätsverhalten weniger entscheidend für die Entwicklung der realwirtschaftlichen Aktivität wie noch im Sommerhalbjahr 2020. Dies kann unter anderem als ein Indiz dafür gesehen werden, dass Haushalte und Unternehmen in der Zwischenzeit gelernt haben, ihren Aktivitäten in Pandemiezeiten weiter nachzugehen.

Der grenzüberschreitende Warenverkehr der fortgeschrittenen Volkswirtschaften bewegte sich zuletzt über sein Vorkrisenniveau (vgl. Abb. 1 C), wohl aufgrund der wieder erstarkten Investitionsaktivität, die eine relativ handelsintensive Komponente darstellt. Der internationale Warenhandel der Schwellenländer liegt bereits um mehr als 10% über dem Vorkrisenwert, angeregt durch den zuletzt recht intensiven Intra-Asienhandel. Dagegen konnte sich der weltweite Reiseverkehr und der Tourismus aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen weiterhin nicht erholen.

[1] Die Mobilität wird auf Basis von Mobilfunkdaten ermittelt; die Bewegungen von Personen werden nach mehreren Bereichen aufgeschlüsselt. Es wird auf die Daten von Google für den Bereich Einzelhandel und Freizeit zurückgegriffen, die es auf Tagesbasis gibt.

Abb. 1

Indikatoren zur realwirtschaftlichen Entwicklung



Quelle: Nationale Statistiken; CPB Netherlands Bureau of Policy Analysis; Google Mobility Report; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Die erneuten Coronawellen in vielen europäischen Ländern im Winterhalbjahr 2020/2021 führten zu Rückgängen beim privaten Konsum, so dass die Konsumausgaben der europäischen Haushalte immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau liegen (vgl. Abb. 2 A). Dagegen war der Konsum der US-amerikanischen Haushalte auch zuletzt weiter aufwärtsgerichtet und liegt inzwischen wieder auf dem Vorkrisenniveau. Viele US-amerikanische Haushalte profitierten unter anderem von den einmaligen Einkommenschecks aus dem US-Konjunkturpaket sowie dem im Vergleich zum Euroraum zügigeren Impffortschritt. Weiterhin zeigt sich, dass die Haushalte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften vor allem Waren kaufen (vgl. Abb. 2 B), während kontaktintensive Dienstleistungen weiterhin weniger nachgefragt werden. In einigen Ländern konnten Gastronomiebetriebe, Beherbergungsstätten und sonstige touristischen Betriebe zwar öffnen, aber nur unter strengen Auflagen, die unter anderem Beschränkungen bei der Auslastung vorsahen. Auch dürften viele Haushalte auf den Konsum solcher Dienstleistungen aus Vorsichtsgründen weiterhin verzichten. Die Konsumbeschränkungen, das vorsichtige Verhalten sowie die erhöhte Einkommensunsicherheit haben dazu geführt, dass die privaten Haushalte im Verlauf des vergangenen Jahres in großem Umfang Überschussersparnisse gebildet haben (vgl. Abb. 2 C).[2]

Zur Einkommensunsicherheit trägt auch die Lage an den Arbeitsmärkten bei. So befindet sich das Arbeitsvolumen weiterhin deutlich unter dem Vorkrisenniveau, insbesondere in Großbritannien und im Euroraum, aber auch in den USA (vgl. Abb. 3 A). Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Im Vereinigten Königreich und im Euroraum erklärt sich das relativ niedrige Arbeitsvolumen vor allem durch die Reduktion der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Zurückzuführen ist das größtenteils auf Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen wie Kurzarbeit und Lohnsubventionen. Dagegen ist die Beschäftigung in den USA eingebrochen, auch am aktuellen Rand sind immer noch etwa 7 Millionen Personen weniger beschäftigt als vor Ausbruch der Krise. Zudem ist die Anzahl der Beschäftigten, die nicht mehr davon ausgehen, von ihrem alten Arbeitgeber erneut eingestellt zu werden, mit über 4 Millionen weiterhin recht hoch.[3] Allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften gemein ist, dass etwa die Hälfte der Entlassenen nicht mehr aktiv nach Arbeit suchen und sich zumindest temporär aus der Erwerbsbevölkerung zurückgezogen haben (vgl. Abb. 3 B).

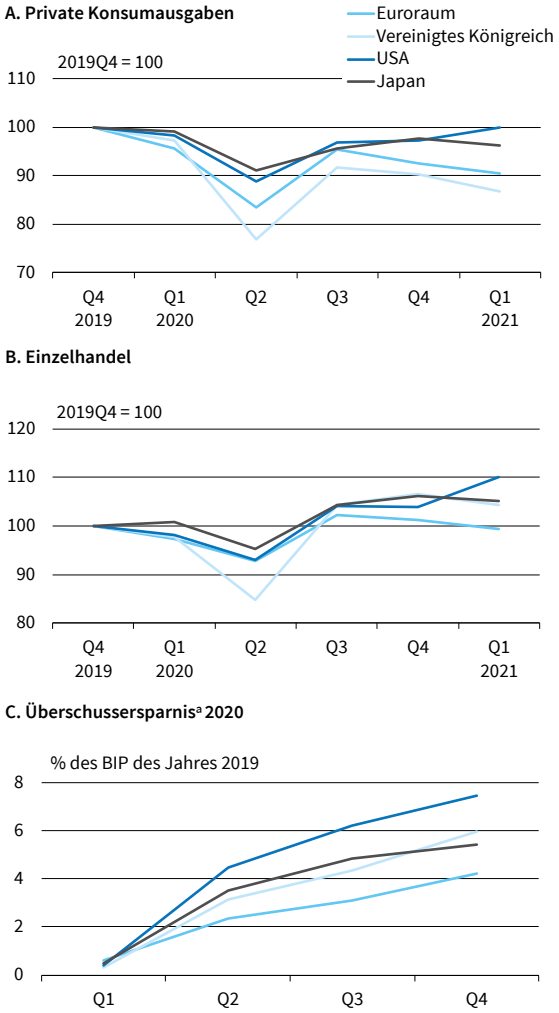
Im Verlauf des Frühjahres haben sich erste Anzeichen von wirtschaftlichen Engpässen abgezeichnet. So geben immer mehr Unternehmen in den fortgeschrit-

[2] Allerdings fiel der Anstieg sehr heterogen zwischen den verschiedenen Haushaltsgruppen aus. So erhöhten insbesondere die Haushalte mit hohem Einkommen bzw. hohem Vermögen ihre Ersparnisse (vgl. Bank of England 2021; Horowitz et al. 2021; Bonnet et al. 2021).

[3] Gleichzeitig ist aber die Zahl der offenen Stellen inzwischen sogar wieder leicht über dem Vorkrisenniveau. Hier deuten sich Matching-Probleme an, es wird vermutlich einige Monate dauern, bis Arbeitgeber und Arbeitnehmer zueinander finden.

Abb. 2

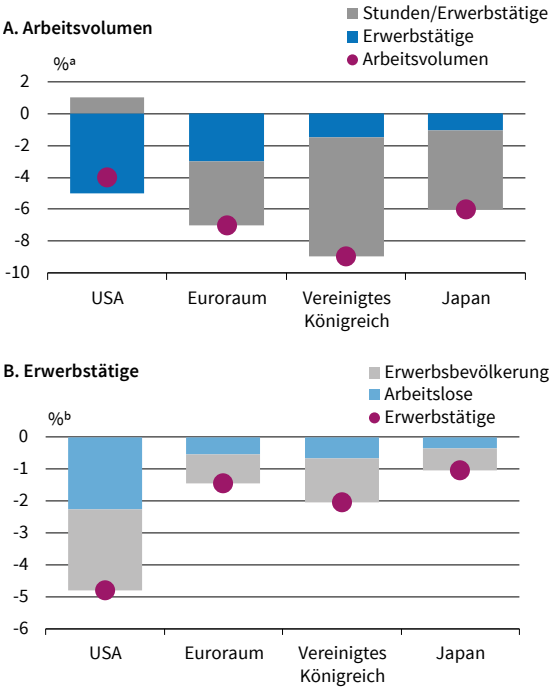
Indikatoren zur Situation privater Haushalte



[a] Kumulierte Abweichung der tatsächlichen Ersparnis von einer kontrafaktischen Ersparnis, die auf der durchschnittlichen Sparquote des Jahres 2019 basiert.
Quelle: Weltbank; OECD; Eurostat; IWF; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3

Arbeitsmarkt in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften



[a] Veränderung zwischen 2019Q4 und 2021Q1.
[b] Veränderung zwischen Dezember 2019 und März 2020.
Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

tenen Volkswirtschaften an, dass ihre Produktionstätigkeit durch einen Mangel an Vorprodukten behindert wird (vgl. Abb. 4 A). Nach Unternehmensangaben sind unter anderem Halbleiter Mangelware, da ihre Nachfrage in der Automobilindustrie sowie als Folge des pandemie-induzierten Digitalisierungsschubs kräftig gestiegen ist. Die Engpässe bei den Halbleitern haben die Weltmarktpreise für Halbleiter, approximiert durch die entsprechenden südkoreanischen Ausfuhrpreise, seit Jahresanfang um etwa 10% steigen lassen (vgl. Abb. 5 A). Allerdings dürften sich die größten Preissteigerungen in diesem Bereich aber erst in den kommenden Monaten realisieren, da die aktuell ausgelieferten Halbleiter noch auf Altverträgen basieren.

Darüber hinaus stellen aktuell überausgelastete Kapazitäten im Seetransport einen Dämpfer für den wirtschaftlichen Aufschwung dar. Diese Engpässe haben dazu geführt, dass die Frachtraten für Container in ungeahnte Höhen geklettert sind (vgl. Abb. 4 B). Dabei scheint hier das Problem zu sein, dass im Verlauf des vergangenen Jahres viele aus Asien verschiffte Container in US-amerikanischen und europäischen Häfen gestrandet sind und noch nicht zurück verschifft wurden. Diese Fehlallokation wurde wohl vor allem durch pandemiebedingte Einschränkungen und Personalengpässe in den Häfen in den USA und in Europa verursacht (vgl. Liu und Hale 2021). Die sechstägige Blockade des Suez-Kanals Ende März setzte einen weiteren temporären Dämpfer. Insgesamt ergeben sich damit weltweit längere Lieferzeiten.

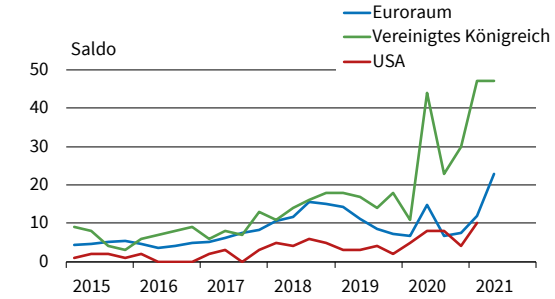
Neben höheren Frachtraten trugen auch kräftige Preisanstiege bei Holz, Eisen, Stahl und Kupfer sowie Mais und Sojabohnen zu höheren Produktionskosten bei (vgl. Abb. 5 B). Diese Preisanstiege sind zum Teil eine Folge des wieder grassierenden Coronavirus in Lateinamerika, das zu einer geringeren Eisenförderung geführt hat; zum Teil sind sie aber auch ein Ergebnis der sich beschleunigende Bauaktivität in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Zudem dürfte die Ankündigung der USA und der EU, grüne Technologien in Zukunft stärker zu fördern, unter anderem dem Kupferpreis Auftrieb geleistet haben, da dieser Rohstoff eine wichtige Rolle bei den neuen Technologien spielt. Und nicht zuletzt hat der Rohölpreis seinen Einbruch vom Frühjahr 2020 seither wieder vollständig wettgemacht (vgl. Abb. 5 C).

Im Einklang mit den Anstiegen der Rohstoffpreise zogen in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Schwellenländern die Verbraucherpreise zuletzt teilweise kräftig an (vgl. Abb. 6 A). Dagegen sind die Kerninflationsraten – also die Verbraucherpreise bereinigt um Energie- und Nahrungsmittel-

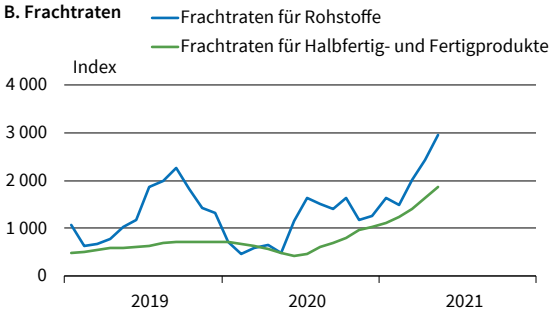
Abb. 4

Engpässe bei der Materialbeschaffung

A. Behinderung der Produktionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe durch Mangel an Vorprodukten



B. Frachtraten



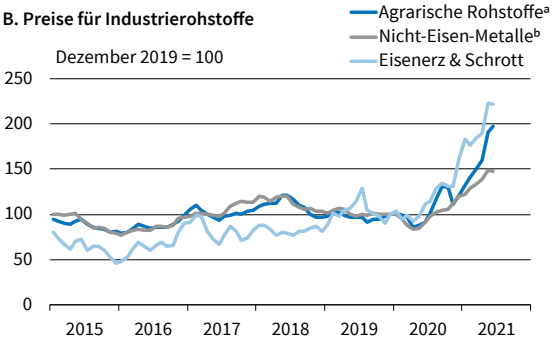
Quelle: DG ECFIN; Confederation of British Industry; National Association for Busines Economics; Baltic Exchange; Harper Petersen & Co. © ifo Institut

Abb. 5

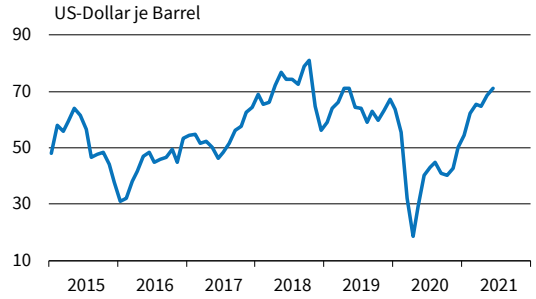
Preisentwicklung

A. Ausfuhrpreise für Halbleiter von Südkorea

B. Preise für Industrierohstoffe



C. Rohölpreis



[a] U.a. Holz.
[b] Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel, Zins und Zinn.
Quelle: Bank of Korea; Taiwan Directorate-General of Budget; HWWI; Energy Information Administration; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

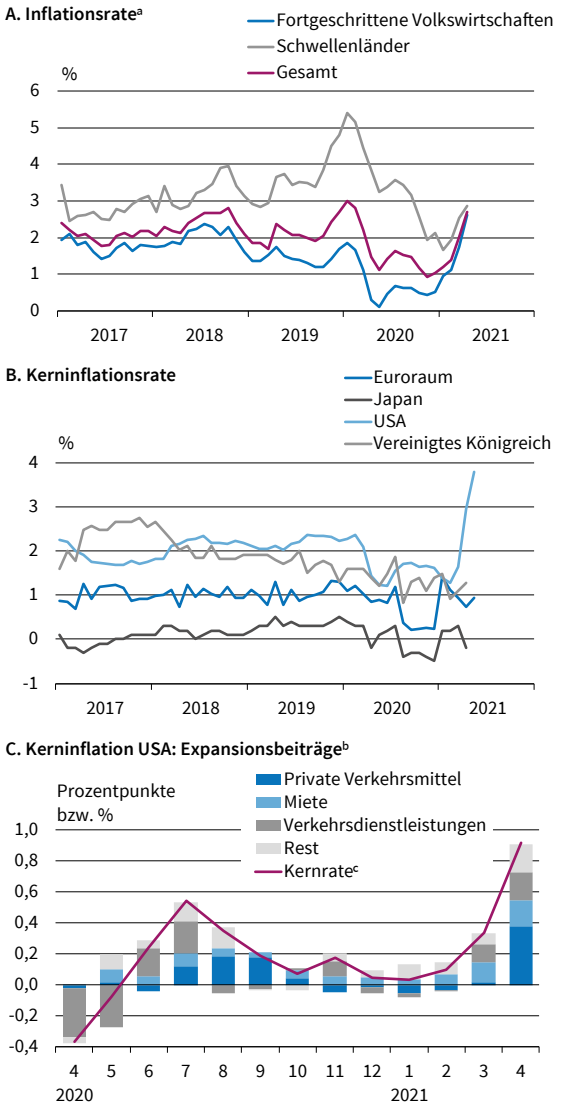
preise – insgesamt weiter recht stabil (vgl. Abb. 6 B). Eine Ausnahme stellen die USA dar, wo auch die Kernrate im April deutlich zulegte. Im Vergleich zum Vormonat erklärt sich dies durch den sprunghaften Anstieg der Preise für Gebrauchtwagen (vgl. Abb. 6 C). Dabei handelt es sich um den größten Anstieg seit Beginn der Aufzeichnung im Jahr 1953 (vgl. Bureau of Labor Statistics 2021). Die gesteigerte Nachfrage nach Gebrauchtwagen dürfte sich vor allem dadurch erklären, dass die Produktion von Neufahrzeugen durch den weltweiten Mangel an Halbleitern stark beeinträchtigt ist.

In diesem Umfeld ist die Geldpolitik weiter äußerst expansiv ausgerichtet. So setzen die Zentralbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ihre Ankäufe von Wertpapieren fort (vgl. Abb. 7 A). Während die britische Zentralbank aber jeweils nur auslaufende Anleihen ersetzt, weiten die Federal Reserve, die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank of Japan ihre Bilanzen weiter aus. Die US-Notenbank wird die Ausweitung erst dann stoppen, wenn sie ihr Beschäftigungs- und Preisstabilitätsziel erreicht hat. Auch im Euroraum dürften die Nettoankäufe noch geraume Zeit anhalten. So hat die EZB mittlerweile die Mindestlaufzeit ihres Programms von Juni 2021 auf März 2022 verlängert. Ebenso gibt es in Japan keine Anzeichen, dass die Zentralbank in absehbarer Zeit von der ultralockeren Geldpolitik abweicht.

Die Finanzpolitik wird ebenfalls sehr akkommodierend bleiben, insbesondere im laufenden Jahr. Hier stechen insbesondere die USA hervor. Das Mitte März vom US-Kongress verabschiedete Konjunkturpaket (»American Rescue Plan«) veranschlagt Ausgaben in Höhe von etwa 8,5% des Bruttoinlandsprodukts, die vor allem im laufenden Jahr wirksam werden (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2021). Das Paket beinhaltet unter anderen Direktzahlungen an die meisten privaten Haushalte und eine erneute Verlängerung und Ausweitung der Arbeitslosenunterstützung.[4] Auch von den Mitgliedstaaten des Euroraums sind in diesem Jahr weitere expansiven Konjunkturimpulse zu erwarten. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission werden die verabschiedeten finanzpolitischen Maßnahmen einen Umfang von knapp 3% des Brutto-

[4] Zwei weitere Ausgabenprogramme wurden von der US-Regierung im Frühjahr 2021 angekündigt, dürften aber frühestens im zweiten Halbjahr 2021 bzw. sogar erst 2022 verabschiedet werden. Zum einen geht es um den »American Job Plan«, das Investitionen (etwa 9% des Bruttoinlandsprodukts) in große Infrastrukturprojekte und in Forschung und Entwicklung tätigen soll. Zum anderen ist der »American Families Plan« mit Ausgaben in Höhe von etwa 8,5% des Bruttoinlandsprodukts für Haushalte, Kinderbetreuung, Gesundheit und Bildung geplant.

Abb. 6
Indikatoren zur Preisentwicklung in der Welt



[a] Gewichtungen basierend auf nominalem BIP des Vorjahres.
[b] Im April wurden die Preise für Verkehrsdienstleistungen von den Preisen für öffentliche Verkehrsmittel getrieben, die privaten Verkehrsmittel dagegen von den Preisen für Gebrauchtwagen.
[c] Veränderung gegenüber dem Vormonat in %.
Quelle: Energy Information Administration; Eurostat; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

inlandsprodukts des Euroraums und damit eine ähnliche Größenordnung wie im Vorjahr erreichen. Anders als in den USA zielen die meisten Maßnahmen nicht auf eine Stimulierung der privaten Nachfrage in der Erholungsphase nach Ende der Pandemie ab, sondern sollen vielmehr die unmittelbaren Folgen der Coronakrise für die betroffenen Unternehmen und Haushalte abfedern. Direkte Unternehmenshilfen, Liquiditäts- und Kredithilfen für Unternehmen, Ausweitung der Kurzarbeiterregelungen und zusätzliche Ausgaben im Gesundheitsbereich dürften mit dem Abflauen der coronabedingten Einschränkungen wieder rasch zurückgefahren werden, so dass wohl spätestens im kommenden Jahr in den meisten Ländern ein Konsolidierungskurs eingeschlagen werden wird.

Die Finanzierungsbedingungen haben sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Verlauf des Frühjahrs unterschiedlich entwickelt. Die Aktienkurse sind in den großen fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften stark gestiegen (vgl. Abb. 7 B). Das ist wohl auf den unerwartet schnellen Impffortschritt in einer Reihe von Ländern sowie den zum Teil sehr großen Konjunkturpaketen zurückzuführen. In diesem Umfeld sind die Risikoaufschläge auf Unternehmensanleihen seit Monaten auf Tiefstständen (vgl. Abb. 7 C). Dagegen haben wohl die günstigen Wirtschaftsaussichten und die Erwartungen einer höheren Inflation, insbesondere in den USA, die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften seit Februar in die Höhe schnellen lassen (vgl. Abb. 7 D).

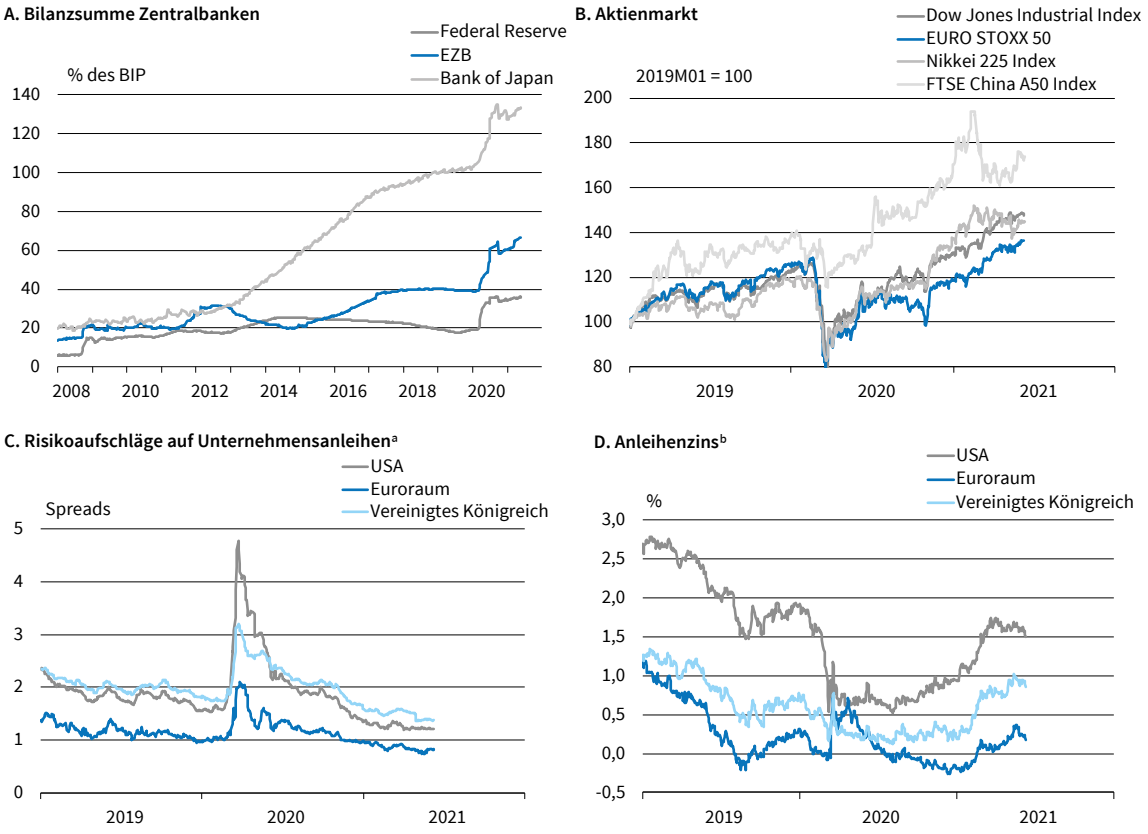
AUSBLICK

Die konjunkturelle Erholung im Prognosezeitraum hängt maßgeblich vom Tempo, mit dem die Impfungen gegen das Coronavirus voranschreiten, ab. In engem Zusammenhang damit stehen der weitere Verlauf der Neuinfektionen und die Dauer der Maßnahmen zu deren Bekämpfung. In den einzelnen Ländern verläuft das Impftempo noch sehr uneinheitlich (vgl. Abb. 8), so dass Einschränkungen der Mobilität und Aktivität in den kommenden Monaten voraussichtlich noch teilweise aufrechterhalten bleiben müssen, insbesondere bei grenzüberschreitenden Reisen. Für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird angenommen, dass ein kritischer Teil der Bevölkerung bis zum Spätsommer 2021 geimpft ist, so dass ein Großteil der Maßnahmen bis dahin gelockert werden und auch der Teil der Einschränkungen, der freiwillig geschieht, zurückgefahren wird. Dagegen wird in vielen Schwellenländern, mit Ausnahme Chinas, die Durchimpfung noch bis weit in das nächste Jahr andauern. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die Engpässe im Seefrachtverkehr sowie bei einer Vielzahl von Rohstoffen und Vorleistungsgütern im Verlauf des Sommers abklingen. Somit wird angenommen, dass die Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Preise nur vorübergehend sind.

Somit dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die wirtschaftliche Aktivität recht kräftig im Sommerhalbjahr 2021 zulegen, während die Expansion in den Schwellenländern, und hier insbesondere in einigen lateinamerikanischen Ländern, wohl verhaltener ausfallen wird. Entsprechend sind in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Einschätzungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wie auch der Haushalte deutlich aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 9). Dagegen bewegen sich die Einschätzungen der Unternehmen in den Schwellenländern seit einigen Monaten seitwärts, und die Erwartungen der Haushalte verbuchten zuletzt sogar einen Rücksetzer, wenn auch von einem hohen Wert aus. Auch die aus Mobilfunkdaten ermittelten Bewegungen von Perso-

Abb. 7

Monetäre Größen

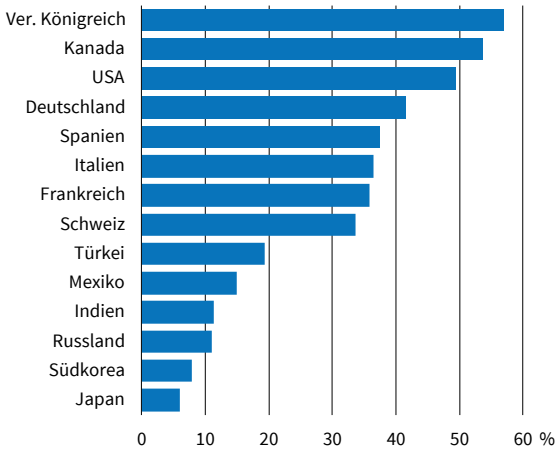


[a] Renditedifferenz zu zehnjährigen Staatsanleihen, BBB-rated.
[b] Zehnjährige Staatsanleihen.
Quelle: DG ECFIN; BIS; Macrobond; Nationale Zentralbanken; State Administration of Foreign Exchange China; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 8

Coronavirus-Impfungen

Anteil an der Gesamtbevölkerung mit mindestens einer Impfdosis[a]



Stichtag: 6. Juni 2021.
[a] Dies entspricht möglicherweise nicht dem Anteil, der vollständig geimpft ist, wenn der Impfstoff zwei Dosen erfordert. Für China liegen keine Daten in dieser Abgrenzung vor.
Quelle: Our World in Data. © ifo Institut

nen im Einzelhandel und im Freizeitbereich bewegen sich zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den Schwellenländern seit einigen Monaten auseinander (vgl. Abb. 10 A). So erhöhte sich die Mobilität kräftig im Euroraum und in Großbritannien, während sie in Indien, Brasilien, Mexiko und der Türkei temporär einbrach (vgl. Abb. 10 B und C).

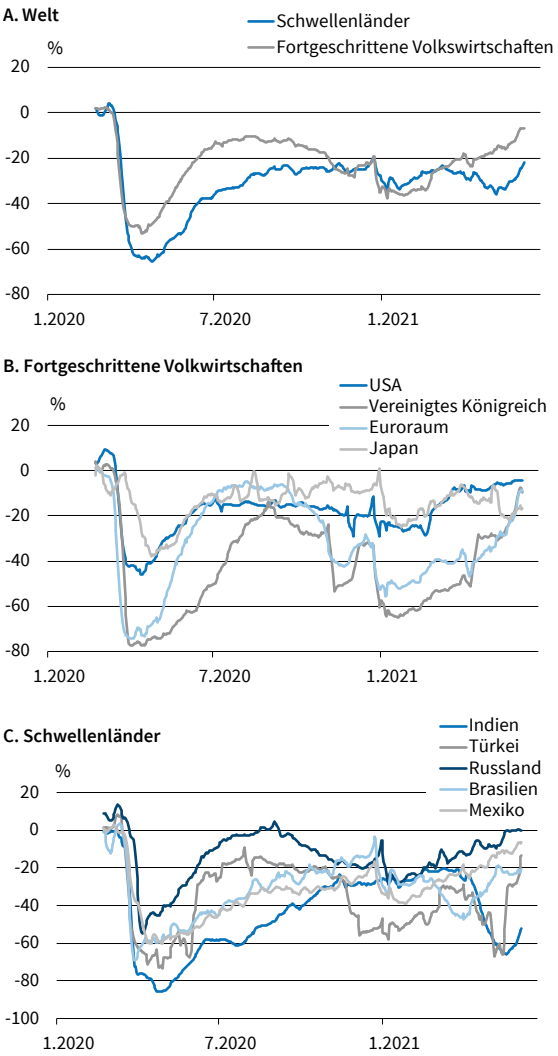
Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt in diesem Jahr voraussichtlich um 6,6% und im Jahr 2022 um 4,2% zulegen (vgl. Tab. 1, Tab. 2 und Abb. 11). Während China sein Vorkrisenniveau schon seit dem dritten Quartal 2020 wieder deutlich überschritten hat, dürfte die globale und die US-amerikanische gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal 2021 das Vorkrisenniveau überschreiten. Die meisten anderen Länder folgen ein Quartal später, der Euroraum als Ganzes allerdings erst Anfang 2022. Im Vergleich zur Frühjahrsprognose 2021 wurde das weltweite Expansionstempo für das laufende Jahr um 0,3 Prozentpunkte angehoben, da der Jahresauftakt unter anderem in den USA und in Großbritannien deutlich stärker ausfiel als erwartet. Für das kommende Jahr wurde die globale Aktivität um 0,2 Prozentpunkte nach oben revidiert aufgrund der etwas stärker erwarteten zweiten Jahreshälfte 2021 und dem dadurch induzierten höheren Ausgangsniveau für das Jahr 2022.

Die Inflationsrate in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte im laufenden Jahr mit 2,1% deutlich kräftiger ausfallen als in den Jahren zuvor. Dabei ist ein Großteil des Anstiegs auf den äußerst niedrigen Rohölpreis im Frühjahr 2020 und dessen Anstieg

Abb. 9
Frühindikatoren

[a] Basierend auf nationalen Unternehmensbefragungen des Verarbeitenden Gewerbes. [b] Basierend auf nationalen Haushaltsbefragungen.
[c] Gewichtungen basierend auf nominalem Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres. Die zugrunde liegenden Reihen wurden um ihre Mittelwerte bereinigt und durch ihre Standardabweichung dividiert. Die vertikalen Achsen kennzeichnen die Abweichungen vom langjährigen Mittel in Standardabweichungen.
Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 10
Mobilität[a] im Einzelhandel und in der Freizeit



[a] Abweichung der Besucherzahl/Aufenthaltsdauer im Vergleich zum Referenztag. Der Referenztag ist der Medianwert der fünf Wochen vom 3. Januar bis 6. Februar 2020.
Quelle: Google Mobility Report. © ifo Institut

seitdem zurückzuführen. Unter der Annahme, dass sich die Knappheiten, insbesondere bei den Halbleitern und im Containerfrachtverkehr, im Verlauf des Sommers wieder auflösen, wird der Druck auf die Verbraucherpreise wieder allmählich nachlassen. Folglich wird die Inflationsrate in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im kommenden Jahr voraussichtlich bei 1,7% liegen. Dagegen dürfte die Inflation in den Schwellenländern im laufenden Jahr mit 3,1% niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr (3,5%) wie auch im kommenden Jahr (3,6%). Dahinter steht aber eine heterogene Entwicklung. Während sich die Verbraucherpreise in fast allen Schwellenländern im laufenden Jahr deutlich beschleunigen, analog zur Entwicklung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, fallen sie vor allem in China deutlich geringer aus. Obwohl die chinesischen Produzentenpreise seit dem Sommer 2020 kräftig gestiegen sind, liegt die Kernrate immer noch unter der Rate von vor einem Jahr. Ein Grund war wohl, dass Unternehmen davon abgehalten wurden, ihre höheren Preise an die Konsumenten weiterzugeben (vgl. Bradsher 2021). Auch wertete der Renminbi gegenüber dem US-Dollar seit Juni 2020 stark auf, so dass importierte Konsumgüter wohl teilweise günstiger wurden.

Der weltweite Warenhandel dürfte im zweiten Quartal 2021 wieder kräftig zulegen, angetrieben durch die weiterhin hohe Nachfrage nach handelsintensiven langlebigen Gütern. Allerdings wird die Nachfrage im zweiten Halbjahr 2021 wohl im Zuge der schrittweisen Aufhebung der Mobilitätsbeschränkungen abnehmen. Hierdurch dürften nationale, aber auch grenzüberschreitende Dienstleistungen wieder verstärkt nachgefragt werden, so dass der internationale Handel von Dienstleistungen stark und der von Waren gedämpfter zulegen dürfte. Gleichzeitig werden sich die Kapazitätsengpässe in vielen Häfen durch die Aufhebung der Infektionsschutzmaßnahmen und einer verstärkten Container-Produktion voraussichtlich auflösen. Alles in allem wird der weltweite Warenhandel in diesem Jahr wohl um 11,0% und im Jahr 2022 um 2,3% expandieren.

RISIKEN

Die vorliegende Prognose ist mit großen Abwärts-, aber auch Aufwärtsrisiken verbunden. Kurzfristig stellen dabei die mit dem Coronavirus direkt verbundenen Unsicherheiten das größte Risiko dar.

Tab. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in %[a]	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	**67,2**	**1,6**	**– 4,8**	**5,4**	**3,8**	**1,4**	**0,7**	**2,1**	**1,7**
USA	29,8	2,2	– 3,5	6,5	3,8	1,8	1,2	2,9	2,2
Euroraum	18,6	1,3	– 6,7	4,6	4,3	1,2	0,3	1,9	1,4
Japan	7,1	0,0	– 4,7	3,1	2,0	0,5	0,0	0,1	0,5
Vereinigtes Königreich	3,9	1,4	– 9,8	6,5	5,4	1,8	0,9	1,7	1,9
Kanada	2,4	1,9	– 5,3	6,1	3,8	2,0	0,7	2,3	1,9
Südkorea	2,3	2,2	– 0,9	4,4	3,2	0,4	0,5	1,8	1,4
Schweiz	1,0	1,1	– 2,7	3,6	2,7	0,4	– 0,7	0,5	0,4
Schweden	0,7	2,0	– 2,9	3,7	2,7	1,8	0,5	1,6	1,4
Norwegen	0,6	0,9	– 1,3	2,6	2,7	2,2	1,3	2,6	2,0
Dänemark	0,5	2,8	– 2,7	2,7	3,2	0,8	0,4	1,2	1,1
Tschechien	0,3	2,2	– 5,6	4,8	5,9	2,8	3,2	2,8	3,1
Schwellenländer	**32,8**	**4,6**	**– 0,5**	**8,6**	**5,3**	**3,6**	**3,5**	**3,1**	**3,6**
China	20,0	6,0	2,3	9,0	6,0	2,9	2,5	1,5	3,1
Indien	4,0	4,8	– 7,1	13,6	6,9	3,7	6,6	4,7	4,5
Brasilien	2,6	1,4	– 4,4	5,2	1,3	3,7	3,2	5,6	3,7
Russland	2,4	1,3	– 3,1	4,2	3,5	4,5	3,4	4,7	3,6
Mexiko	1,7	– 0,2	– 8,5	5,5	2,5	3,6	3,4	4,7	3,2
Türkei	1,1	1,0	1,6	9,1	3,8	15,2	12,3	15,5	11,4
Polen	0,8	4,8	– 2,7	5,2	5,2	2,2	3,4	3,3	2,8
Ungarn	0,2	4,6	– 5,1	6,9	4,0	3,3	3,3	3,9	3,1
Welt	**100,0**	**2,5**	**– 3,2**	**6,6**	**4,2**	**2,1**	**1,6**	**2,5**	**2,3**
nachrichtlich:									
Welthandel, real[b]		– 0,3	– 5,4	11,0	2,3				
Annahmen									
Ölpreis USD/Barrel (Brent)		64,3	41,8	66,5	70,0				
Wechselkurs USD/Euro		1,12	1,14	1,21	1,21				

[a] Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar. [b] Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

Tab. 2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise im Euroraum

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt[a]				Verbraucherpreise[b]			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Deutschland[a]	29,4	0,6	– 5,1	3,3	4,4	1,4	0,4	2,7	1,9
Frankreich	20,1	1,8	– 8,0	5,5	4,1	1,3	0,5	1,5	1,0
Italien	14,6	0,3	– 8,9	5,2	4,2	0,7	– 0,2	1,3	0,9
Spanien	9,9	2,0	– 10,9	5,8	6,1	0,8	– 0,3	1,7	1,2
Euroraum	**100,0**	**1,3**	**– 6,7**	**4,6**	**4,3**	**1,2**	**0,3**	**1,9**	**1,4**

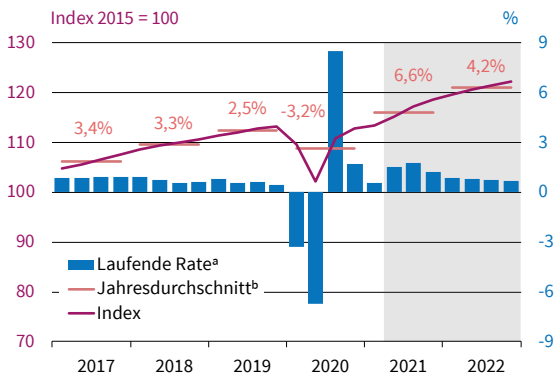
[a] Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurostat; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

Die Prognose hängt stark vom weiteren Pandemieverlauf, dem Impffortschritt sowie den Auswirkungen der Wiederöffnung vieler Unternehmen auf die wirtschaftliche Aktivität ab. Abwärtsrisiken bestehen unter anderem darin, dass die Produktion und Verteilung von Impfstoffen gegen Covid-19 nicht ausreichend zügig vonstattengehen, so dass es zu neuen und noch ansteckenderen Virusvarianten kommen könnte. Das könnte wiederum erneute Infektionsschutzmaßnahmen nach sich ziehen, die Konsum- und Investitionsausgaben dämpfen würden. Darüber hinaus könnte die Bereitschaft sinken, sich impfen zu lassen, so dass eine Herdenimmunität nicht erreicht wird. Ein Aufwärtsrisiko wäre eine deutlich schnellere

Abb. 11

Reales Bruttoinlandsprodukt in der Welt
Saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Durchimpfung der Bevölkerung, so dass Infektionsschutzmaßnahmen zügiger zurückgefahren werden könnten als unterstellt.

Der drastische Anstieg der Ersparnis in vielen Ländern im vergangenen Jahr stellt ein Aufwärtsrisiko für die realwirtschaftliche und die inflationäre Entwicklung dar. So könnten die Überschussersparnisse stärker und schneller dazu genutzt werden, zusätzlichen Konsum zu tätigen. Einerseits würde das einen positiven Impuls für die gesamtwirtschaftliche Produktion bedeuten. Andererseits könnte das zu einem Aufwärtsdruck auf die Preise der zusätzlich nachgefragten Waren und Dienstleistungen führen.

Zu guter Letzt besteht auch Unsicherheit über die Solvenz vieler Unternehmen. Die Coronakrise hatte einen starken negativen Effekt auf die Gewinne und den Verschuldungsgrad vieler Unternehmen, insbesondere bei kontaktintensiven Dienstleistern (vgl. Organization for Economic Co-operation and Development 2021). Bisher haben sich die Insolvenzzahlen allerdings unterdurchschnittlich verhalten, wohl auch als Folge von öffentlichen Krediten, Kreditgarantien, Steuerstundungen und der vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht in vielen Ländern. Sobald viele dieser Maßnahmen aufgehoben bzw. reduziert werden, könnte eine größere Zahl von Unternehmensinsolvenzen die konjunkturelle Erholung belasten.

Die Basisprognose unterstellt, dass sich die Engpässe im Seefrachtverkehr und bei Rohstoffen und Vorleistungsgütern im Verlauf des Sommers auflösen. Diese Engpässe könnten aber auch deutlich länger anhalten. So könnten weitere Neuinfektionswellen in den lateinamerikanischen Ländern die Förderung verschiedener Rohstoffe erschweren. Neuinfektionen könnten auch dazu führen, dass leere Container nicht sofort zügig Richtung Asien verschifft werden. Außerdem ist es möglich, dass die Produktion von Halbleitern nicht zügig mit deren Nachfrage gleichzieht; laut Aussagen des Verbands der Halbleiterindustrie liegt das an den langen Vorlaufzeiten bei der Produktion ab Auftragseingang, die wohl bis zu 6,5 Monate betragen (vgl. Yinug 2021). Somit könnte die weitere realwirtschaftliche Erholung in vielen Volkswirtschaften deutlich schleppender verlaufen. Gleichzeitig könnten diese Engpässe zu persistent höheren Vorleistungskosten führen, die sich in der Folge auf die Verbraucherpreise durchschlagen und die Inflationsraten nachhaltig über Zweitrundeneffekte erhöhen würden. Das würde wiederum den Druck auf viele Notenbanken erhöhen, früher als bisher angekündigt einen restriktiveren Pfad einzuschlagen.

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

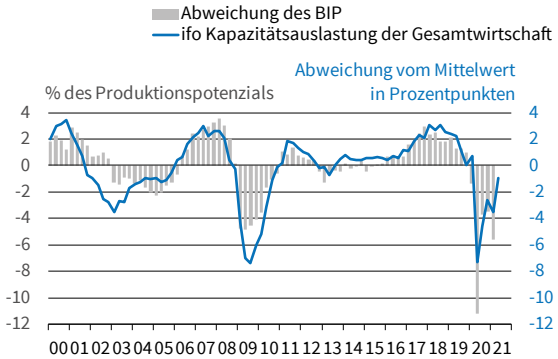
ÜBERBLICK

In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist die gesamtwirtschaftliche Aktivität um 1,8% gesunken. Damit hat die kräftige Erholung der deutschen Wirtschaft von der ersten Coronawelle einen vorübergehenden Rücksetzer erfahren (vgl. Abb. 12). Maßgeblich dazu beigetragen hat eine rückläufige Wertschöpfung im Baugewerbe, wo Produktion durch die bevorstehende Mehrwertsteueranhebung in den Dezember vorgezogen und durch ungünstige Witterung am Jahresanfang behindert wurde. Aber auch der Handel musste Verluste hinnehmen, da die Umsätze unter den im Dezember in Kraft getretenen Schließungen von Teilen des stationären Einzelhandels kräftig litten. In anderen kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen waren die konjunkturellen Folgen der erneuten Coronawelle bereits im Schlussquartal des Vorjahres zu Buche geschlagen; ihre Umsätze blieben zu Jahresbeginn weitgehend unverändert auf niedrigem Niveau.

Deutlich schwächer als ursprünglich erwartet nahm im ersten Quartal die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zu. Insbesondere die Produktion in der Automobilindustrie verzeichnete im Vergleich zum Vorquartal ein kräftiges Minus. Zwar verbesserte sich die Auftragslage in den ersten drei Monaten des Jahres noch einmal deutlich in nahezu allen Industriesparten. Gleichzeitig aber verschärften sich Lieferengpässe von wichtigen industriellen Vorprodukten derart, dass sie einer stärkeren Ausweitung der Produktion im Weg gestanden haben dürften (vgl. Box: Zu den unternehmensspezifischen Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sowie Box: Zu den konjunkturellen Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe). Diese Engpässe dürften eine unmittelbare Folge der Coronakrise sein (vgl. Abschnitt: Lage und Prognose der Weltwirtschaft). Diese hat einerseits einen globalen Digitalisierungsschub ausgelöst und damit zu einem kräftigen Anstieg der Nachfrage nach Halbleitern geführt. Andererseits kam es im vergangenen Jahr krisenbedingt zu abrupten Verschiebungen in den globalen Warenströmen, deren logistische Folgen bis heute zu spüren sind und zu Verzögerungen im Warentransport führen.

Abb. 12

Kapazitätsauslastung



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Verwendungsseitig sanken zu Jahresbeginn insbesondere die privaten Konsumausgaben als Folge von vielzähligen Einschränkungen bei kontaktintensiven Konsummöglichkeiten sowie von Verhaltensanpassungen der Verbraucher. Belastend dürfte auch die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer und die kräftigen Energiepreisanstiege gewirkt haben. Dass die Konsumausgaben dennoch um knapp 3% höher lagen als am Tiefpunkt der ersten Coronawelle, dürfte zum einen auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zurückzuführen sein. Anders als im zweiten Quartal 2020, als sie kräftig geschrumpft waren, nahmen sie zu Jahresbeginn sogar zu, da die Lohneinkommen weitgehend stabil geblieben, monetäre Sozialleistungen ausgeweitet und die Einkommen der Selbständigen insbesondere wegen der Auszahlung staatlicher Hilfen kräftig gestiegen sind. Während die staatlich verordneten Einschränkungen im Winterhalbjahr vergleichbar mit denen der ersten Coronawelle gewesen sind, dürften zum anderen die freiwilligen Anpassungen im Ausgabeverhalten weniger zurückhaltend gewesen sein. Dazu haben vor dem Hintergrund des Impffortschritts nicht zuletzt die günstigeren Einkommens- und Beschäftigungsaussichten beigetragen, die die Bedeutung der Vorsicht als Motiv des Sparens schwinden haben lassen. Im Vergleich zur ersten Coronawelle haben davon vor allem der Kfz-Einzelhandel und der Internethandel profitiert, deren Umsätze deutlich höher als im April 2020 lagen.

Deutlich beschleunigt hat sich seit Januar 2021 die Inflationsrate. Während in der zweiten Jahreshälfte 2020 das durchschnittliche Niveau der Verbraucherpreise unter seinen Vorjahreswert sank, erreichte der Preisauftrieb im Mai mit 2,5% den höchsten Wert seit 2008. Maßgeblich hierfür waren zum einen die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer, die für sich genommen die Inflationsrate im Januar um gut einen Prozentpunkt steigen ließ. Zum anderen verteuerten sich die Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Dazu trug vor allem der kräftige Anstieg der Weltmarktpreise von Rohöl bei, die seit April 2020 nahezu ununterbrochen von knapp 20 US-Dollar auf zuletzt knapp 70 US-Dollar gestiegen sind. Aber auch die Einführung einer CO_2-Emissionsabgabe auf fossile Brennstoffe ließ für sich genommen die Inflationsrate im Januar um etwa 0,3 Prozentpunkte steigen.

AUSBLICK

Seit Ende April hat sich das Infektionsgeschehen mit dem Coronavirus in Deutschland deutlich verlangsamt und der Fortschritt bei den Impfungen gegen Covid-19

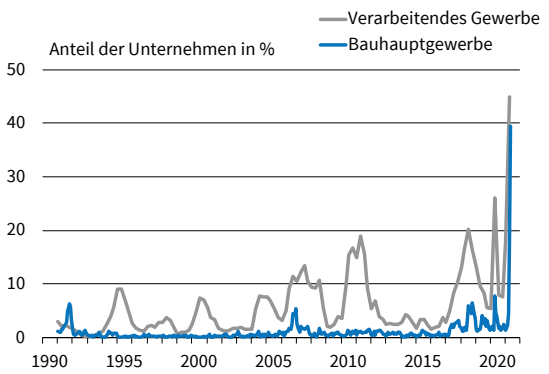
ZU DEN UNTERNEHMENSSPEZIFISCHEN AUSWIRKUNGEN DER ENGPÄSSE BEI VORPRODUKTEN IM VERARBEITENDEN GEWERBE UND IM BAUHAUPTGEWERBE

Engpässe bei Vorprodukten sind zu einem ernsthaften Problem für die deutsche Wirtschaft geworden. Zuletzt berichteten davon 45% der vom ifo Institut befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, im Bauhauptgewerbe stieg der Anteil auf knapp 40% (vgl. Abb. 13). Damit waren so viele Unternehmen betroffen wie nie seit 1991. Verschiedene Pressemeldungen deuten darauf hin, dass aufgrund der Engpässe insbesondere in der Automobilindustrie die Produktion gedrosselt und für Teile der Belegschaft die Kurzarbeit ausgeweitet werden soll.[1] Diese Situation ist vor allem deshalb besonders, da gleichzeitig die Auftragslage der Unternehmen außergewöhnlich gut ist. Im April gaben die vom ifo Institut befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes an, dass ihre Auftragsbestände einer Produktion von durchschnittlich 3,5 Monaten entsprechen; ein solcher Wert wurde zuvor nur in den Boomphasen der Industriekonjunktur angegeben, zuletzt Anfang 2018. Auch im Bauhauptgewerbe lag die Auftragsreichweite mit 4,2 Monaten nahe historischer Höchststände. In dieser Box wird der Zusammenhang zwischen den Angaben der vom ifo Institut über Engpässe bei Vorprodukten befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bauhauptgewerbes und der von diesen Unternehmen erwarteten Preis- und Produktionsänderungen, dem Anteil ihrer Beschäftigten in Kurzarbeit und der von ihnen erwarteten Beschäftigungsentwicklung analysiert.

In einem ersten Schritt werden diese Zusammenhänge auf Ebene der Wirtschaftszweige des Verarbeitende Gewerbes und des Bauhauptgewerbes analysiert. In Abbildung 14 wird der Anteil an Unternehmen mit Engpässen bei Vorprodukten im Januar (blau) und April (rot) zusammen mit der durchschnittlichen Ausprägung einer jeweils anderen Variablen Januar (blau) und Mai (rot) dargestellt. Die Zahlen innerhalb der Grafiken kennzeichnen die Nummern der Abteilungen gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), zu denen die Unternehmen zugeordnet werden. Der Anstieg der Engpässe ist in nahezu allen Wirtschaftszweigen mit einer kräftigen Erhöhung des Anteils der Unternehmen mit geplanten Preiserhöhungen in den nächsten drei Monaten verbunden. Der Anteil an Unternehmen mit erwarteten Produktionserhöhungen in den nächsten Monaten ist in den meisten Wirtschaftszweigen von Januar zu Mai recht konstant und unabhängig von den Änderungen bei den Engpässen. Zwischen der Änderung des Anteils der Beschäftigten in Kurzarbeit und den Engpässen bei Vorprodukten gibt es hingegen einen deutlich negativen Zusammenhang. Von Januar bis Mai ist die Kurzarbeit in allen Wirtschaftszweigen gesunken, während die Engpässe bei den Vorprodukten zugenommen haben. Bei den geplanten Beschäftigungsausweitungen wiederum ist ein Anstieg in allen Wirtschaftszweigen zu verzeichnen, einhergehend mit größeren Engpässen.

Abb. 13

Engpässe bei Vorprodukten



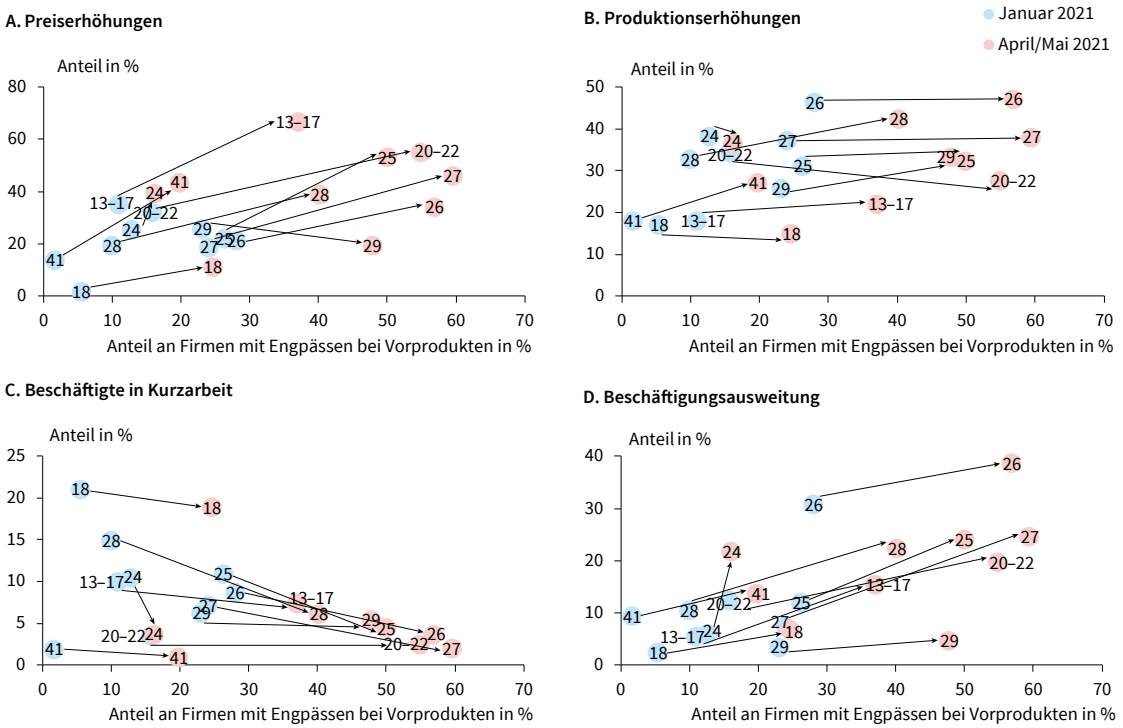
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Im zweiten Schritt werden die Auswirkungen von Engpässen bei den Vorprodukten auf Firmenebene ökonometrisch beleuchtet. Tabelle 3 und Tabelle 4 zeigen die Ergebnisse eines linearen Wahrscheinlichkeitsmodells für das Verarbeitende Gewerbe und das Bauhauptgewerbe, bei denen jeweils eine Indikatorvariable für Engpässe im April und als Kontrollvariablen die Geschäftslage und Geschäftserwartungen im Mai und Februar (L. Geschäftslage und L. Geschäftserwartungen) aufgenommen werden. In den ersten zwei Spalten wird der Effekt von Engpässen auf die Wahrscheinlichkeit der im Mai geplanten Preissteigerungen in den nächsten drei Monaten geschätzt. Unternehmen, die angeben, unter Engpässen bei den Vorprodukten zu leiden, haben eine um 20 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die Preise in den nächsten drei Monaten zu erhöhen, im Vergleich zu Unternehmen ohne Engpässe. Die dritte und vierte Spalte zeigen, dass Unternehmen mit Engpässen bei den Vorprodukten im Durchschnitt keine niedrigeren Produktionserwartungen in den kommenden drei Monaten haben, sondern im Verarbeitendem Gewerbe sogar eine etwas höhere Wahrscheinlichkeit, die Produktion auszuweiten. Diese positive Relation ist jedoch weniger eindeutig als bei den Preiserwartungen

[1] Vgl. *WirtschaftsWoche* (2021), »Lieferengpässe – Daimler schickt wegen Chipkrise Tausende Mitarbeiter in Kurzarbeit«, Meldung vom 21. April 2021, verfügbar unter: https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/lieferengpaesse-daimler-schickt-wegen-chipkrise-tausende-mitarbeiter-in-kurzarbeit/27117436.html.

Abb. 14

Auswirkungen von Engpässen bei Vorprodukten nach Wirtschaftszweigen



Aufschlüsselung der Wirtschaftszweige:
13–17: Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder, Holz, Papier
20–22: Herstellung von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Gummi- und Kunststoffwaren
24: Metallerzeugung und -bearbeitung
25: Herstellung von Metallerzeugnissen
26: Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
27: Herstellung von elektrischen Ausrüstungen
28: Maschinenbau
29: Herstellung von Kraftwagen und -teilen
41–42: Bauhauptgewerbe (Hoch- und Tiefbau)
Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 3

Schätzergebnisse für das Verarbeitende Gewerbe

	Preiserwartungen		Produktionserwartungen		Kurzarbeit		Beschäftigungs-erwartungen	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Lieferengpässe	0,21***	0,20***	0,014	0,058***	– 0,015***	– 0,0073*	0,084***	0,077***
	(0,023)	(0,024)	(0,022)	(0,020)	(0,0045)	(0,0043)	(0,018)	(0,018)
L.Geschäftserwartung		– 0,0053		0,054***		0,0035		0,014
		(0,019)		(0,016)		(0,0035)		(0,014)
Geschäftserwartung		– 0,0032		0,30***		0,0094***		0,10***
		(0,019)		(0,016)		(0,0035)		(0,014)
L.Geschäftslage		0,042*		– 0,034*		– 0,016***		0,026
		– 0,022		– 0,018		– 0,0039		– 0,016
Geschäftslage		0,099***		0,053***		0,045***		0,13***
		– 0,022		– 0,018		– 0,0039		– 0,016
Konstante	0,38***	0,36***	0,30***	0,22***	0,037***	0,045***	0,15***	0,095***
	(0,015)	(0,016)	(0,014)	(0,014)	(0,0030)	(0,0030)	(0,012)	(0,012)
Beobachtungen	1836	1683	1814	1661	1786	1639	1833	1681
R^2	0,044	0,079	0,000	0,232	0,006	0,185	0,011	0,137

Standardfehler in Klammern: * p < 0,10, ** p < 0,05, *** p < 0,01.

Quelle: ifo Konjunkturumfrage, Schätzungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2021

Tab. 4

Schätzergebnisse für das Bauhauptgewerbe

	Preiserwartungen		Produktionserwartungen		Kurzarbeit		Beschäftigungs-erwartungen	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Lieferengpässe	0,20***	0,18***	– 0,041	– 0,014	– 0,00070	– 0,00040	0,078**	0,074**
	(0,048)	(0,049)	(0,041)	(0,039)	(0,0023)	(0,0024)	(0,033)	(0,034)
L.Geschäftserwartung		0,11***		0,11***		– 0,0019		– 0,0076
		(0,035)		(0,028)		(0,0017)		(0,024)
Geschäftserwartung		0,021		0,25***		0,000025		0,100***
		(0,036)		(0,030)		(0,0018)		(0,025)
L.Geschäftslage		0,094***		– 0,034		– 0,0034*		0,017
		(0,036)		(0,029)		(0,0018)		(0,024)
Geschäftslage		0,045		0,038		– 0,0041**		0,081***
		– 0,04		– 0,032		– 0,002		– 0,027
Konstante	0,39***	0,37***	0,25***	0,25***	0,0041***	0,0062***	0,10***	0,081***
	(0,021)	(0,025)	(0,019)	(0,020)	(0,0010)	(0,0012)	(0,014)	(0,017)
Beobachtungen	659	618	657	618	655	616	622	581
R^2	0,026	0,080	0,002	0,175	0,000	0,038	0,009	0,076

Standardfehler in Klammern: * p < 0,10, ** p < 0,05, *** p < 0,01.

Quelle: ifo Konjunkturumfrage, Schätzungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

nur signifikant nach Hereinnahme der Geschäftslage und Geschäftserwartungen in das Schätzmodell.

Die fünfte und sechste Spalte geben den Zusammenhang von Engpässen bei den Vorprodukten und den Anteil der Beschäftigten in Kurzarbeit im Mai an. Im Verarbeitenden Gewerbe zeigt sich eine negative Relation zwischen den beiden Merkmalen. Dies ist ein Indiz dafür, dass Engpässe im Durchschnitt ein Zeichen für gestiegene Nachfrage sind, auf die die Unternehmen mit einem höheren Arbeitseinsatz reagieren. Entsprechend halbiert sich der Effekt der Engpässe auf den Anteil der Arbeiter in Kurzarbeit, wenn in den Regressionen zusätzlich für den Einfluss der Geschäftslage und der Geschäftserwartungen kontrolliert wird. Im Bauhauptgewerbe ist kein nennenswerter Zusammenhang zwischen den Anteil der Beschäftigten in Kurzarbeit und den Engpässen ersichtlich. Wenn man jedoch als abhängige Variable die Veränderung der Kurzarbeit von April zu Mai wählt, dann gibt es einen leicht positiv signifikanten Zusammenhang zwischen den beiden Variablen. Dies spiegelt womöglich die zum Teil negative Beschäftigungsauswirkung durch Materialmangel wider. Jedoch scheinen die Engpässe bei den Vorprodukten im Durchschnitt kein Treiber für steigende Kurzarbeit zu sein.

Die Beschäftigungserwartungen der Unternehmen sind stark positiv korreliert mit den Engpässen bei den Vorprodukten (Spalten 7 und 8). So ist die Wahrscheinlichkeit für eine erwartete Ausweitung der Beschäftigten in den nächsten drei Monaten um etwa 8 Prozentpunkte höher bei den Unternehmen mit Engpässen. Diese Zusammenhänge passen gut zu der Einschätzung bei der Kurzarbeit. Die Unternehmen reagieren auf die gestiegene Nachfrage mit höherem Material- und Arbeitseinsatz, wobei die Engpässe bei den Vorprodukten wohl eher eine kurzfristige Folge dessen sind als ein Auslöser für mittelfristige Wachstumshemmnisse.

Zusammenfassend deuten die Ergebnisse aus der ifo Konjunkturumfrage darauf hin, dass die Produktion im Verarbeitendem Gewerbe und im Bauhauptgewerbe nicht erheblich durch Materialengpässe ausgebremst wird. Insbesondere die Beschäftigungssituation scheint bislang nicht unter den Engpässen zu leiden. Möglicherweise ist dies auf die Erwartung der Unternehmen zurückzuführen, dass es sich bei den Engpässen nur um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Mit stärkeren Preisanstiegen muss jedoch in der nächsten Zeit gerechnet werden, die wiederum negative Rückwirkungen über die Nachfrage auf die Produktion und Beschäftigung haben könnten. Natürlich ist es vorstellbar, dass der Aufschwung im kontrafaktischen Szenario ohne Zulieferschwierigkeiten noch kräftiger ausgefallen wäre. Dies kann mit den vorliegenden mikroökonometrischen Analysen nur begrenzt quantifiziert werden. In der Box »Zu den konjunkturelle Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe« soll versucht werden, sich dieser Frage mit einem multivariaten makroökonometrischen Ansatz zu nähern.

ZU DEN KONJUNKTURELLEN AUSWIRKUNGEN DER ENGPÄSSE BEI VORPRODUKTEN IM VERARBEITENDEN GEWERBE

In dieser Box wird der Frage nachgegangen, welche konjunkturellen Auswirkungen im Verarbeitenden Gewerbe als Folge der Engpässe bei der Lieferung von Vorprodukten zu erwarten sind. Dabei wird das Zusammenspiel zwischen wichtigen Konjunkturvariablen im Rahmen einer vektorautoregressiven (VAR) Analyse untersucht. In das VAR-Modell gehen neben dem Anteil der Unternehmen, die über Engpässe bei Vorprodukten berichten, die saisonbereinigte Produktion, das saisonbereinigte Volumen der Auftragseingänge, der saisonbereinigte Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ohne Energieträger sowie die saisonbereinigten Arbeitsstunden je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe als endogene Variable ein. Aus monatlich vorliegenden Reihen werden Quartalsdurchschnitte gebildet, die als prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorquartal ins Modell einfließen. Der Anteil der Unternehmen, die über Engpässe bei Vorprodukten berichten, wird vierteljährlich am Beginn eines Quartals abgefragt und als einfache Differenz in Prozentpunkten im Modell berücksichtigt. Das VAR-Modell wird mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate über einen Zeitraum von 1991 bis zum aktuellen Rand mit zwei Verzögerungen der endogenen Variablen geschätzt. Modellunsicherheit wird über ein Bootstrap-Verfahren mit 1 000 Ziehungen abgebildet.

Ausgehend von den geschätzten Fehlertermen des VAR-Modells werden strukturelle (voneinander unabhängige) Konjunkturschocks durch eine geeignete Transformation identifiziert. Eine Möglichkeit dieser Identifikation bietet die Methode der Vorzeichenrestriktionen (vgl. Uhlig 2017). Dabei werden nur solche Transformationen zugelassen, bei denen die Reaktion ausgewählter Modellvariablen auf den Konjunkturschock in eine bestimmte Richtung gehen und damit ein vorab festgelegtes Vorzeichen aufweisen. Im Mittelpunkt der vorliegenden Analyse stehen unerwartete Veränderungen der Auftragseingänge, die wichtige Treiber der Produktion und der Preise im Verarbeitenden Gewerbe sind.

Im einfachsten Fall wird davon ausgegangen, dass der Produktion bei einem unerwarteten Anstieg der Auftragseingänge keine Engpässe bei Vorprodukten im Wege stehen. Somit steigen bei Konjunkturschock A die Auftragseingänge, während die Engpässe nicht zunehmen dürfen (vgl. Tab. 5). Die Reaktion aller verbleibenden Variablen bleibt unrestringiert und wird damit ausschließlich durch die geschätzte Modelldynamik bestimmt. Da der Fokus der Analyse auf der Reaktion der Produktion und der Preise infolge eines unerwarteten Anstiegs der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe liegt, bleiben insbesondere diese beiden Variablen bei der Identifikation unrestringiert. Werden die Engpässe bindend, steigt bei Konjunkturschock B zeitgleich mit den Auftragseingängen der Anteil der Unternehmen, die über Engpässe bei Vorprodukten berichten. Zusätzlich wird bei diesem Konjunkturschock vorausgesetzt, dass die steigenden Aufträge mit einer Ausweitung der Arbeitsstunden je Beschäftigten, also mit Überstunden, abgearbeitet werden. Diese Restriktion wird bei Konjunkturschock C umgekehrt. Hier wird unterstellt, dass der Anstieg der Auftragseingänge mit zunehmenden Engpässen bei Vorprodukten und einem Rückgang der Arbeitsstunden je Beschäftigten einhergeht. Dies entspräche der in der Einleitung beschriebenen Situation, in der Unternehmen die Kurzarbeit trotz guter Auftragslage ausweiten, weil sie davon ausgehen, dass sie die Produktion wegen fehlender Vorprodukte nicht aufrechterhalten können. Bei Konjunkturschock B hingegen sind Engpässe eher eine Begleiterscheinung einer regen Nachfrage nach Vorprodukten in einem sehr dynamischen Konjunkturumfeld. Bei allen Schocks wurde angenommen, dass die auferlegten Vorzeichenrestriktionen für zwei Quartale gelten. Da das VAR-Modell symmetrisch spezifiziert ist, gilt die Analyse auch für umgekehrte Vorzeichen, also unerwartete Rückgänge der Auftragseingänge.

Die Auswirkungen der drei identifizierten Konjunkturschocks werden in Abbildung 15 zusammengefasst. Zum einfacheren Vergleich wurde der unerwartete Anstieg der Auftragseingänge auf 1% in Periode 1 standardisiert. Alle Variablen wurden in Niveaus transformiert und in Periode 0 (vor Eintreffen des Schocks) auf 100 gesetzt. Die dickeren Linien zeigen die Reaktion der Modellvariablen auf Basis einer Schätzung, die das Jahr 2020 und damit die außergewöhnlichen Konjunkturschwankungen der Coronakrise unberücksichtigt lässt. Dadurch soll vermieden werden, dass die gesamten Schätzergebnisse durch diesen kurzen Zeitraum dominiert werden. Im Falle von Schock A und B wird nach einem Anstieg der Auftragseingänge die Produktion ausgeweitet. Die Engpässe bei Schock B führen lediglich zu einem Anstieg der Erzeugerpreise, behindern aber offenbar nicht die Produktion. Somit wird der mit der zunehmenden Knappheit der Vorprodukte einhergehende Kostenanstieg auf die Preise der Industriegüter überwälzt. Dies

Tab. 5

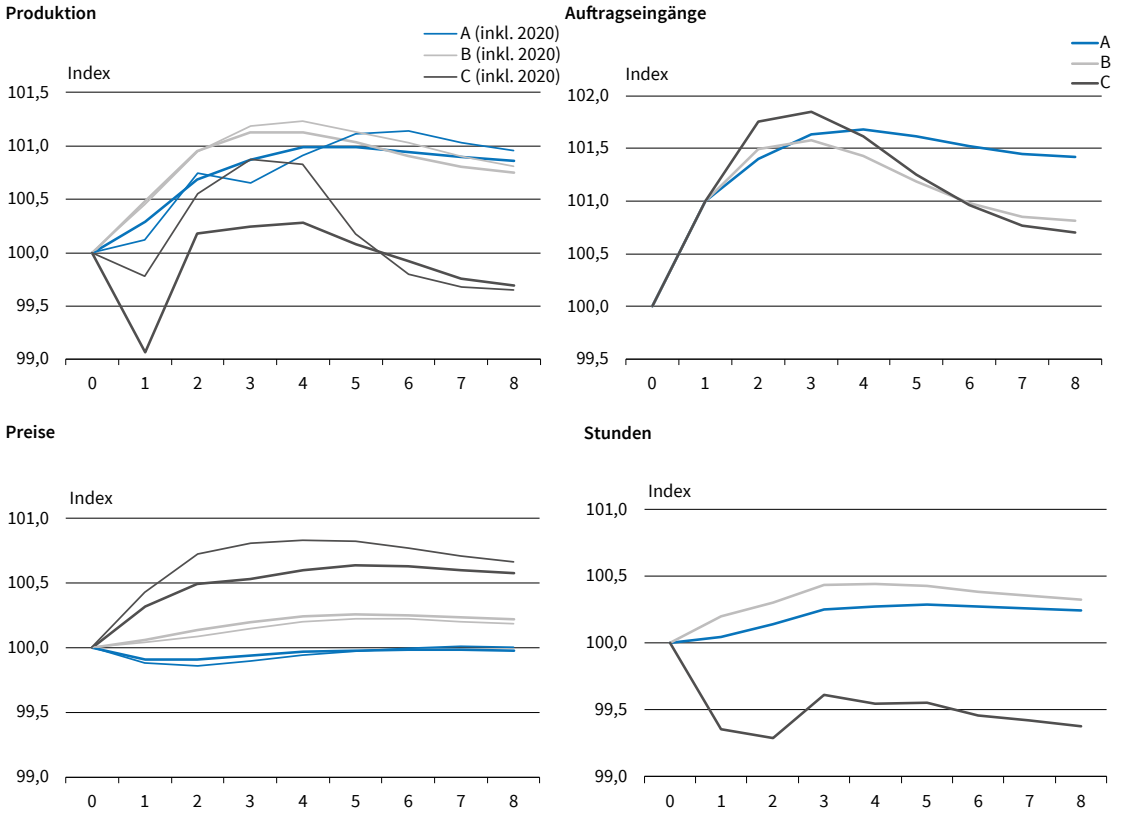
Unerwarteter Anstieg der Auftragseingänge

	Produktion	Aufträge	Engpässe	Preise	Stunden
A: ohne Engpässe		+	–		
B: mit Engpässen		+	+		+
C: mit Engpässen & Kurzarbeit		+	+		–

Quelle: Annahmen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

Abb. 15

Reaktion[a] auf einen unerwarteten 1-prozentigen Anstieg der Auftragseingänge



[a] Die Reaktion wird als Median der 1000 Ziehungen berechnet. Sie wurde im Zeitpunkt 0 vor Eintreffen des Schocks auf 100 gesetzt.
A: ohne Engpässe; B: mit Engpässen; C: mit Engpässen und Kurzarbeit
Quelle: Schätzungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

entspricht einer typischen Boom-Situation. Im Falle von Schock C sind die Engpässe bei den Vorprodukten derart bindend, dass trotz steigender Auftragseingänge die Produktion nicht ausgeweitet, sondern anfangs im Einklang mit der Verringerung der Arbeitsstunden je Beschäftigten sogar gedrosselt wird. Hinzu kommt ein kräftiger Anstieg der Erzeugerpreise. Sowohl bei Auftreten von Schock B als auch bei Schock C führen die steigenden Produktpreise nach etwa vier Quartalen auch zu sinkenden Auftragseingängen und damit zu einem Rückgang der Nachfrage. Die Ergebnisse sind weitgehend robust, wenn man den Schätzzeitraum um das Jahr 2020 (bis einschließlich erstes Quartal 2021) erweitert. Lediglich die dämpfenden Effekte auf die Produktion in Situation C sind weniger ausgeprägt, dafür allerdings fällt der Preisanstieg kräftiger aus.

Der Rückgang der Produktion im abgelaufenen ersten Quartal 2021 um 0,2% kann tatsächlich in Teilen auf Schock C zurückgeführt werden. Für sich genommen haben die damit verbundenen Materialengpässe die Produktion um 0,4 Prozentpunkte gedrosselt. Überwogen haben allerdings jene Materialengpässe, die mit steigenden Aufträgen und einer Ausweitung der Produktion einhergingen. Schock B ließ für sich genommen die Produktion im ersten Quartal um 2 Prozentpunkte steigen. Schock A spielte für die Entwicklung im ersten Quartal keine Rolle, die nicht identifizierten verbleibenden Schocks erklären einen relativ großen Rest in Höhe von – 1,9 Prozentpunkten. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass ein Großteil der Engpässe bei den Vorprodukten eine Begleiterscheinung der kräftigen Erholung der Industriekonjunktur seit Mitte 2020 sind und vielfach noch nicht so bindend sind, um ausgehend von der guten Auftragslage der Unternehmen einen Rückgang der Produktion insgesamt zu begründen. Auch zum Anstieg der Erzeugerpreise, der im ersten Quartal bei 1,4% im Vergleich zum Vorquartal lag, können die beiden Schocks B und C, bei denen steigende Auftragseingänge mit einem Anstieg der Materialengpässe einhergehen, einen Erklärungsbeitrag von jeweils einen Viertel Prozentpunkt leisten.

Im April haben die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe weiter zugenommen und liegen um knapp 3% über dem Vorquartal. Dennoch dürfte es im zweiten Quartal 2021 infolge des erneuten kräftigen Anstiegs der Materialengpässe zu einem weiteren Dämpfer bei der Produktionsausweitung und einem Schub bei den Erzeugerpreisen kommen. Für

den weiteren Jahresverlauf wurde in der vorliegenden Konjunkturprognose angenommen, dass sich die Materialengpässe bis Jahresende wieder auflösen. Für das Gesamtjahr 2021 legen Fortschreibungen des VAR-Modells einen Verlust bei der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate der Industrieproduktion in diesem Jahr in Höhe von 1,5 Prozentpunkten als Folge der Lieferengpässe nahe. Dabei wurden zwei bedingte Prognosen ausgehend vom vierten Quartal 2020 miteinander verglichen. In beiden Prognosen wurde ein identischer Verlauf der Austragseingänge bis zum Ende des laufenden Jahres unterstellt. Unterschiede wurden hingegen bei den Verläufen der Lieferengpässe angenommen. Im ersten Szenario bleibt der Anteil der Unternehmen, der über solche Produktionsbehinderungen berichtet, unverändert niedrig auf dem Niveau des vierten Quartals 2020. Im Alternativszenario folgen die Lieferengpässe in der ersten Jahreshälfte 2021 dem beobachteten Verlauf und lösen sich anschließend in der zweiten Jahreshälfte – im Einklang mit der in der vorliegenden Konjunkturprognose getroffenen Annahme – wieder auf. Neben dem geringeren Produktionsanstieg kommt es im Szenario mit Lieferengpässe zu einem kräftigeren Aufwuchs der Erzeugerpreise. Die durchschnittliche Veränderungsrate in diesem Jahr liegt dabei um 0,8 Prozentpunkte höher als im Alternativszenario ohne Lieferengpässe.

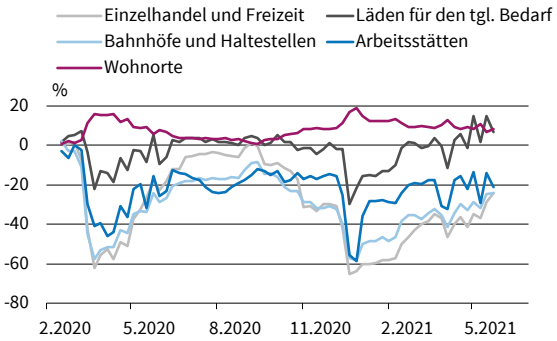
an Tempo gewonnen. Im Einklang damit wurden in den vergangenen Wochen Infektionsschutzmaßnahmen in vielen Bereichen gelockert, und die Mobilität der Menschen, die in Verbindung mit Konsum steht, legte deutlich zu (vgl. Abb. 16). Auch in den Frühindikatoren spiegelte sich dieser Optimismus wider. Vor allem im Handel und bei den Dienstleistungsunternehmen stiegen die vom ifo Institut erhobenen Geschäftserwartungen kräftig und kletterten über ihren langfristigen Mittelwert. Damit wurde auch in diesen Wirtschaftsbereichen nach über zwölf Monaten der Krise die Erholung eingeleitet (vgl. Abb. 17).

Für den weiteren Prognoseverlauf wird unterstellt, dass die bestehenden wirtschaftlichen Beschränkungen, die sich aus den Infektionsschutzmaßnahmen ergeben, bis zum Ende des dritten Quartals aufgehoben werden. Somit dürfte zumindest aus diesen Gründen einer vollständigen konjunkturellen Erholung beim Handel und in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen bis zum Ende des Jahres nichts mehr im Wege stehen. Entsprechend wird allein durch die Normalisierung des Ausgabeverhaltens der private Konsum die tragende Säule des Aufschwungs sein (vgl. Tab. 6). Darüberhinausgehende Nachholeffekte werden in dieser Prognose nicht berücksichtigt. Zwar hat sich durch die seit März 2020 eingeschränkten Konsummöglichkeiten und die aus einem Vorsichtsmotiv herrührende Konsumzurückhaltung bei den privaten Haushalten eine beträchtliche Überschussersparnis aufgestaut. Allerdings wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die Konsumenten diese Ersparnis während der Erholungsphase nicht verausgaben und die Sparquote, die während der beiden Coronawellen vorübergehend auf knapp über 20% gestiegen war, bis Ende des Jahres 2021 auf ihr Vorkrisenniveau in Höhe von 11% zurückgeht.

Kurzfristig dämpfend wirken im laufenden Quartal die Engpässe bei der Lieferung von Vorprodukten. Somit dürfte sich insbesondere der industrielle Boom im weiteren Verlauf etwas abkühlen, auch weil die kräftigen Anstiege der Erzeugerpreise die Nachfrage bremsen (vgl. Box: Zu den unternehmensspezifischen

Abb. 16

Mobilität[a] in Deutschland



[a] Abweichung der Besucherzahl/Aufenthaltsdauer im Vergleich zum Referenztag. Der Referenztag ist der Medianwert der fünf Wochen vom 3. Januar bis 6. Februar 2020.
Quelle: Google Mobility Report.

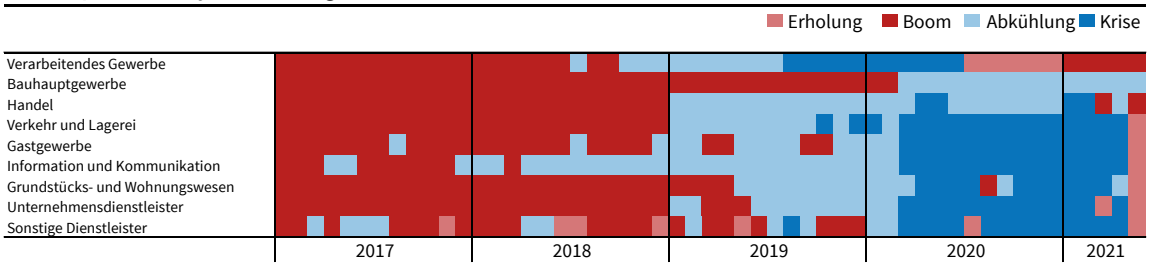
© ifo Institut

Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sowie Box: Zu den konjunkturellen Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe). In der gewichtigen Automobilindustrie dürfte eine Produktionsausweitung zunächst weiter auf sich warten lassen. Für die zweite Jahreshälfte wird angenommen, dass die Lieferengpässe allmählich an Bedeutung verlieren, da mit der Überwindung der Coronakrise ihre Ursachen verschwinden. Exporte und Unternehmensinvestitionen werden dann ab dem Sommer wieder kräftiger zur Erholung beitragen als in der ersten Hälfte des laufenden Jahres.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt ab dem zweiten Quartal mit kräftigen Raten expandieren, so dass das Vorkrisenniveau bereits im dritten Quartal des laufenden Jahres erreicht wird. Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2021 ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 3,3% (vgl. Abb. 18). Im kommenden Jahr wird die Erholung von der Coronakrise weitgehend abgeschlossen sein. Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad dürfte seinem langjährigen Mittelwert entsprechen, und die vierteljährlichen Zuwachsraten werden sich allmählich wieder normalisieren. Damit dürfte das Bruttoinlandsprodukt

Abb. 17

Heatmap der ifo Konjunkturumfragen



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2021. © ifo Institut

Tab. 6

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts[a]
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	– 2,2	– 11,5	11,2	– 2,3	– 5,4	3,5	6,7	2,4	0,6	0,5	0,5	0,4
Öffentlicher Konsum	1,1	1,3	1,0	0,1	0,2	0,8	0,5	– 0,4	– 0,6	0,2	0,5	0,5
Bauten	4,3	– 4,3	– 1,3	3,7	1,1	0,7	1,6	1,2	0,6	0,5	0,4	0,4
Ausrüstungen	– 6,8	– 15,1	15,9	1,9	– 0,2	1,8	3,6	2,4	1,7	0,9	0,7	0,7
Sonstige Anlagen	– 2,5	0,2	0,9	0,1	– 1,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Vorratsinvestitionen[b]	0,1	– 0,1	– 1,9	0,5	1,4	– 0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	– 1,0	– 7,6	5,1	– 0,2	– 1,3	2,1	4,4	1,6	0,5	0,5	0,5	0,4
Außenbeitrag[b]	– 1,1	– 2,4	3,8	0,7	– 0,6	– 0,6	– 0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	– 3,3	– 20,4	17,9	4,4	1,8	1,1	2,6	1,9	1,3	1,0	0,9	0,8
Importe	– 1,1	– 16,9	9,2	3,3	3,8	2,9	4,4	2,1	1,3	1,1	1,0	0,9
Bruttoinlandsprodukt	**– 2,0**	**– 9,7**	**8,7**	**0,5**	**– 1,8**	**1,3**	**3,6**	**1,5**	**0,5**	**0,5**	**0,4**	**0,4**

[a] Saison- und kalenderbereinigte Werte. [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab II/2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

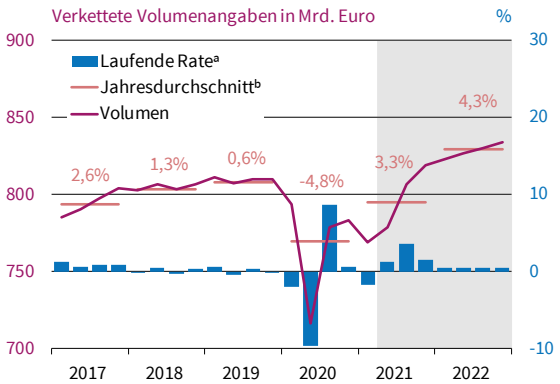
im Jahr 2022 voraussichtlich um 4,3% höher liegen als in diesem Jahr.

Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2021 wurde der Zuwachs für das laufende Jahr um 0,4 Prozentpunkte gesenkt und für das kommende Jahr um 1,1 Prozentpunkte angehoben (vgl. Box: Zur Revision der ifo Prognose vom März 2021). Insbesondere wurde die konjunkturelle Dynamik im ersten Halbjahr 2021 überschätzt, da von einer kräftigeren Expansion im Verarbeitenden Gewerbe ausgegangen wurde. Infolge der Lieferengpässe wurde die Fortsetzung der industriellen Erholung in die zweite Jahreshälfte verschoben. Betrachtet man die zusammengefasste Wirtschaftsleistung der Jahre 2020 bis 2022, belaufen sich die Kosten der Coronakrise nach dieser Prognose auf 382 Mrd. Euro. Als Referenz wird dabei eine Entwicklung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts unterstellt, bei der die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2020 bis 2022 mit Raten von durchschnittlich 1,2% gewachsen wäre, und damit so stark wie in der letzten ifo Konjunkturprognose vor Ausbruch der Coronakrise im Winter 2019 prognostiziert (vgl. Wollmershäuser et al. 2019).

Auch auf dem Arbeitsmarkt stehen die Zeichen auf Erholung, nachdem die Coronakrise den langjährigen Aufschwung im vergangenen Jahr jäh unterbrochen hat. Als Folge der fortschreitenden Öffnungen in vielen Wirtschaftsbereichen dürften die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit im Prognosezeitraum rasch abgebaut werden. Während die Kurzarbeit im kommenden Jahr wieder auf ihr Vorkrisenniveau sinken wird, liegt die Arbeitslosigkeit mit jahresdurchschnittlich 2,4 Mio. Personen noch darüber (vgl. Tab. 7). Maß-

Abb. 18

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

geblich hierfür sind die durch die steigende Zahl der Unternehmensinsolvenzen freigesetzten Arbeitskräfte, die zumindest mittelfristig keine neue Anstellung finden werden. Entsprechend wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die Coronakrise neben konjunkturellen auch mittelfristige Auswirkungen haben wird.

Das gegenwärtige finanzpolitische Umfeld ist von umfangreichen staatlichen Maßnahmen geprägt, die die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie eindämmen sollen. In der Folge wird der öffentliche Haushalt im laufenden Jahr abermals mit einem deutlichen Minus von gut 150 Mrd. Euro abschließen. Im weiteren Prognosezeitraum wird das Defizit dann auf etwa 50 Mrd. Euro allmählich zurückgeführt.

RISIKEN

Ein Großteil der Risiken, die im internationalen Teil angesprochen wurden, gelten nicht nur indirekt für die deutsche Wirtschaft über ihre internationalen Verflechtungen. Vor allem jene, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Coronakrise stehen, können den Konjunkturverlauf auch in Deutschland ganz unmittelbar beeinflussen. Dazu zählen die Annahme über den Infektionsverlauf und den Impffortschritt, die Annahme über die Verwendung der Überschussersparnis, sowie die Annahme über den Verlauf der Unternehmensinsolvenzen.

Unsicherheit besteht zudem im Zusammenhang mit den unterstellten Auswirkungen der Engpässe bei der Lieferung von Vorprodukten. In der vorliegenden Konjunkturprognose wurde angenommen, dass sich die Engpässe in der zweiten Jahreshälfte auflösen. Würden sie sich jedoch weiter zuspitzen und länger anhalten, wären die damit verbundenen Produktionseinbußen größer, und es bestünde die Gefahr, dass das Verarbeitende Gewerbe in einen Abschwung einmündet und sich damit die konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft weiter verlangsamt. Zwar sind die Ursachen der Probleme bei der Zulieferung von Vorprodukten globaler Natur. Dennoch scheint die deutsche Wirtschaft in besonderem Maße betroffen zu sein. Während hierzulande etwa 45% der Industrieunternehmen über einen Mangel an Vorprodukten klagen, liegt der Anteil in der übrigen EU bei gerade einmal 13%. Dies deutet zunächst einmal darauf hin, dass die Engpässe und ihr weiterer Verlauf für den Fortgang der deutschen Konjunktur wesentlich bedeutsamer sind als für die meisten europäischen Handelspartner, zumal der Industrieanteil hierzulande mit

Tab. 7

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2020	2021	2022	2020	2021	2022
	Veränderung ggü. Vorjahr in %[a]			Differenz zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2021		
Bruttoinlandsprodukt	– 4,8	3,3	4,3	+ 0,1	– 0,4	+ 1,1
Private Konsumausgaben	– 6,0	1,6	7,2	+ 0,1	– 0,9	+ 1,4
Konsumausgaben des Staates	3,7	1,9	0,1	+ 0,4	– 0,3	– 0,8
Bruttoanlageinvestitionen	– 2,7	4,6	4,1	+ 0,4	+ 1,6	– 0,8
Bauten	2,3	3,9	3,0	+ 0,5	+ 4,5	– 1,4
Ausrüstungen	– 11,6	8,6	6,8	+ 0,5	– 0,3	– 0,2
Sonstige Anlagen	– 1,1	0,0	2,8	0,0	– 3,3	0,0
Inländische Verwendung	– 4,1	3,3	5,0	+ 0,2	+ 1,7	+ 1,0
Exporte	– 9,4	10,4	5,6	0,0	– 0,4	0,0
Importe	– 8,4	11,4	7,3	0,0	+ 4,8	– 0,6
Erwerbstätige[b] (1 000 Personen)	44 818	44 860	45 417	+ 36	+ 13	+ 138
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 695	2 649	2 405	0	– 2	– 38
Arbeitslosenquote BA[c] (in %)	5,9	5,8	5,2	0,0	– 0,0	– 0,1
Verbraucherpreise[d] (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	0,5	2,6	1,9	0,0	+ 0,2	+ 0,3
Lohnstückkosten[e] (Veränderung ggü. Vorjahr in %)	4,2	– 0,1	0,7	+ 0,0	+ 0,6	– 0,1
Finanzierungssaldo des Staates[f]						
– in Mrd. Euro	– 149,2	– 150,4	– 49,6	– 9,5	– 27,6	+ 11,6
– in % des Bruttoinlandsprodukts	– 4,5	– 4,3	– 1,3	– 0,3	– 0,8	+ 0,3
Leistungsbilanzsaldo						
– in Mrd. Euro	232,1	206,2	183,7	+ 0,2	– 69,4	– 79,8
– in % des Bruttoinlandsprodukts	7,0	5,8	4,9	– 0,0	– 2,0	– 2,2

[a] Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. [b] Inlandskonzept. [c] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). [d] Verbraucherpreisindex (2015 = 100). [e] Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. [f] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2021

ZUR REVISION DER IFO PROGNOSE VOM MÄRZ 2021

Im Dezember 2020 hatte das ifo Institut die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2021 im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom September 2020 um 0,9 Prozentpunkte auf + 4,2% gesenkt (vgl. Wollmershäuser et al. 2020). Vor dem Hintergrund der zweiten Coronawelle im Schlussquartal 2020 und der in der Winterprognose angepassten Annahme über die Verlängerung der staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen in das erste Quartal 2021 hinein musste die saison- und kalenderbereinigte Verlaufsrate des BIP deutlich nach unten korrigiert werden. Der statistische Überhang für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2021 reduzierte sich in der Konsequenz von 2,7 auf 1,1 Prozentpunkte. Trotz des erneuten Shutdowns wurde die konjunkturelle Grundstimmung weiterhin als intakt eingestuft, da sich die negativen Auswirkungen des Lockdowns nach Einschätzung des ifo Instituts insbesondere auf das Gastgewerbe und auf die Dienstleister aus dem Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung konzentrieren dürften. Im Gegensatz zu diesen Bereichen wurde angenommen, dass sich die konjunkturelle Erholung im Verarbeitenden Gewerbe fortsetzt. Eine größere Abwärtskorrektur musste daher nur bei der Prognose der privaten Konsumausgaben vorgenommen werden: Die Verlaufsrate für das Schlussquartal 2020 wurde von 2,4 auf – 0,8% und für das erste Quartal 2021 von – 2,4 auf – 5,4% herabgesetzt.

Im Dezember 2020 ging das ifo Institut davon aus, dass die im Herbst 2020 eingeführten staatlichen Beschränkungen unverändert bis März 2021 gelten würden. Erst ab April sollten allmähliche Öffnungen die wirtschaftliche Erholung beschleunigen, so dass für das zweite Halbjahr 2021 mit einem kräftigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gerechnet wurde.

Ende Dezember wurden die ersten Impfungen gegen Covid-19 verabreicht. Gleichzeitig verbreiteten sich ansteckendere Varianten des Virus. Die staatlichen Maßnahmen wurden infolgedessen verschärft und hatten auch zum Zeitpunkt der Prognose im März 2021 Bestand. Unter anderem wurden große Teile des stationären Nichtlebensmitteleinzelhandels geschlossen – ausgenommen von den Schließungen war der Einzelhandel mit Waren des täglichen Bedarfs. Die Veränderungsrate des realen BIP für das Jahr 2021 wurde infolge der sich aufbauenden dritten Coronawelle und des schleppenden Impffortschritts auf + 3,7% abgesenkt – die konjunkturelle Erholung wurde im Vergleich zur vorangegangenen Winterprognose vom Dezember erst im weiteren Jahresverlauf erwartet. Insbesondere die Entwicklung des privaten Konsums musste aufgrund der andauernden Infektionsschutzmaßnahmen nochmals heruntergesetzt werden. Die Verlaufsrate für das erste Quartal 2021 lag in der ifo Prognose vom März 2021 bei – 2,4% – nachdem in der Prognose vom Dezember 2020 noch mit einer Stagnation gerechnet wurde.

In der vorliegenden Prognose wird das jahresdurchschnittliche Wachstumstempo des realen Bruttoinlandsprodukts mit + 3,3% nochmals etwas weniger dynamisch eingeschätzt, als in der vorangegangenen Prognose vom März dieses Jahres unterstellt. Mit zunehmendem Impffortschritt und nachlassendem Infektionsgeschehen wird die konjunkturelle Erholung dem ifo Institut zufolge im Sommerhalbjahr zunehmend an Schwung gewinnen. Allerdings wirkt die steigende Materialknappheit dem entgegen. Insbesondere bei elektrischen Komponenten, Metallen und chemischen Erzeugnissen ist ein Mangel zu beobachten. Diese fehlen insbesondere in der für Deutschland bedeutenden Branche der Automobilhersteller. Aber auch weitere Bereiche, wie das Bauhauptgewerbe berichten häufiger von Problemen bei der Materialbeschaffung. Dies spiegelt sich auch in den Planungen der an der ifo Konjunkturumfrage teilnehmenden Unternehmen zu den Preissetzungen im Verlauf des zweiten Quartals wider. Diese gaben mehrheitlich an, ihre Preise anheben zu wollen.

Einen großen Anteil an der revidierten Jahreswachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2021 hat die realisierte Verlaufsrate für das erste Quartal 2021, die nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei – 1,8% liegt. Im Frühjahr 2021 hatte das ifo Institut noch mit einem deutlich geringeren Rückgang (– 0,7%) gerechnet (vgl. Tab. 8). Zusätzlich erwartet das ifo Institut aufgrund der Materialknappheiten im zweiten Quartal 2021 einen weniger deutlichen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion als noch in der Frühjahrsprognose (+ 1,3% vs. + 2,1%). Aufgrund der sinkenden Infektionszahlen und des zunehmenden Impffortschritts geht das ifo Institut in der aktuellen Prognose von einer kräftigen wirtschaftlichen Erholung im Sommer bzw. im Laufe des zweiten Halbjahres aus.

Verwendungsseitig fiel die Prognosekorrektur für die Jahreswachstumsrate des laufenden Jahres insbesondere im Bereich der Bauinvestitionen groß aus. Das ifo Institut hat in der Frühjahrsprognose noch einen kräftigen Rückgang der Bauinvestitionen im ersten Quartal 2021 erwartet. Dies allerdings auch ausgehend von einer deutlich niedrigeren Verlaufsrate im vierten Quartal 2020 – diese wurde um 1,9 Prozentpunkte nach oben revidiert. Grund hierfür waren die unterschätzten Vorzieheffekte aufgrund der temporären Mehrwertsteuersenkung im Ausbau-

Tab. 8

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2021

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Märzprognose		ifo Juniprognose		Prognosekorrektur für 2021	
	Prognosewerte für 2021		Prognosewerte für 2021		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten[a] (2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten[a] (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
Inlandsnachfrage	**1,6**	**1,5**	**3,3**	**3,1**	**1,7**	**1,6**
Privater Konsum	2,4	1,2	1,6	0,8	– 0,9	– 0,4
Staatlicher Konsum	2,2	0,5	1,9	0,4	– 0,3	– 0,1
Bauten	– 0,5	– 0,1	3,9	0,5	4,5	0,5
Ausrüstungen	9,0	0,6	8,6	0,6	– 0,3	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	0,1	0,0	0,0	– 3,3	– 0,1
Vorratsveränderungen	–	– 0,9	–	0,9	–	1,7
Außenbeitrag	**–**	**2,2**	**–**	**0,2**	**–**	**– 2,0**
Ausfuhr	10,8	4,7	10,4	4,6	– 0,4	– 0,2
Einfuhr	6,6	– 2,5	11,4	– 4,3	4,8	– 1,8
Bruttoinlandsprodukt	**3,7**	**3,7**	**3,3**	**3,3**	**– 0,4**	**– 0,4**

[a] Beiträge der Nachfragekomponten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

gewerbe. Die erwartete Gegenbewegung im ersten Quartal blieb jedoch aus, was zu einer deutlichen Diskrepanz in Höhe von 6 Prozentpunkten und einem Unterschied im Vorzeichen zwischen den Verlaufsraten der Bauinvestitionen (1,1%) und der Bruttowertschöpfung im Bau (–4,9%) führte. Die Wertschöpfung läuft recht synchron mit der Bauproduktion, die im Januar kräftig nachgegeben hatte, sich im Anschluss aber wieder spürbar erholte; im Quartalsdurchschnitt bleibt hingegen ein Minus stehen. Laut Nachfrage beim Statistischen Bundesamt erklärt sich die Diskrepanz zum einen aus dem deutlich geringeren Gewicht des Ausbaugewerbes bei den Bauinvestitionen – verglichen mit der Wertschöpfung. Zum anderen enthal-

Tab. 9

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2021

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V) = Summe der Spalten (I) bis (V)			Prognoseanpassung[c]		
		Revision[a] der VGR (I)	Prognosefehler[b] (II)	2. Quartal (III)	3. Quartal (IV)	4. Quartal (V)
Inlandsnachfrage	1,7	0,1	0,9	– 0,2	0,8	0,1
Privater Konsum	– 0,9	0,9	– 3,1	0,1	1,1	0,2
Staatlicher Konsum	– 0,3	0,5	– 0,5	– 0,2	0,1	– 0,2
Bauten	4,5	1,4	5,0	– 1,4	– 0,3	– 0,1
Ausrüstungen	– 0,3	1,5	– 1,1	– 1,1	0,5	– 0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	– 3,3	– 1,0	– 2,4	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderungen[d]	1,7	– 0,7	2,1	0,1	0,2	0,1
Außenbeitrag[d]	– 2,0	0,2	– 2,0	– 0,4	0,1	0,1
Ausfuhr	– 0,4	– 0,1	0,1	– 0,4	0,1	0,0
Einfuhr	4,8	– 0,6	5,2	0,6	– 0,2	– 0,2
Bruttoinlandsprodukt	– 0,4	0,2	– 1,1	– 0,6	0,9	0,2

[a] Beitrag der Revision des Überhangs durch das Statistische Bundesamt. [b] Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das erste Quartal des Jahres 2021 aus der ifo Frühjahrsprognose 2021 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. [c] Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das zweite bis vierte Quartal des Jahres 2021. [d] Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

ten die Bauinvestitionen auch Leistungen aus dem Verarbeitenden Gewerbe sowie Eigenleistungen und Baunebenleistungen aus dem Dienstleistungsbereich. Der private Konsum brach den offiziellen Zahlen zufolge im ersten Quartal 2021 stärker ein als erwartet – allerdings geht das ifo Institut im zweiten Halbjahr von kräftigen Aufholeffekten aus. Dem Statistischen Bundesamt zufolge fielen die Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal 2020 positiver aus als bisher angegeben, allerdings sind die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal 2021 leicht rückläufig gewesen. Das ifo Institut hatte in der Frühjahrsprognose noch einen Anstieg erwartet. Bei stärker nachgebendem privaten Konsum und weniger expansiven Ausrüstungsinvestitionen wurden die Lagerbestände gefüllt. Die Exporte entwickelten sich im ersten Quartal 2021 wie prognostiziert, für das zweite Quartal wurde die Verlaufsrate etwas nach unten revidiert. Im Gegensatz dazu entwickelten sich die Importe im ersten Quartal deutlich positiver - diese Entwicklung strahlt auch noch ins zweite Quartal aus. Aufgrund dieser Entwicklungen fiel der Außenbeitrag im ersten Quartal 2021 negativ und spürbar niedriger als noch in der Frühjahrsprognose angenommen aus. Insgesamt wurde die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,4 Prozentpunkte nach unten revidiert (vgl. Tab. 9). Die Prognosekorrektur ergibt sich sowohl aus wesentlichen Prognosefehlern für das erste Quartal als auch deutlichen Abwärtskorrekturen im zweiten sowie Aufwärtskorrekturen im dritten und zum Teil auch im vierten Quartal.

zuletzt knapp 21% höher ist als in der übrigen EU, wo er bei nur knapp 16% liegt. Eine Ursache für die hohe Betroffenheit liegt vermutlich in der spezifischen Struktur der deutschen Industrie, bei der vor allem der Automobilproduktion mit ihrem vergleichsweise hohen Bedarf an Halbleitervorprodukten eine gewichtige Bedeutung zukommt. Wenig überraschend ist dort der Anteil der Unternehmen, die über Lieferengpässe klagen, mit 65% überdurchschnittlich hoch.

Unsicherheit besteht schließlich auch im Hinblick auf die finanzpolitische Ausrichtung im kommenden Jahr nach der Bundestagswahl. In der Diskussion der Parteien stehen unterschiedliche Reformen des Steuer- und Abgabesystems sowie klimapolitische Maßnahmen, die im Vergleich zu dem in dieser Prognose unterstellten Status quo sowohl zusätzliche Be- als auch Entlastungen der privaten Haushalte und Unternehmen mit sich bringen könnten. Auch könnte in Frage gestellt werden, ob der in dieser Prognose angenommene Konsolidierungskurs im kommenden Jahr tatsächlich eingeschlagen wird.

FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Trotz des Abschwächens der Coronakrise bestimmen nach wie vor umfangreiche staatliche Maßnahmen des Konjunkturprogramms zur Abfederung der negativen wirtschaftlichen Folgen die finanzpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland. Dazu zählen vor allem die Überbrückungshilfen, aber auch gezielte Hilfen an von den Schließungen betroffene Unternehmen (November- und Dezemberhilfen), die zunehmend auch an die Empfänger ausgezahlt werden (vgl. Tab. 10). Darüber hinaus führt die Stabilisierung der EEG-Umlage zu deutlich höheren Gütersubventionen an Übertragungsnetzbetreiber. Des Weiteren dürften die diversen Fördermaßnahmen aus dem Zukunftspaket anlaufen. Die schon vor der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen im Gesundheitssektor führen ebenfalls zu staatlichen Mehrausgaben. Auch die Erstattung der von Unternehmensseite geleisteten Sozialbeiträge auf Kurzarbeitergeld wird weiterhin zu erheblichen Ausgaben führen, diese werden allerding deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr.

Durch zahlreiche Maßnahmen werden auch die monetären Sozialleistungen erhöht. Neben der zu Jahresbeginn eingeführten Grundrente wird auch im Jahr 2021 ein Kinderbonus in Höhe von 150 Euro je Kind gewährt. Ferner wurde der Bezug von Kinderkrankengeld erweitert, der vereinfachte Zugang zum Kurzarbeitergeld sowie für Selbständige zum Arbeitslosengeld II bis Ende des Jahres verlängert. Schließlich vergrößern die staatlichen Ausgaben für die Beschaffung von Mitteln zur Pandemiebekämpfung, wie Schutzmasken, Schnelltests und die Impfkampagne, die fiskalische Expansion.

Im Hinblick auf die Einnahmeseite sind Anfang 2021 umfangreiche steuerliche Entlastungen in Kraft getreten. Unter anderem wird der niedrigere Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie bis Ende des Jahres 2022 gelten. Für große steuerliche Entlastungen sorgen die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Verschiebung des Einkommensteuertarifs, der im Rahmen des Zweiten Familienentlastungsgesetzes stattfand. Dagegen belasten im Jahr 2021 die Rückkehr zu den vor der Coronakrise geltenden Mehrwertsteuersätzen sowie insbesondere die neu eingeführte CO_2-Steuer die Steuerzahler. Außerdem erhöht sich der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung um schätzungsweise 0,3 Prozentpunkte. Zwar fällt der Umfang der finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2021 geringer aus als im Vorjahr, in dem die Mehrwertsteuer gesenkt und Unternehmenshilfen in erheblichem Umfang geleistet wurden, allerdings ist der expansive Impuls von etwa 41 Mrd. Euro bzw. 1,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auch im laufenden Jahr erheblich.

2022 wird die Finanzpolitik mit dem in dieser Prognose angenommenen Auslaufen der finanzpo-

Tab. 10

Finanzpolitische Maßnahmen[a]
Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2021	2022
Einnahmen der Gebietskörperschaften[b]		
Teilabschaffung Solidaritätszuschlag	– 9,2	– 1,4
Alterseinkünftegesetz	– 1,3	– 1,4
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4
Fondstandortgesetz	– 0,2	– 0,3
Erhöhung Grund- , Kinderfreibetrag, Verschiebung Tarifeckwerte/ Familienentlastungsgesetz	– 0,8	– 0,2
Zweites Familienentlastungsgesetz	– 3,8	– 4,4
Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	– 1,7	– 0,4
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen	– 0,2	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	0,7	0,2
CO_2-Bepreisung in Verkehr und Wärme (Beschluss des Klimakabinetts)	7,6	1,5
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,2	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Senkung EEG-Umlage	– 5,4	0,0
Kindergelderhöhung um 10 bzw. 15 Euro zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	– 3,2	0,0
Einsparungen bei ALG II durch das Familienentlastungsgesetz bzw. Kindergeldanhebung	0,2	0,0
Arbeit-von-morgen-Gesetz	– 0,1	– 0,1
Gute-KiTa-Gesetz	– 1,0	– 0,5
Weitere sozialpolitische Maßnahmen[c]	– 0,5	– 0,2
Mehrpersonal innere Sicherheit	– 0,3	0,0
Aufstockung des BAFöG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	– 0,2	0,0
Strukturstärkungsgesetz: Kohleregionen	– 0,4	0,0
Zusätzliche EKF-Ausgaben durch Beschluss des Klimakabinetts	– 2,9	– 1,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen[d]	– 0,2	– 0,2
Anpassung der Renten Ost	– 0,5	– 0,5
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	– 0,1	– 0,1
Grundrente	– 0,8	– 1,8
Gesundheits- und pflegepolitische Maßnahmen[e]	– 1,2	0,0
Maßnahmen des Konjunkturprogramms	– 6,1	12,4
Sonstige Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise und -Pandemie	– 13,4	67,8
Insgesamt	– 41,4	69,8
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	– 1,1	4,3

[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen. [b] Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. [c] Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung, Baukindergeld (inkl. Bayrische Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus), Erhöhung des Wohngelds (einschließlich Klimapaket), Starke-Familien-Gesetz, Teilhabechancengesetz, Angehörigenentlastungsgesetz, Familiengeld und Kindergartenzuschuss Bayern. [d] Arbeit-von-morgen-Gesetz und Qualifizierungschancengesetz. [e] Konzertierte Aktion Pflege, Pflegepersonalstärkungsgesetz, Terminservice- und Versorgungsgesetz und Krankenhausstrukturgesetz.

Quelle: Finanzministerien der Länder, Bundesregierung, Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

litischen Krisenmaßnahmen auf einen restriktiven Kurs einschwenken. Zwar wurden einige als Reaktion auf die Coronakrise ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen weitergeführt. Zudem werden weitere Fördermaßnahmen aus dem »Zukunftspaket« nach und nach anlaufen und steuerliche Maßnahmen, wie die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung oder die nochmalige Verschiebung des Einkommensteuertarifs, abermals entlastend wirken. Bedeutender ist aber, dass mit der bereits im laufenden Jahr einsetzenden wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2022 keine direkten Zuschüsse an Unternehmen aufgrund von Umsatzausfällen mehr geleistet werden.

Auch die pandemiebedingt hohen Ausgaben des Staates für die medizinische Versorgung werden deutlich zurückgehen. Die Zuschüsse an die Krankenhäuser, die in den Jahren 2020 und 2021 für das Bereitstellen von Intensivbetten gewährt wurden, werden im kommenden Jahr entfallen. Gleiches gilt für die 2021, teilweise auch schon 2020 gewährten einmaligen Leistungen an private Haushalte, etwa den Kinderbonus, den Pflegebonus oder die Einmalzahlungen an Empfänger von Arbeitslosengeld II. Alles in allem wird

der restriktive Effekt der finanzpolitischen Maßnahmen 2022 insgesamt knapp 70 Mrd. Euro und 4,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen.

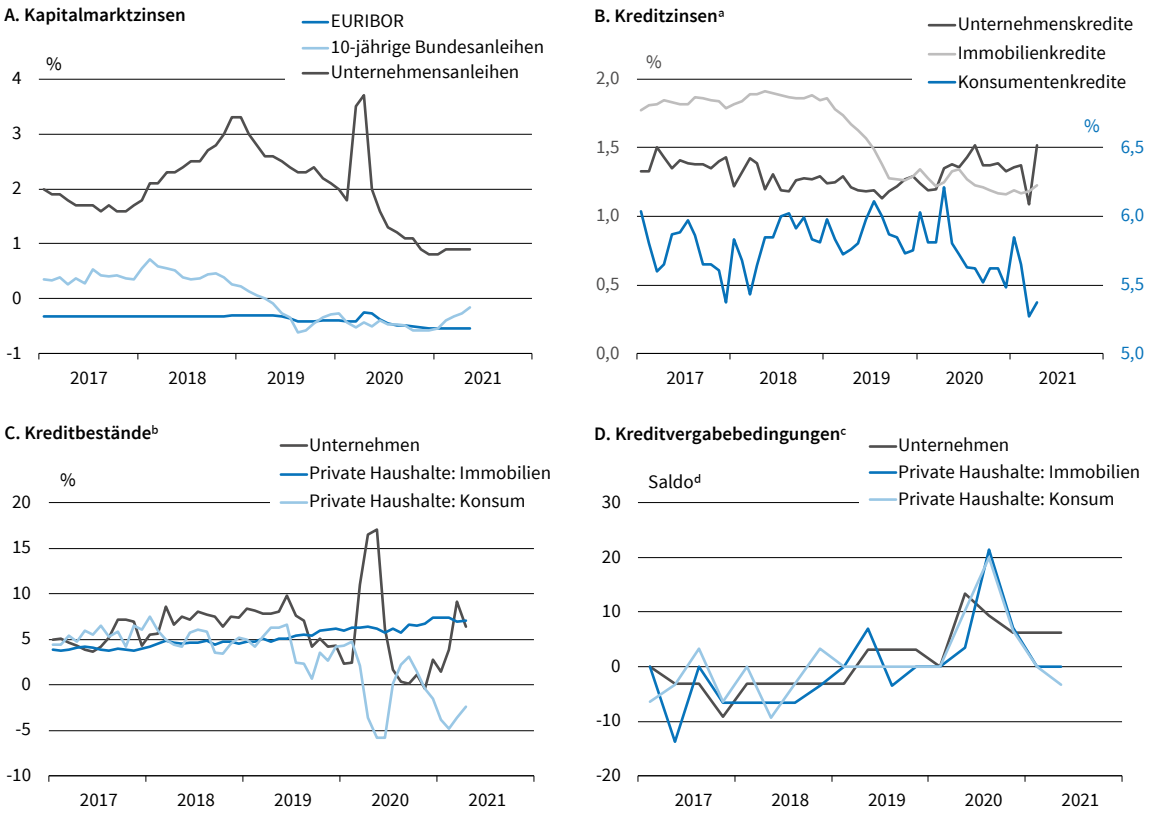
FINANZIERUNGSUMFELD BLEIBT GÜNSTIG, ABER MODERATER ANSTIEG DER ZINSEN ABSEHBAR

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte bis zuletzt ihren expansiven geldpolitischen Kurs fort. Im Rahmen des 1 850 Mrd. Euro schweren Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) tätigt sie weiterhin Ankäufe von Anleihen öffentlicher und privater Schuldner, wobei Nettozukäufe bis mindestens März 2022 geplant und die Wiederanlage der Tilgungsbeträge bis mindestens Ende 2023 festgeschrieben sind. In ihrer Juni-Sitzung kündigte die EZB, wie schon im Frühjahr, eine Ausweitung der Anleihekäufe des PEPP an, um die Finanzierungsbedingungen im Euroraum günstig zu halten. Zum Stichtag 4. Juni wurden insgesamt 1 115 Mrd. Euro aus dem Programm abgerufen. Die Zentralbank hat jedoch bereits kommuniziert, den Umfang des PEPP flexibel auf neue Erfordernisse anpassen zu wollen. Darüber hinaus versorgt die EZB die Banken wie bisher mit Liquidität über die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III). Die Leitzinsen liegen unverändert bei 0% für den Hauptrefinanzierungssatz, 0,25% für den Spitzenrefinanzierungssatz und – 0,5% für den Einlagesatz.

Gestützt vom akkommodierenden geldpolitischen Kurs der EZB sind die Finanzierungsbedingungen in Deutschland weiterhin äußerst günstig, auch wenn erste Anzeichen eine Trendumkehr an den Kredit- und Kapitalmärkten vermuten lassen (vgl. Abb. 19). Trotz der massiven Anleihekäufe der EZB sind die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen seit Dezember um rund 40 Basispunkte auf – 0,16% und damit auf den höchsten Wert seit Mitte 2019 gestiegen. Diese Entwicklung dürfte in erster Linie die steigenden Inflationserwartungen reflektieren. Auch die Umlaufrenditen deutscher Unternehmensanleihen sind in den letzten Monaten leicht auf zuletzt 0,9% gestiegen. Die Entwicklungen am Kapitalmarkt spiegeln auch die Kreditzinsen wider. So zogen die durchschnittlichen Zinsen für Unternehmenskredite bereits seit 2019 tendenziell an, wobei diese am aktuellen Rand eine hohe Volatilität aufweisen und im April bei 1,5% lagen. Die Zinsen für Immobilienkredite scheinen ihre Tiefpunkte ebenfalls hinter sich gelassen zu haben und befinden sich auf einem leicht aufwärtsgerichteten Pfad bei aktuell 1,2%. Lediglich die Zinsen für Konsumentenkredite

Abb. 19

Zur monetären Lage in Deutschland



[a] Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.
[b] Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt). [c] Kreditvergabebedingungnen in den vergangenen drei Monaten (Bank Lending Survey).
[d] Saldo der Einschätzungen »verschärft« minus »gelockert« in %.
Quelle: Europäische Zentralbank; Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 11

Annahmen der Prognose
Jahresdurchschnitte

	2020	2021	2022
Ölpreis USD/Barrel (Brent)	41,8	66,5	70,0
Welthandel[a]	– 5,4	11,0	2,3
Wechselkurs USD/EUR	1,14	1,21	1,21
Hauptrefinanzierungssatz der EZB	0,00	0,00	0,00

[a] Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

entziehen sich bisher diesem Aufwärtstrend und befinden sich zuletzt auf historischen Tiefständen.

Der Verlauf der Kreditvolumina in Deutschland stand zu Jahresbeginn weiterhin im Zeichen der Coronakrise. Dabei entwickelten sich die Volumina von Unternehmens- und Konsumentenkrediten wie schon im Frühjahr 2020 spiegelbildlich: Während die Konsumentenkredite mangels Einkaufsmöglichkeiten im erneuten Shutdown schrumpften, beschleunigte sich das Wachstum der Unternehmenskredite in den ersten Monaten des Jahres deutlich. Die Ergebnisse der Umfrage unter Geschäftsbanken (Bank Lending Survey) bestätigen die gegenläufige Bewegung der Kreditfrage von Haushalten und Unternehmen im ersten Quartal. Währenddessen scheint sich der Expansionspfad bei den Volumina von Immobilienkrediten ununterbrochen fortzusetzen. Insgesamt haben die Banken in Deutschland die Kreditvergabestandards nach deutlichen Verschärfungen in der ersten Jahreshälfte 2020 wieder etwas gelockert. Diese erleichternden Vergabebedingungen trifft bei Unternehmenskrediten laut KfW-ifo-Kredithürde vor allem auf Großunternehmen zu.

Im Prognosezeitraum dürfte die Geldpolitik die Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig halten, ohne jedoch neue Impulse setzen zu können. Die EZB bekräftigte zuletzt ihre Ansicht, dass es sich bei dem jüngsten Inflationsanstieg nur um ein temporäres Phänomen handeln dürfte und daher ein Anziehen der geldpolitischen Zügel nicht bevorsteht. Bei einer etwaigen Straffung dürften zunächst die Anleiheankäufe im Rahmen des PEPP zurückgefahren werden, bevor andere Instrumente angepasst werden. So werden die Leitzinsen der EZB wohl auf absehbare Zeit an ihrer Untergrenze verharren. Im Prognosezeitraum dürften die Zinsen an den Kredit- und Kapitalmärkten im Einklang mit der wirtschaftlichen Erholung und steigenden Inflationserwartungen moderat anziehen. So dürfte sich die Umlaufrendite zehnjähriger Bundesanleihen bald wieder im positiven Bereich bewegen.

WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme, dass sich der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent auf durchschnittlich 66,5 US-Dollar in diesem Jahr und auf 70,0 US-Dollar im nächsten Jahr belaufen wird (vgl. Tab. 11). Außerdem wird angenommen, dass der Euro in diesem und im kommenden Jahr durchschnittlich 1,21 US-Dollar kosten wird.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes dürfte sich in diesem Jahr um 1,7% verschlechtern (vgl. Abb. 20). Den größten Beitrag zur realen Aufwertung werden die übrigen Länder des Euroraums leisten, die eine vergleichsweise niedrige Verbraucherpreisinflation verzeichnen werden. Einen weiteren Grund für die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit stellt der starke Euro dar. Seit Beginn der Coronakrise wertete der Euro massiv gegenüber dem brasilianischen Real und dem russischen Rubel auf. Zusätzlich kann man seit Mai 2020 eine Aufwertungstendenz des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Schweizer Franken beobachten. Unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse dürfte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im nächsten Jahr weitgehend unverändert bleiben. Zwar wird Deutschland weiterhin eine dynamischere Inflation als der Rest des Euroraums aufweisen, aber gleichzeitig wird der deutsche Preisaufstieg im Vergleich zu den Schwellenländern spürbar schwächer ausfallen.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, wurde die Weltkonjunktur im ersten Quartal durch eine erneute Coronawelle gedämpft. Der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Expansionsraten der wichtigsten deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, legte dementsprechend nur mäßig zu (vgl. Abb. 20). Dank der schrittweisen Lockerung der Infektionsschutzmaßnahmen wird die Weltwirtschaft ab dem zweiten Quartal ihren Erholungskurs wieder aufnehmen. Die deutlichste Zunahme der Exportnachfrage wird im dritten Quartal erwartet. Danach wird sich die Expansionsdynamik allmählich abflachen.

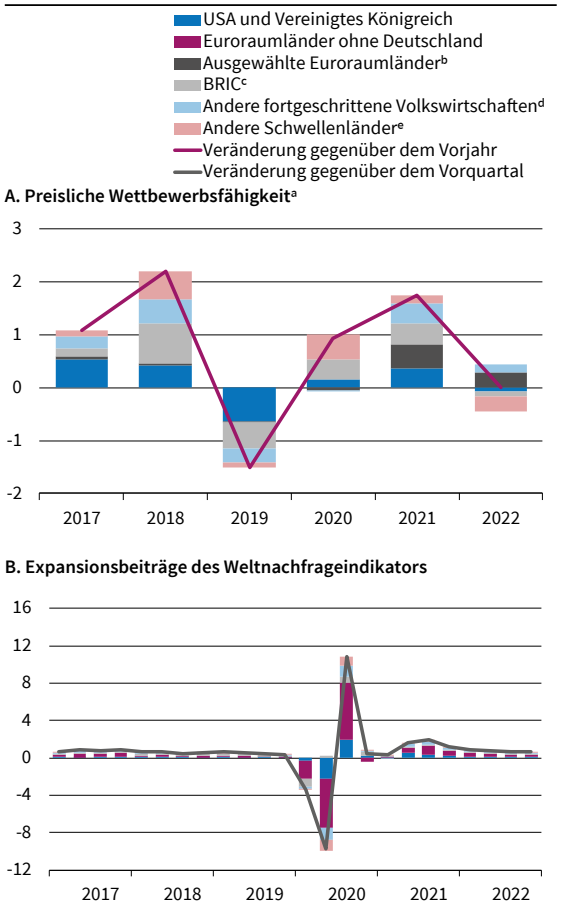
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTION IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN ÖFFNUNGEN UND LIEFERENGPÄSSEN

Die kräftige Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nach der ersten Coronawelle im vergangenen Jahr hat im Winterhalbjahr 2020/2021 ein jähes Ende gefunden. Die erneute Coronawelle belastete ab Oktober 2020 insbesondere die konsumnahen Dienstleister, die ihre Geschäftstätigkeit erneut herunterfahren mussten. Während das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal des vergangenen Jahres noch um 0,5% zulegen konnte, fiel der Rückgang mit 1,8% im ersten Quartal 2021 annähernd so stark aus wie ein Jahr zuvor (vgl. Tab. 12). Besonders auffällig ist die fehlende Stabilisierungswirkung des Baugewerbes und der deutschen Industrie, die in der zweiten Jahreshälfte 2020 recht kräftig zur Erholung beigetragen haben. So fiel der

Abb. 20

Exportindikatoren

In % bzw. Prozentpunkten



[a] Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
[b] Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.
[c] Brasilien, Russland, Indien und China.
[d] Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.
[e] Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.
Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfond; OECD; Berechnungen des ifo Instituts;
2021 und 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Zuwachs der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe mit 0,4% nur sehr mager aus, und der Ausstoß im Baugewerbe gab sogar kräftig um 4,9% nach. Das ifo Institut hatte in seiner Frühjahrsprognose 2021 die Entwicklung im Baugewerbe recht gut eingeschätzt, da hier vor allem Vorzieheffekte aufgrund der temporär gesenkten Mehrwertsteuer die Produktion ins Schlussquartal 2020 verlagerte und die teils sehr kalte Witterung die Bautätigkeit unterbrach. Bei der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe hat sich das ifo Institut hingegen verschätzt, da hier insbesondere im Februar die Produktion aufgrund von Behinderungen im Lkw-Verkehr spürbar nachgab (vgl. Box: Zum Prognosefehler für das erste Quartal 2021). Die Wertschöpfung der unmittelbar von den Schließungen betroffenen konsumnahen Dienstleistungsbereiche gab zu Jahresbeginn 2021 abermals nach, wenngleich der Rückgang hier deutlich geringer als im Frühjahr 2020 ausfiel, da ein Großteil der Bereiche bereits seit Oktober und November des vergangenen Jahres vom Herunterfahren ihrer Geschäftstätigkeit betroffen waren. Die industrienahen Wirtschaftsbereiche tendierten aufgrund ihrer engen Verflechtungen mit dem Verarbeitenden Gewerbe ebenfalls zur Schwäche.

Im zweiten Quartal des laufenden Jahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich um 1,3% gegenüber dem Vorquartal zulegen. Hier wird unterstellt, dass die Expansion kräftiger ausfällt als von ifoCAST am 9. Juni 2021 angezeigt (vgl. Abb. 21).[5] Die Entwicklung zwischen den Wirtschaftsbereichen zeigt sich im zweiten Quartal 2021 eher gespalten. Während die Industrie und das Baugewerbe ihre Produktion abermals eher verhalten ausweiten dürften, profitieren die konsumnahen Dienstleistungsbereiche von den sukzessiv verabschiedeten Lockerungen und den damit einhergehenden Öffnungen des öffentlichen Lebens im Verlauf des zweiten Vierteljahres. Das Verarbeitende Gewerbe sah sich im April 2021 ausgeprägten Engpässen beim Bezug von Vorprodukten gegenüber (vgl. Abb. 13), die zumindest kurzfristig zu angebotsseitigen Störungen und damit zur Drosselung der Produktion insbesondere im Fahrzeugbau führten. Die Produktion der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lag im April um 5,9% unter dem Niveau des ersten Quartals 2021. Aufgrund der starken Bedeutung des Fahrzeugbaus, gemessen am Anteil an der gesamten Wertschöpfung und als wichtiger Bezieher von Gütern aus vorgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette, gab die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt um 0,8% nach. Dem kräftigen Einbruch im Fahrzeugbau steht jedoch ein deutlicher Anstieg im Maschinenbau von 3,9% und eine moderate Produktionsausweitung von 0,3% im Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen gegenüber, so dass die Schwäche im deutschen Fahrzeugbau zumindest teilweise durch andere gewichtige Hersteller kompensiert wurde. Insgesamt scheint die Nachfrage nach deutschen Industriegütern ungebrochen. So lag der saison- und kalenderbereinigte Volumenindex der Auftragseingänge (ohne Großaufträge) im April des laufenden Jahres um 7,8% über dem Wert von Dezember 2020 und um 3,8% über dem Durchschnitt des ersten Vierteljahres. Unter der Annahme, dass sich die Engpässe bei der Lieferung von Vorprodukten allmählich wieder auflösen, ist somit in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 von einer kräftigen Industriekonjunktur auszugehen, was ebenfalls von den per saldo positiven ifo Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate sowie den ifo Produktionsplänen im Verarbeitenden Gewerbe angezeigt wird. Jedoch führt die derzeit kräftige Nachfrage nach Industriegütern aus Deutschland zu

[5] Die bereits angelegten Öffnungsschritte und die sich daran anschließende Erholung der konsumnahen Dienstleister wird von ifoCAST aufgrund mangelnder Frühindikatoren nur unzureichend abgebildet. Daher wird im Rahmen der entstehungsseitigen Prognose vom ifoCAST abgewichen. Gleichwohl wurde der deutlichen Abwärtsrevision des ifoCAST am aktuellen Rand in der vorliegenden Konjunkturprognose Rechnung getragen.

Tab. 12

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
Veränderung in %

	2020				2021				2022				2020	2021	2022
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
	Veränderung ggü. Vorquartal[a]												Veränderung ggü. Vorjahr[b]		
Bruttoinlandsprodukt	**– 2,0**	**– 9,7**	**8,7**	**0,5**	**– 1,8**	**1,3**	**3,6**	**1,5**	**0,5**	**0,5**	**0,4**	**0,4**	**– 4,8**	**3,3**	**4,3**
darunter:															
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	– 1,6	– 10,3	8,3	0,5	– 0,8	1,7	3,6	1,5	0,5	0,5	0,4	0,4	– 4,9	4,3	4,4
darunter:															
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	– 3,7	– 17,1	13,3	6,0	0,0	1,0	4,0	1,1	0,4	0,4	0,3	0,4	– 9,6	9,1	3,8
darunter:															
Verarbeitendes Gewerbe	– 3,6	– 18,6	14,4	6,6	0,4	0,7	4,5	1,2	0,4	0,4	0,4	0,4	– 10,3	10,0	4,0
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	– 3,9	– 7,1	7,4	2,1	– 2,4	3,2	0,7	0,8	0,4	0,4	0,3	0,3	– 4,5	3,2	2,7
Baugewerbe	4,1	– 3,0	– 3,0	9,1	– 4,9	1,4	2,8	1,3	0,4	0,4	0,3	0,3	3,8	2,1	3,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	– 1,1	– 14,0	13,7	– 2,3	– 3,2	2,4	8,0	4,1	0,7	0,7	0,5	0,5	– 5,4	4,6	9,1
Information und Kommunikation	– 2,1	– 3,1	4,1	1,2	– 1,1	1,5	1,7	0,3	0,9	0,9	0,9	0,9	– 0,8	3,0	3,6
Finanz- und Versicherungsdienstleister	– 0,3	– 0,4	0,4	– 1,6	1,3	– 0,8	0,3	0,2	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,4	– 0,1	– 0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	– 0,2	– 2,1	1,5	0,9	0,1	0,9	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	– 0,4	2,1	2,0
Unternehmensdienstleister	– 1,8	– 11,1	4,6	1,4	0,0	1,4	3,5	1,8	0,9	0,8	0,8	0,8	– 7,4	3,6	5,5
Öffentliche Dienstleister	– 1,4	– 7,6	9,7	– 3,9	– 0,3	2,8	1,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	– 3,1	2,2	2,2
Sonstige Dienstleister	– 2,8	– 18,0	18,1	– 12,2	1,3	5,1	10,3	3,5	1,5	1,0	0,6	0,2	– 11,4	4,4	11,6

[a] Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt; [b] Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab II/2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

einem spürbaren Anstieg der Erzeugerpreise insgesamt, was sich vor allem in gestiegenen Preisen für Metalle, Holz und chemischen Erzeugnissen widerspiegelt. Die Preise für elektronische Bauelemente und bestückten Leiterplatten steigen derzeit nur moderat, auch wenn die vielfach erwähnten Lieferprobleme bei Mikrochips einen kräftigeren Anstieg nahelegen würden.[6] In der Gesamtschau der aktuellen Indikatoren und vor dem Hintergrund der Engpässe bei der Lieferung von Vorprodukten dürfte die preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im zweiten Quartal 2021 nur um 0,7% zulegen.

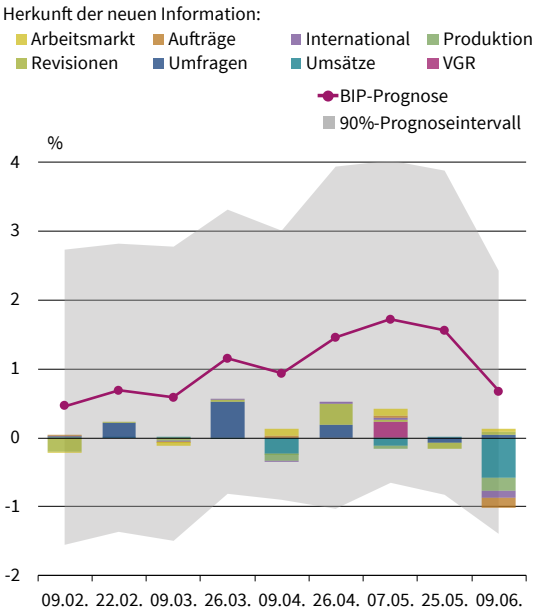
Auch im Bauhauptgewerbe nahmen die Materialknappheiten in den vergangenen Monaten kräftig zu (vgl. Abb. 13). Dabei wurde immer wieder von Engpässen bspw. bei (Schnitt-)Holz berichtet, was sich in stark gestiegenen Preisen für diese Güter niederschlägt. So haben sich die Erzeugerpreise für »Holz und Holz-, Kork-, Korb- und Flechtwaren« im Zeitraum von Dezember 2020 bis April 2021 um 8,8% verteuert, was dem kräftigsten Anstieg innerhalb der letzten zehn Jahre entspricht. Somit dürfte sich der ohnehin hohe Preisdruck im Baugewerbe weiterhin fortsetzen, was vor allem die Nachfrage nach Bauleistungen dämpft. Im März des laufenden Jahres sind die Neuaufträge im Vergleich zum Vormonat bereits um 12,1% eingebrochen und die vom ifo Institut befragten Baufirmen berichten seit Februar von einer sich verschlechternden Bautätigkeit in den kommenden Monaten. Die Bauproduktion hat im April gegenüber dem Vormonat um 4,3% nachgegeben; gegenüber dem Vorquartal liegt sie zwar weiterhin um 1,3% höher, was aber maßgeblich auf die stark gestiegene Bauaktivität im März als Folge witterungsbedingter Ausfälle im Februar zurückzuführen ist. Angesichts der angespannten Lage bei den Vorprodukten und den spürbaren Preissteigerungen dürfte die Bauproduktion im Verlauf des zweiten Quartals wohl nur

[6] Mit Blick auf die Statistikerhebung der Erzeugerpreise können Preissteigerungen einzelner Produkte hier jedoch nicht vollständig abgebildet werden. So unterliegen bspw. Preise einzelner Güter einer hedonischen Preismessung, die für Qualitätsaspekte im Zeitverlauf kontrolliert. Somit könnten aktuelle Preissteigerungen durch die Qualitätsanpassung »unterdrückt« werden. Darüber hinaus werden die aktuellen Preise bei Erzeugern ausschließlich für ein repräsentatives Gut aus einer bestimmten Kategorie erhoben, wobei nur Preise bestehender Verträge zwischen Herstellern und Abnehmern erfragt werden. Damit werden neu abgeschlossene Verträge mit etwaigen kräftigen Preissteigerungen eventuell erst in der nahen Zukunft sichtbar.

Abb. 21

BIP-Prognose 2. Quartal 2021 und Prognoseanpassung durch neue Informationen

Veränderung ggü. dem Vorquartal, preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: ifoCAST; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

auf dem Niveau von April stagnieren. Aufgrund des hohen Aktivitätsniveaus am Ende des ersten Quartals wird die preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe voraussichtlich um 1,4% expandieren.

Innerhalb der Gruppe der Dienstleister ist die konjunkturelle Lage sehr heterogen. Während die industrienahen Dienstleister ebenfalls eine kurze Verschnaufpause bei ihrer Erholung einlegen dürften, profitieren die konsumnahen Dienstleistungen von den allmählichen Öffnungsschritten. Der Einzelhandel darf seit geraumer Zeit wieder Kunden in den eigenen Geschäftsräumen empfangen, die Innen- und Außengastronomie öffnete im Verlauf des zweiten Quartals ihre Tore und Veranstaltungen künstlerisch Tätiger sind seit kurzer Zeit ebenfalls wieder mit einer reduzierten Anzahl an Zuschauern erlaubt. Jedoch sind für einige Bereiche im zweiten Quartal bereits ein bis zwei Monate an wirtschaftlicher Aktivität verloren, so dass die Erholung auf das Quartal hochgerechnet wohl noch verhalten ausfallen dürfte. Aktuell wird davon ausgegangen, dass die preis-, saison- und kalendereinigte Bruttowertschöpfung im Handel um 1,5%, im Gastgewerbe um 15,0% und bei den Sonstigen Dienstleistern um 5,1% expandieren dürfte. Auch die öffentlichen Dienstleister werden ihre Wertschöpfung im zweiten Quartal voraussichtlich um kräftige 2,8% ausweiten, da sowohl Umfang und Intensität beim Testen und Impfen zugenommen hat, die Bildungseinrichtungen vermehrt auf Präsenzunterricht umgestiegen sind und Kinderbetreuungseinrichtungen ihre Auslastung erhöht haben.

Im dritten Quartal rechnet das ifo Institut mit einer kräftigen Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 3,6%, so dass das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt dann wieder sein Vorkrisenniveau erreichen dürfte. Die dann annahmegemäß vollständigen Abschaffungen der Infektionsschutzmaßnahmen lassen die stark eingeschränkten konsumnahen Bereiche wie das Gastgewerbe und die Sonstigen Dienstleister mit kräftigen zweistelligen Raten expandieren. Das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe schwenken wieder auf ihren Erholungskurs ein, da sich die Engpässe im Verlauf des dritten Quartals annahmegemäß auflösen werden. Der industrielle Ausstoß dürfte dann im dritten Quartal um 4,5% über das Niveau des zweiten Vierteljahres steigen; der Bau wird seine Wertschöpfung voraussichtlich um 1,3% ausweiten. Der Staat dürfte im Prognosezeitraum recht schnell auf die Bremse treten und auf einen Konsolidierungskurs einschwenken. Zudem fällt der zuletzt beobachtete Impuls aus der Impfkampagne weg, was die Veränderungsraten bei der Bruttowertschöpfung relativ schnell normalisieren sollte. Das vierte Quartal dürfte voraussichtlich nochmal eine überdurchschnittliche Rate von 1,5% hervorbringen, da einige Wirtschaftsbereiche weiterhin die Corona-bedingten Ausfälle aufholen. Im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Dynamik dann voraussichtlich normalisieren.

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2021 wohl um 3,3% zulegen (vgl. Abb. 18); kalenderbereinigt ergibt sich ein gleich hoher Anstieg (vgl. Tab. 13). Dabei werden wohl vor allem das Verarbeitende Gewerbe (10,0%), der Bereich Handel, Verkehr Gastgewerbe (4,6%) und die Sonstigen Dienstleister (4,4%) überdurchschnittlich stark zum Anstieg beitragen. Die Bruttowertschöpfung insgesamt dürfte mit 4,3% sogar noch etwas dynamischer expandieren als das Bruttoinlandsprodukt, da hier besonders der Einbruch der Nettogütersteuern im ersten Quartal 2021 durchschlägt. Im kommenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt jahresdurchschnittlich voraussichtlich um 4,3% zulegen, wobei dann insbesondere die konsumnahen Dienstleister überdurchschnittlich zum Aufschwung beitragen werden. Kalenderbereinigt ergibt sich ein Anstieg um 4,4%.

DIENSTLEISTUNGSIMPORTE ERHOLEN SICH KRÄFTIG

Der deutsche Außenhandel setzte zum Jahresauftakt seinen Erholungskurs fort. Der preisbereinigte Export stieg im ersten Quartal um 1,8%. Dabei wurde die Ausfuhr insbesondere nach Südostasien und in die EU ausgeweitet. Auch der Import legte im ersten Quartal spürbar zu. Der deutliche Anstieg von 3,8% ist vor allem auf starke Wareneinfuhren im März zurückzuführen.

Aller Voraussicht nach wird der Export in den kommenden Quartalen mit soliden Wachstumsraten weiter zunehmen. Der Auftragseingang aus dem Aus-

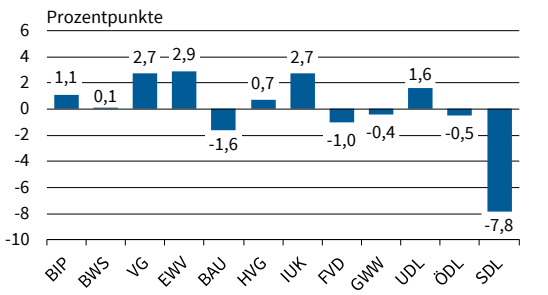
ZUM PROGNOSEFEHLER FÜR DAS ERSTE QUARTAL 2021

Das ifo Institut hat in seiner Frühjahrsprognose 2021 den Rückgang beim preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukt um 1,1 Prozentpunkte unterschätzt (vgl. Abb. 22). Jedoch erwies sich die Prognose der Bruttowertschöpfung, also der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu Herstellungspreisen, mit einem Prognosefehler von gerade einmal 0,1 Prozentpunkt als sehr treffsicher. Ein maßgeblicher Treiber des Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts ist somit die Entwicklung der Nettogütersteuern, also dem Aggregat für den Übergang von Herstellungs- zu Marktpreisen. Diese brachen im ersten Quartal 2021 um 10,4% ein und trugen damit mit einem Prozentpunkt zum Rückgang des Bruttoinlandsprodukts bei. Entscheidend hierfür dürfte die Anhebung der Mehrwertsteuer gewesen sein. Solch einen kräftigen Einbruch hatte das ifo Institut in seiner Frühjahrsprognose nicht veranschlagt, was die große Diskrepanz zwischen den Prognosefehlern für die Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts erklärt.

Abb. 22

Prognosefehler [a] der Entstehungsseite für 2021Q1

Vergleich zur ersten Fortschreibung



Abkürzungen: BIP - Bruttoinlandsprodukt, BWS - Bruttowertschöpfung, VG - Verarbeitendes Gewerbe, EWV - Energie- und Wasserversorgung, BAU - Baugewerbe, HVG - Handel, Verkehr, Gastgewerbe, IUK - Information und Kommunikation, FVD - Finanz- und Versicherungsdienstleister, GWW - Grundstücks- und Wohnungswesen, UDL - Unternehmensdienstleister, ÖDL - Öffentliche Dienstleister, SDL - Sonstige Dienstleister.
[a] Prognosefehler als Differenz aus Prognose und erster Fortschreibung.
Quelle: ifo Institut; Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

Trotz der treffsicheren Prognose für die gesamte Bruttowertschöpfung wird deutlich, dass einige Bereiche einen höheren Prognosefehler aufweisen als andere, was sich im Aggregat dann allerdings ausglich. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe hat das ifo Institut um 2,7 Prozentpunkte zu hoch eingeschätzt. Maßgeblich hierfür ist der kräftige Rückgang der Industrieproduktion im Februar 2020, die dem ifo Institut zu seiner Frühjahrprognose noch nicht vorlag und falsch eingeschätzt wurde. Der Produktionsrückgang dürfte vornehmlich auf den witterungsbedingten Stillstand im Lkw-Verkehr zurückzuführen sein. Dies hätte man am Lkw-Maut-Fahrleistungsindex des Statistischen Bundesamts ablesen können, der in Zukunft etwas mehr Beachtung bei den ifo Konjunkturprognosen finden wird.

Den Rückgang im Baugewerbe hatte das ifo Institut in seiner Prognose eingestellt, wenngleich der Rückschlag etwas zu hoch angesetzt war. Insbesondere im Bauhauptgewerbe kam es im März 2020 zu einer kräftigen Ausweitung der Produktion, was die Rückgänge zum Jahreswechsel aufgrund der Vorzieheffekte durch die bevorstehende Anhebung der Mehrwertsteuer und die kalte Witterung im Februar zumindest teilweise kompensierte.

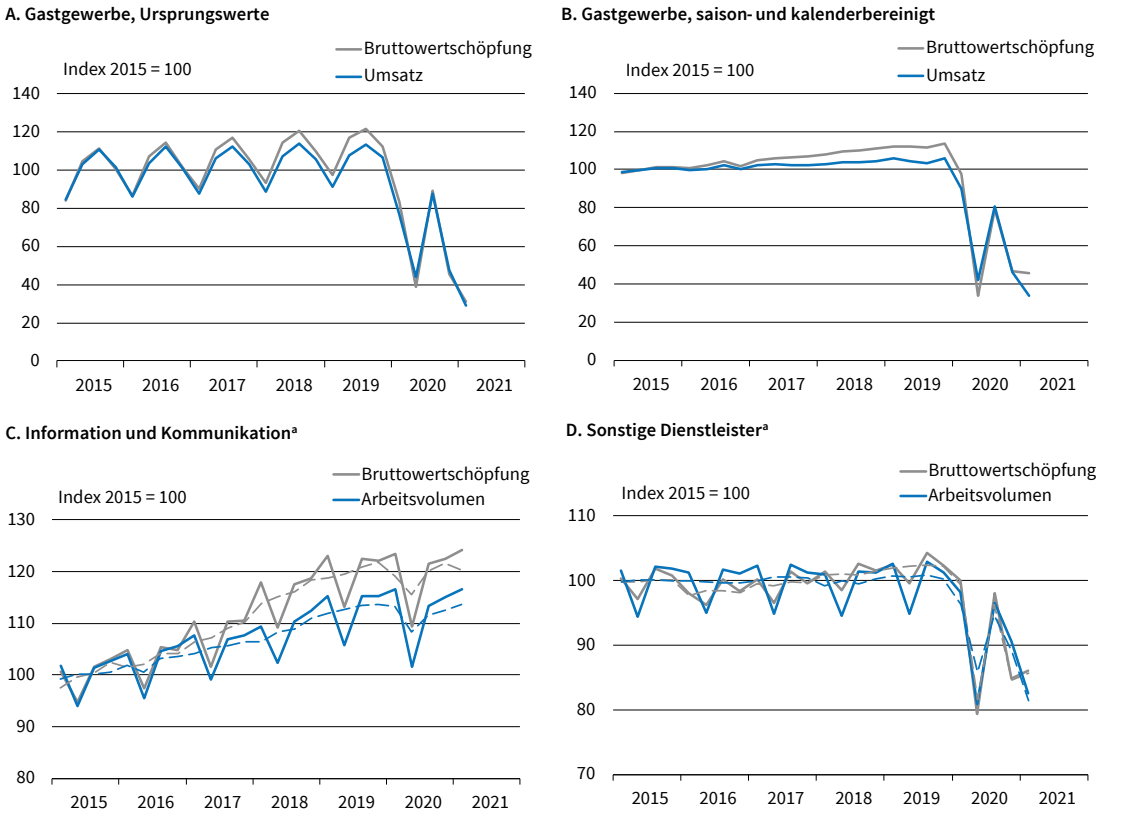
Ein Teil der Dienstleistungsbereiche (Handel, Grundstücks- und Wohnungswesen und die öffentlichen Dienstleister) wurden recht treffsicher eingeschätzt. Während die Unternehmensdienstleister im Zuge der nicht prognostizierten industriellen Schwäche ebenfalls nur stagnierten, fallen vor allem die Prognosefehler im Gastgewerbe (12,5 Prozentpunkte), im Bereich Information und Kommunikation (2,7 Prozentpunkte) und bei den Sonstigen Dienstleistern (7,8 Prozentpunkte) ins Auge. Zur Erklärung dieser Fehler lohnt sich der Blick in die Methodenbeschreibung des Statistischen Bundesamts zur Vierteljährlichen Inlandsproduktberechnung (vgl. Statistisches Bundesamt 2017). So werden zur Fortschreibung der Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe die zu Quartalsdaten aggregierten monatlichen Umsätze verwendet. Dies zeigt sich im Gleichlauf der preisbereinigten Ursprungswerte zu Bruttowertschöpfung und Umsätzen (vgl. Abb. 23 A).

Jedoch fällt auf, dass die saison- und kalenderbereinigten Werte deutlich auseinanderlaufen (vgl. Abb. 23 B). Während die preisbereinigten Umsätze im ersten Quartal 2021 um 27,0% gegenüber dem Vorquartal sanken, fiel der Rückgang bei der Bruttowertschöpfung mit 2,5% eher moderat aus. Die Vorleistungen können den Unterschied kaum erklären, da laut Statistischem Bundesamt die nominalen und realen Quoten, aufgrund mangelnder Informationen, konstant auf die Werte des Vorjahres gesetzt werden. Bei der Erstellung seiner Frühjahrsprognose lagen dem ifo Institut bereits die Umsätze für Januar vor, die den deutlichen Rückgang angezeigt hatten. Somit ergibt sich der Unterschied zwischen Umsätzen und Wertschöpfung ausschließlich aus divergierenden Saison- und Kalenderfaktoren, die so vom Anwender nicht prognostiziert werden können. Damit wird neben der normalen Prognoseunsicherheit über den unterjährigen Verlauf der Umsätze im Gastgewerbe die Prognose an dieser Stelle aufgrund unterschiedlicher statistischer Filter erschwert.

Ähnliche Unterschiede zeigen sich im Bereich Information und Kommunikation sowie bei den Sons

Abb. 23

Erklärungen für die Prognosefehler auf der Entstehungsseite



[a] Gestrichelte Linien repräsentieren saison- und kalenderbereinigte Werte, durchgezogene Linien stellen Ursprungswerte dar.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

tigen Dienstleistern (vgl. Abb. 23 C und D). Für beide Dienstleistungsbereiche werden die preisbereinigten Ursprungswerte der Bruttowertschöpfung mit Vorjahresveränderungsraten des Arbeitsvolumens fortgeschrieben. Auch im Bereich Information und Kommunikation zeigt sich ein hoher Gleichlauf in den Ursprungswerten. Jedoch muss man auch hier feststellen, dass die saison- und kalenderbereinigten Werte sowie die Ursprungswerte am aktuellen Rand deutlich auseinanderdriften. Bei den Sonstigen Dienstleistern ist der Unterschied sogar noch gravierender. So führt die Anwendung der Vorjahreswachstumsraten des Arbeitsvolumens bei der Fortschreibung sogar dazu, dass das Niveau der Ursprungswerte der Bruttowertschöpfung im ersten Quartal 2021 über jenem des Schlussquartals 2020 liegt, während das Arbeitsvolumen weiter sinkt. Der Saisonfilter hat hier auch keinen wirklichen Effekt mehr, da Ursprungswerte und bereinigte Angaben zusammenfallen. Damit ergibt sich im Verlauf ein Anstieg der Wertschöpfung, der zumindest aus ökonomischen und pandemischen Überlegungen her eher weniger plausibel erscheint, zumal die vorhandenen Kurzfristindikatoren wie bspw. die ifo Geschäftslage der Sonstigen Dienstleister eher einen Rückgang impliziert hätten (vgl. Wollmershäuser 2021).

land für das Verarbeitende Gewerbe verbesserte sich in den letzten Monaten kontinuierlich und erreichte mittlerweile Niveaus, die zuletzt im Winterhalbjahr 2017/2018 gesehen wurden. Die aufgehellten ifo Exporterwartungen lassen gemeinsam mit dem erstarkenden ifo Exportklima (vgl. Abb. 24) auf einen Zuwachs der realen Ausfuhren im zweiten Quartal von 1,1% schließen. Im dritten Quartal dürfte sich die Expansionsrate auf 2,6% beschleunigen. Der weltweite Fortschritt der gegen das Coronavirus gerichteten Impfkampagne wird eine Wiederaufnahme physischer Kontakte ermöglichen. Erst dadurch kann es zu einer Belebung der Dienstleistungsexporte kommen, denn sie sind nur in begrenztem Maße ohne physische Präsenz lieferbar. Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Ausfuhren im Einklang mit der Weltkonjunktur mit einer leicht abflachenden Dynamik expandieren (vgl. Abb. 25). Alles in allem dürfte der reale Export in diesem Jahr um 10,4% und im nächsten Jahr um 5,6% zulegen.

Tab. 13

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2019	2020	2021	2022
Statistischer Überhang[a]	0,2	0,0	2,0	3,2
Jahresverlaufsrate[b]	0,4	– 3,3	4,6	1,8
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	0,6	– 5,1	3,3	4,4
Kalendereffekt[c]	0,0	0,4	0,0	– 0,1
Jahresdurchschnittliche Veränderung	0,6	– 4,8	3,3	4,3

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. [b] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. [c] In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

Ein ähnliches Bild wie bei den Exporten ergibt sich auch bei den Importen. Die aktuellen monatlichen Importdaten in der Abgrenzung des Spezialhandels deuten für das laufende Quartal auf einen signifikanten Anstieg der preisbereinigten Einfuhren von 2,9% hin. Dies wird unter anderem durch das ifo Importklima unterstützt, das sich seit April 2020 allmählich aufhellte. Ab dem dritten Quartal wird sich die Einführung von Corona-Impfpässen bei den Dienstleistungsimporten bemerkbar machen. Der Besitz eines Corona-Impfpasses wird lästige Friktionen, wie die Test- und Quarantänepflicht, beheben. Das vermehrte Antreten touristischer Reisen durch deutsche Urlauber wird den Import im dritten Quartal deutlich beflügeln; er dürfte preisbereinigt um 4,4% steigen. Auch im weiteren Prognosehorizont wird die Importdynamik entscheidend durch die Erholung der Dienstleistungseinfuhren geprägt. Insgesamt dürften die realen Importe in diesem Jahr um 11,4% und im kommenden Jahr um 7,3% expandieren (vgl. Abb. 26). Die Nettoexporte werden in diesem Jahr rein rechnerisch einen leicht positiven Beitrag zur Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts leisten (vgl. Tab. 14). Im nächsten Jahr wird sich der Außenbeitrag negativ auf die gesamtwirtschaftliche Expansion auswirken.

Die Terms-of-Trade verzeichneten im ersten Quartal eine marginale Verschlechterung; Export- und Importpreise legten um 1,5% beziehungsweise um 1,7% zu. Dieses Muster wird sich im aktuellen Quartal verstärken. Die monatlichen Preisdaten der Außenhandelsstatistik weisen auf eine Zunahme der Exportpreise von 1,6% und der Importpreise von 3,8% hin. Im dritten Quartal dürften sich die Terms-of-Trade nochmal um 0,2% verschlechtern. Im weiteren Prognoseverlauf werden sie dann unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse und realer Konstanz des Rohölpreises weitgehend unverändert bleiben. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird von 206 Mrd. Euro (5,8% des Bruttoinlandsprodukts) in diesem Jahr auf 184 Mrd. Euro (4,9% des Bruttoinlandsprodukts) im kommenden Jahr sinken (vgl. Tab. 7). Dazu tragen neben dem Wiedererstarken der Dienstleistungsimporte auch der kräftige Anstieg der Importpreise bei.

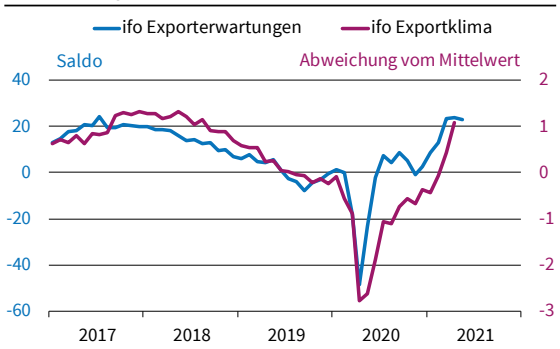
ZUNÄCHST VERHALTENE ERHOLUNG DER UNTERNEHMENSINVESTITIONEN

Zu Jahresbeginn stiegen die Unternehmensinvestitionen nur geringfügig um 0,9% gegenüber dem Vorquartal. Im Einklang mit der rückläufigen Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und der hohen Unsicherheit hinsichtlich des Fortgangs der Coronakrise stagnierten die privaten Investitionsausgaben für Ausrüstungsgüter mit + 0,3% nahezu. Dies spiegelte sich auch in einem Rückgang der Produktion sowie der

Abb. 24

Frühindikatoren für den Export

Saisonbereinigter Verlauf

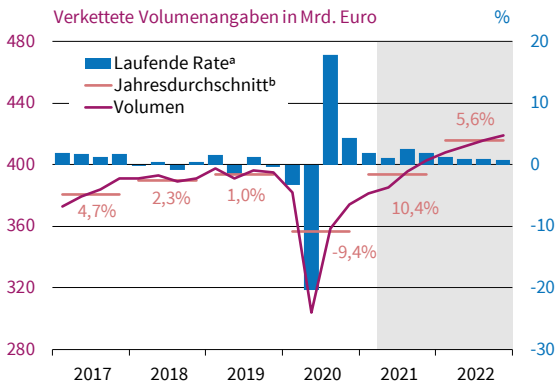


Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 25

Reale Exporte

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

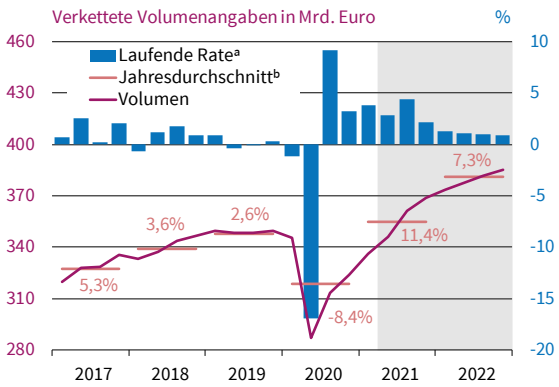


[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 26

Reale Importe

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

inländischen Umsätze der Investitionsgüterproduzenten wider. Besonders schwach war die Entwicklung im Fahrzeugbau. Die privaten Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen insbesondere die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software zählen, verzeichneten sogar einen kräftigen Rückgang (– 1,4%). Stabilisierend wirkten hingegen die Investitionen in gewerbliche Bauten, die mit 4,7% spürbar ausgeweitet wurden.

Im zweiten Quartal des laufenden Jahres dürfte sich die verhaltene Expansion der Unternehmensinvestitionen fortsetzen. Da Materialengpässe allzu kräftige Produktionssteigerungen in vielen Industriezweigen vorerst behindern, dürfte die Kapazitätsauslastung stagnieren. Gegen eine kräftigere Zunahme der Investitionen in Maschinen und Geräte sprechen bereits der Rückgang der inländischen Umsätze der Investitionsgüterproduzenten und die Stagnation ihrer Produktion im April. Auch die Auftragseingänge im April entwickelten sich schwach, nachdem sie im Februar und März noch kräftig gestiegen waren. Dennoch hat sich die Geschäftslage der Investitionsgüterproduzenten im Mai weiter aufgehellt, wenngleich sich ihre Produktionserwartungen leicht eingetrübt haben (vgl. Abb. 27). Zudem wurden die Fertigwarenlagerbestände weiter abgebaut (vgl. Abb. 28). Dieses deutet darauf hin, dass die Investitionsgüterhersteller die bestehenden Aufträge nicht über eine Ausweitung ihrer Produktion, sondern vermehrt aus dem Lager bedienen mussten. Insgesamt dürften deshalb die privaten Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Quartal nur moderat ausgeweitet werden. Auch die gewerblichen Bauinvestitionen werden voraussichtlich nur geringfügig zulegen, da die Auftragseingänge für den Hochbau (ohne Wohnungsbau) in den vergangenen Monaten rückläufig waren.

Im dritten Quartal dürfte sich die private Investitionstätigkeit beschleunigen. Im Einklang mit der fortschreitenden konjunkturellen Erholung im In- und Ausland wird die Nachfrage nach Investitionsgütern voraussichtlich an Tempo gewinnen. Nachdem die Materialengpässe in der zweiten Jahreshälfte annahmegemäß an Bedeutung verlieren, dürfte die Produktion stärker ausgeweitet werden und somit die Kapazitätsauslastung weiter steigen. Auch wenn die Auftragseingänge zuletzt wieder schwächer waren, sind die Auftragsbestände auf einem hohen Niveau. Die abnehmende Unsicherheit durch die allmähliche Überwindung der Coronakrise und das nach wie vor günstige Finanzierungsumfeld dürften die private Investitionstätigkeit stützen.

Insgesamt werden die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2021 wohl um 6,1% zulegen, nachdem

Tab. 14

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

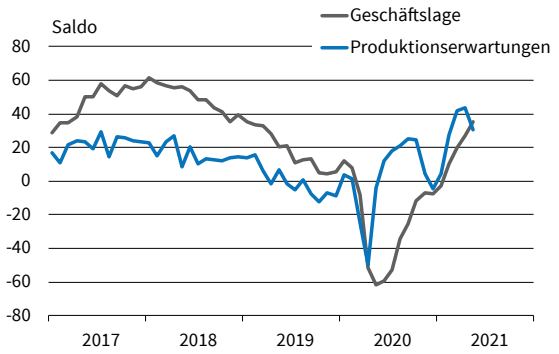
in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge[a]			
	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Konsumausgaben	1,4	– 2,4	1,2	3,7	0,9	– 1,6	0,3	2,7
Private Konsumausgaben	0,8	– 3,1	0,8	3,7	0,5	– 2,3	0,1	2,7
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,8	0,4	0,0	0,5	0,7	0,2	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	– 0,6	1,0	0,9	0,3	– 0,3	0,3	0,4
Bauten	0,4	0,3	0,5	0,4				
Ausrüstungen	0,0	– 0,8	0,6	0,5				
Sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,0	0,1				
Vorratsveränderungen	– 0,7	– 0,9	0,9	0,2	– 0,6	– 0,6	0,7	0,1
Letzte inländische Verwendung	1,2	– 3,8	3,1	4,8	0,6	– 2,5	1,4	3,2
Außenbeitrag	– 0,6	– 0,9	0,2	– 0,5				
Exporte	0,5	– 4,4	4,6	2,6	0,0	– 2,3	1,9	1,1
Importe	– 1,1	3,5	– 4,3	– 3,1				
Bruttoinlandsprodukt[b]	**0,6**	**– 4,8**	**3,3**	**4,3**	**0,6**	**– 4,8**	**3,3**	**4,3**

[a] Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. [b] Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

Abb. 27
ifo Investitionsgüterproduzenten
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

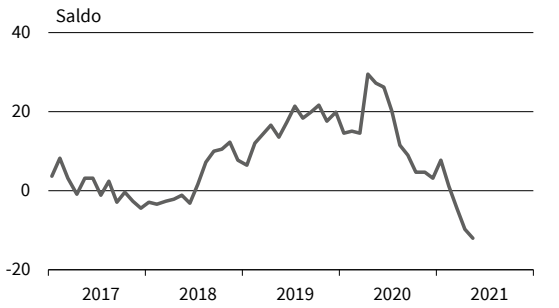
sie im Jahr 2020 um 7,4% eingebrochen waren (vgl. Abb. 29). Die privaten Ausrüstungsinvestitionen dürften sich mit 8,6% kräftig erholen, und die gewerblichen Bauinvestitionen werden voraussichtlich auch um knapp 6% zulegen können. Im kommenden Jahr wird sich die Dynamik etwas verlangsamen und die Unternehmensinvestitionen dürften um 4,6% ausgeweitet werden.

WOHNUNGSBAU VORERST SCHWÄCHER

Im Schlussquartal des vergangenen Jahres nahmen die Wohnbauinvestitionen mit 4,4% im Vergleich zum Vorquartal kräftig zu. Maßgeblich hierfür war vor allem das Ausbaugewerbe, wo wegen der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer zum Jahreswechsel Produktion vorgezogen wurde. Aus diesem Grund wurde im ersten Quartal mit einer starken Gegenbewegung gerechnet. Zwar ist die Produktion im Baugewerbe im Januar tatsächlich kräftig eingebrochen; sie konnte sich allerdings im weiteren Quartalsverlauf deutlich erholen, so dass die Wohnbauinvestitionen im ersten Quartal nur geringfügig schrumpften (– 0,2%).

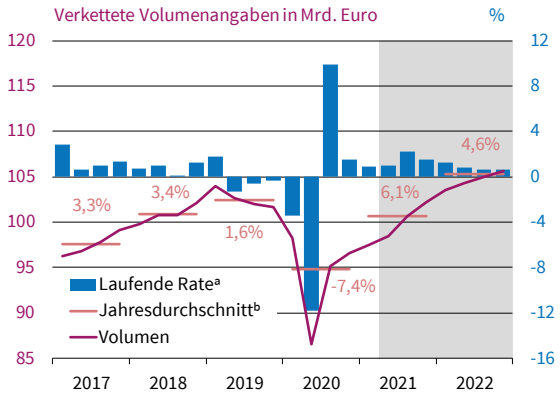
Im laufenden Quartal dürften die Investitionen in Wohnbauten zum Vorquartal nur leicht zulegen. Die Auftragsbestände liegen nach wie vor auf einem

Abb. 28
Beurteilung der Fertigwarenlagerbestände der Investitionsgüterproduzenten
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 29
Reale Unternehmensinvestitionen
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

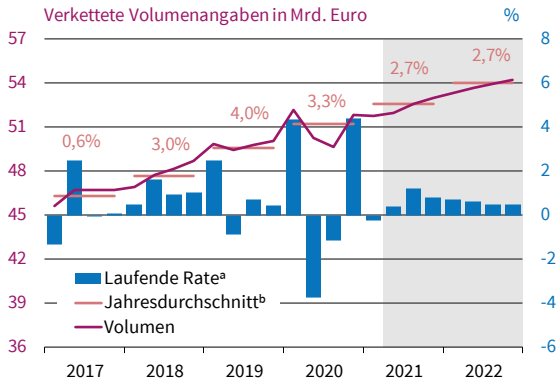


[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

hohen Niveau, wenn gleich die Auftragseingänge im März spürbar gesunken sind. Allerdings kommt es aktuell wohl vermehrt zu Produktionsbehinderungen wegen Materialmangel. Im Mai berichteten schon fast 40% der vom ifo Institut befragten Unternehmen im Bauhauptgewerbe über Materialengpässe (vgl. Box »Zu den unternehmensspezifischen Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe«). Auch Auftragsstornierungen sind den ifo Konjunkturumfragen zufolge wieder gestiegen. Insgesamt sank die Produktion im Baugewerbe im April um gut 4%, maßgeblich dafür war ein starker Rückgang im Bauhauptgewerbe.

Im dritten Quartal dürften die Wohnbauinvestitionen wieder etwas mehr an Dynamik gewinnen, da sich die Probleme mit der Materialverfügbarkeit annahmegemäß wieder entspannen. Die Nachfrage nach Wohnraum dürfte weiterhin robust bleiben, was sich auch in den gut gefüllten Auftragsbüchern zeigt. Die nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingun-

Abb. 30
Reale Wohnungsbauinvestitionen
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

gen sollten die Nachfrage stützen. Somit werden die Wohnbauinvestitionen im weiteren Prognosezeitraum wohl weiter expandieren, wenngleich mit nachlassendem Tempo.

Alles im allem werden die Wohnungsbauinvestitionen voraussichtlich zu der Erholung der deutschen Wirtschaft beitragen und in diesem und im kommenden um jeweils 2,7% zulegen (vgl. Abb. 30). Aufgrund der stabilen Entwicklung der Bauinvestitionen im Krisenjahr 2020 ist deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt sowie an den Bruttoanlageinvestitionen gestiegen. Im laufenden und kommenden Jahr werden sich die Anteile wohl wieder in die andere Richtung verschieben, wenn die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen deutlich an Dynamik gewinnt. Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen im laufenden Jahr um 4,6% zulegen (vgl. Tab. 15). Für das kommende Jahr wird mit einem Anstieg von 4,1% gerechnet.

STAATSKONSUM VERLIERT ALLMÄHLICH AN DYNAMIK

Nach einem kräftigen Anstieg des Staatskonsums in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres schwächte sich die Dynamik im Winterhalbjahr 2020/2021 etwas ab. Im laufenden und im kommenden Quartal wird er nochmals stärker zulegen (vgl. Abb. 31). Trotz Abschwächung der Coronakrise wird der Staatskonsum weiterhin von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise geprägt, die insbesondere die Vorleistungen im Sommerhalbjahr steigen lassen. Ab dem vierten Quartal dieses Jahres und mit zunehmendem Fortschritt bei den Impfungen gegen Covid-19 sowie dem Abbau der logistischen Test- und Impfinfrastruktur werden die Vorleistungen und der Staatskonsum dann sinken. Ab Mitte 2022 werden die Konsumausgaben des Staates dann wieder mit weitgehend normalen Raten expandieren.

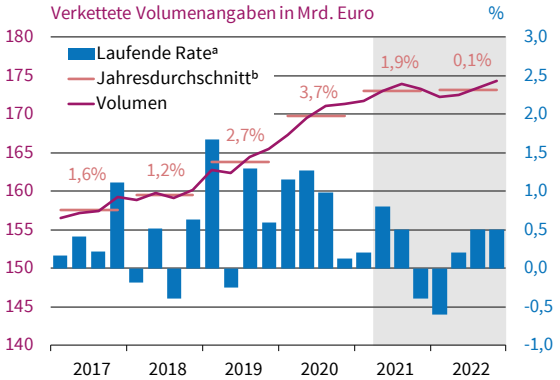
IMPFFORTSCHRITT UND ÖFFNUNGEN LASSEN PRIVATE KONSUMAUSGABEN KRÄFTIG EXPANDIEREN

Die privaten Konsumausgaben haben im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres abermals um 5,4% nachgegeben, nachdem diese zum Jahresende 2020 bereits um 2,3% gegenüber dem Vorquartal gesunken sind. Maßgeblich für den Rückgang waren vielzählige Einschränkungen bei kontaktintensiven Konsummöglichkeiten sowie Verhaltensanpassungen der Verbraucher, die im Zusammenhang mit der erneuten Coronawelle standen, die über Deutschland ab dem Herbst 2020 hereinbrach. Belastend dürfte auch die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer und die kräftigen Energiepreisanstiege gewirkt haben. Jedoch fiel der Rücksetzer bei den privaten Konsumausgaben deutlich geringer als während der ersten Coronawelle im vergangenen Jahre aus, so dass ihr preis-, saison- und kalenderbereinigtes Niveau um 2,9% bzw. knapp 11 Mrd. Euro über dem Tiefpunkt

Abb. 31

Reale Konsumausgaben des Staates

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[b] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 15

Reale Bruttoanlageinvestitionen

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in %[a]	2019	2020	2021	2022
Bauten	**49,9**	**3,8**	**2,3**	**3,9**	**3,0**
Wohnungsbau	30,8	4,0	3,3	2,7	2,7
Nichtwohnungsbau	19,1	3,5	0,9	5,9	3,6
Gewerblicher Bau	13,0	2,4	– 0,3	5,7	2,6
Öffentlicher Bau	6,2	6,0	3,4	6,4	5,6
Ausrüstungen	**31,0**	**0,5**	**– 11,6**	**8,6**	**6,8**
Sonstige Anlagen	**18,8**	**2,7**	**– 1,1**	**– 0,1**	**2,8**
Bruttoanlageinvestitionen	**100,0**	**2,5**	**– 2,7**	**4,6**	**4,1**
nachrichtlich:					
Unternehmensinvestitionen[b]	*57,0*	*1,6*	*– 7,4*	*6,1*	*4,6*

[a] Bezogen auf das Jahr 2020. [b] Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2021

des zweiten Vierteljahres 2020 lag. Das ifo Institut ist in seiner Frühjahrsprognose 2021 von solch einem Verlauf ausgegangen, wenngleich die hohe Prognoseunsicherheit auch im ersten Vierteljahr mit einem überdurchschnittlichen Prognosefehler bei den privaten Konsumausgaben einherging (vgl. Wollmershäuser et al. 2021). Der gewählte Ansatz unter Zuhilfenahme der Input-Output-Rechnung erwies sich jedoch als recht treffsicher (vgl. Box: Konsumprognosen mittels der Input-Output-Rechnung).

Der deutlich geringere Rückgang dürfte sich auch zu einem Großteil aus der Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte erklären lassen. Während im zweiten Quartal 2020 die verfügbaren Einkommen mit 3,3% den kräftigsten Einbruch im wiedervereinigten Deutschland hinnehmen mussten, sind diese im Auftaktquartal des laufenden Jahres sogar um 0,7% gegenüber dem Schlussquartal 2020 gestiegen. Während die Lohneinkommen weitgehend stabil geblieben sind und monetäre Sozialleistungen (unter anderem wegen der Auszahlung des Kinderbonus) ausgeweitet wurden, legten vor allem die Betriebsüberschüsse sowie die Selbständigen- und Vermögenseinkommen mit 6,3% spürbar zu. Innerhalb dieser Position waren es vor allem die empfangenen sonstigen Subventionen an die privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck, die unter anderem die vom Staat ausgezahlten Coronahilfen umfassen. Somit dürften diese Hilfen zumindest einen kräftigeren Rückgang der privaten Konsumausgaben verhindert haben.

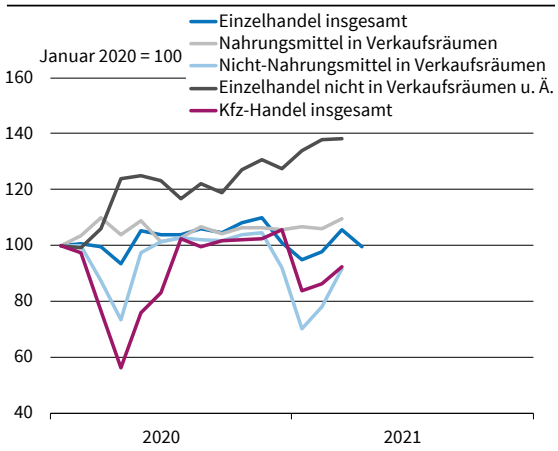
Neben der Expansion der verfügbaren Einkommen belastete die Coronawelle des Winterhalbjahres 2020/2021 einige Wirtschaftsbereiche deutlich weniger stark als noch im Frühjahr des vergangenen Jahres. Zwar war die Strenge der Maßnahmen absolut gesehen vergleichbar mit jenen aus dem Frühjahr 2020. Jedoch schufen ergriffene Maßnahmen wie bspw. vermehrtes Testen und angepasste Hygienekonzepte die Möglichkeit, dass Unternehmen ihre Dienstleistungen unter Auflagen anbieten konnten. Ein Beispiel hierfür sind die angebotenen Leistungen im Rahmen der Schifffahrt, die unter Maßgabe strenger Test- und Hygienekonzepte bereits im ersten Vierteljahr zumindest teilweise wieder angeboten werden konnten. Darüber hinaus nutzen die Unternehmen neue Vertriebswege (»click & meet«) oder wurden vielerorts durch innovative, regionale Konzepte beim Verkauf ihrer Waren unterstützt. Hinzu kommt, dass einige Wirtschaftsbereiche sogar dauerhaft seit Beginn des vierten Quartals 2020 von Schließungen betroffen waren. Somit stagnierten deren Umsätze im ersten Vierteljahr 2021 auf sehr niedrigem Niveau. Deutlich wird dies bei der Betrachtung der Konsumausgaben nach Verwendungszwecken, wo gewichtige Bereiche im Vergleich zum ersten Coronawelle entweder weniger stark einbrachen (»Verkehr, Nachrichtenübermittlung – 8,8% im ersten Quartal 2021 zu – 20,8% im zweiten Quartal 2020) oder die Ausgaben hierfür sogar minimal ausgeweitet wurden (ein großer Teil der Dienstleistungen in der Kategorie der »übrigen Verwendungszwecke«: 0,8% zu – 9,5%). Spiegelbildlich hierzu haben sich die Umsätze in diversen Handelssparten bzw. Dienstleistungsbereichen im Vergleich zum Frühjahr 2020 deutlich anders entwickelt. Während der Einzelhandel mit Nicht-Nahrungsmitteln in Verkaufsräumen aufgrund der Schließungen erneut spürbare Umsatzeinbußen hinnehmen musste, verbuchten die Einzelhändler mit Nahrungsmitteln und vor allem der Onlinehandel deutliche Umsatzzuwächse (vgl. Abb. 32). Auch der Rückgang der Umsätze der Kfz-Händler war deutlich weniger ausgeprägt als während der ersten Coronawelle. Bei den Dienstleistern verbuchte vor allem die Schifffahrt spürbare Umsatzsteigerungen im ersten Quartal 2021, während sie in der ersten Coronawelle deutliche Einbußen hinnehmen musste (vgl. Abb. 33). Aber auch die Luftfahrt sowie Teile der Informations- und Kommunikationsbranche (»Film, TV-Programm etc.«) konnten ihren Umsatz geringfügig steigern nach den kräftigen Einbrüchen im vergangenen Jahr; die Umsätze von Reisebüros und Reiseveranstaltern verweilten hingegen auf dem niedrigen Niveau des zweiten Vierteljahres 2020.

Das zweite und dritte Quartal des laufenden Jahres dürften ganz im Zeichen der beginnenden und dann vollständigen Öffnungsschritte seitens der politischen Akteure stehen. Die erheblichen Fortschritte bei der Impfkampagne, das flächendeckende Testangebot und die stetig sinkenden Inzidenzzahlen führten bereits im zweiten Vierteljahr 2021 zu einer stufenweisen Lockerung der bis dato geltenden Restriktionen. So sind bspw. innerdeutsche Reisen und damit verbundene Urlaube wieder möglich, Friseurdienstleistungen können wieder wahrgenommen werden, Schulen kehren zum Präsenzunterricht zurück, und die Außen- sowie Innengastronomie darf jüngst wieder betrieben werden. Zudem haben sich die Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven zuletzt merklich aufgehellt, da die Kurzarbeit zurückgefahren wurde und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit

Abb. 32

Umsatzentwicklung in einzelnen Handelssparten

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

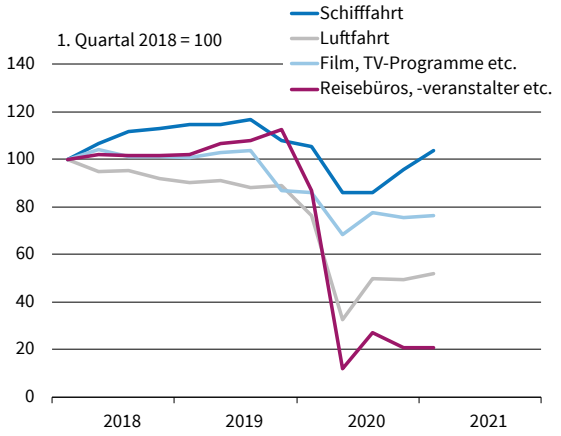


Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 33

Umsatzentwicklung ausgewählter Dienstleister

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf, nominal

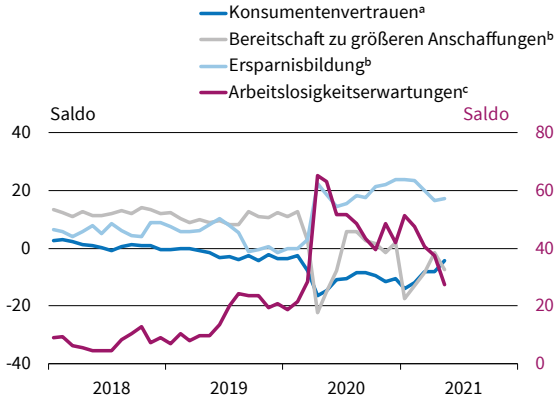


Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

Abb. 34

Indikatoren zur Konsumkonjunktur

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten). [b] Gegenwärtig. [c] In den kommenden zwölf Monaten.
Quelle: Europäische Kommission. © ifo Institut

gesunken ist. Spiegelbildlich hierzu hat die Ersparnisbildung den Umfragen der Europäischen Kommission zufolge jüngst deutlich nachgegeben (vgl. Abb. 34), da Konsummöglichkeiten nunmehr wieder möglich sind und Sparen als Vorsichtsmotiv aufgrund der besseren Perspektiven am deutschen Arbeitsmarkt in den Hintergrund treten lässt. Letztlich hat die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen im Durchschnitt der Monate April und Mai gegenüber dem ersten Quartal spürbar zugenommen. Das Vertrauen der deutschen Konsumenten ist im Verlauf des Jahres 2021 zurückgekehrt, was insbesondere in erheblich optimistischeren Arbeitslosigkeitserwartungen für Deutschland insgesamt begründet liegt. Im zweiten Quartal 2021 dürften die privaten Konsumausgaben wohl um 3,5% und im dritten Quartal nochmals dynamischer um 6,7% expandieren (vgl. Abb. 35). Grund hierfür ist dann die vollständige Rücknahme der Restriktionen, so dass im Spätsommer wieder alle Konsummöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die von der Input-Output-Rechnung suggerierten Verlaufsraten belaufen sich auf 2,4% im zweiten und 8,3% im dritten Quartal des laufenden Jahres. Aufgrund der doch recht zügigen Öffnungsschritte der Politik wird davon ausgegangen, dass sich die Zuwächse beim privaten Konsum geringfügig anders auf die Quartale verteilen. Dabei wird jedoch an der Dynamik zwischen den Quartalen und annähernd dem Niveau beider Verläufe festgehalten. Damit dürfte der private Konsum sein Vor-Corona-Niveau zum Ende des dritten Quartals erreichen.

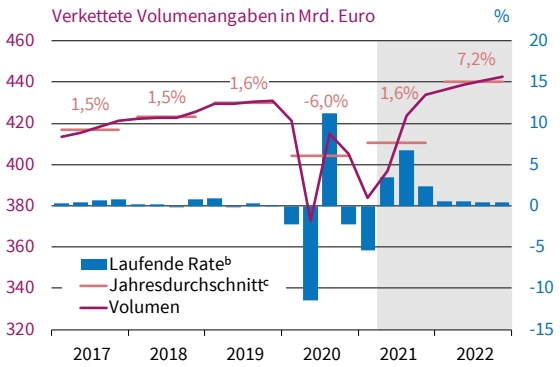
Im Schlussquartal 2021 dürften krisenbedingte Aufholeffekte weiterhin eine Rolle spielen, wenngleich diese im Vergleich zum Sommerhalbjahr voraussichtlich geringer ausfallen werden. Das ifo Institut veranschlagt zum Jahresende 2021 eine Verlaufsrate von 2,4%, gefolgt von einer Normalisierung der Zuwachsraten im Verlauf des kommenden Jahres. Alles in allem dürften die privaten Konsumausgaben im Jahresdurchschnitt 2021 um 1,6% expandieren. Die Erholung zeigt sich dann vollumfänglich im kommenden Jahr, da sich hier das kräftige zweite Halbjahr 2021 im statistischen Überhang manifestiert und die Konsumausgaben der privaten Akteure voraussichtlich um 7,2% zulegen werden.

Die Konsumtätigkeit wird im Prognosezeitraum von den verfügbaren Einkommen getragen. Dabei dürften die Nettolöhne und -gehälter nach allmählicher Rückführung der Kurzarbeit deutlich an Dynamik gewinnen und im laufenden Jahr um 4,3% sowie im kommenden Jahr um 4,8% zulegen. Spiegelbildlich hierzu flacht sich der Anstieg bei den monetären Sozialleistungen spürbar ab. Nach 7,9% Zuwachs im vergangenen Jahr werden die staatlichen Sozialleistungen in diesem Jahr voraussichtlich nur um 0,7% zunehmen, gefolgt von 1,0% im Jahr 2022. Mit der einsetzenden Erholung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität werden auch die Gewinne und Entnahmen der privaten Akteure spürbar zulegen, nachdem diese im vergangenen Jahr um 6,0% eingebrochen sind. Die

Abb. 35

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[a]

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[a] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[b] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
[c] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

übrigen Primäreinkommen der privaten Haushalte dürften dann im laufenden Jahr – zu einem Großteil auch getragen durch die staatlichen Hilfsleistungen – um 5,0% expandieren und im kommenden Jahr abermals um kräftige 4,6% steigen. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen im Jahr 2021 voraussichtlich um 3,5% und im kommenden Jahr um 4,0% zulegen.

Mit Aufhebung der krisenbedingten Einschränkungen der Geschäftstätigkeit und sich verbessernder Aussichten am deutschen Arbeitsmarkt wird Sparen als Vorsichtsmotiv sukzessive in den Hintergrund treten. Nach dem sprunghaften Anstieg der Sparquote von 10,9% im Jahr 2019 auf 16,2% im vergangenen Jahr sowie einem erneuten Anstieg auf 20,1% im ersten Quartal 2021 wird sich das Sparverhalten der privaten Akteure im Prognosezeitraum normalisieren. So dürfte sich die Ersparnis im zweiten Quartal, aber insbesondere dann im dritten Vierteljahr deutlich reduzieren. Im Schlussquartal 2021 wird die Sparquote dann voraussichtlich 11,1% betragen und im Verlauf des Jahres 2022 auf 11,0% verharren. Für das Jahr 2021 ergibt sich dann im Durchschnitt eine Sparquote von 15,2%, gefolgt von 11,0% im kommenden Jahr.

In der vorliegenden Prognose ist unterstellt, dass die Überschussersparnis von den privaten Akteuren nicht angetastet wird und ein nennenswertes Nachholen entgangenen Konsums ausbleibt. Maßgeblich hierfür ist unter anderem die Verteilung der aufgestauten Ersparnis, die wohl eher bei jenen Haushalten aufgelaufen ist, die grundsätzlich eine vergleichsweise hohe Sparneigung und entsprechend geringe Konsumneigung aufweisen (vgl. Deutsche Bundesbank 2020b). Zudem betrifft ein Großteil des entgangenen Konsums Verwendungskomponenten, die im Zusammenhang mit nur schwer nachholbaren Dienstleistungen stehen. Dazu zählen Friseur- und Gastronomiebesuche, aber auch Veranstaltungen aus dem Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Schließlich hat sich der Konsum von Gütern im vergangenen Jahr nur unwesentlich schwächer als die verfügbaren Einkommen entwickelt, die trotz der Krise um 0,7% gestiegen sind. Dazu haben unter anderem Ausgaben für langlebige Güter, allen voran Einrichtungs- und Haushaltsgeräte, beigetragen, die zum einen wegen der reduzierten Mehrwertsteuer vorgezogen wurden und zum anderen fehlende alternative Konsummöglichkeiten substituiert haben. Daher dürfte der Bedarf für Nachholkäufe im Bereich des Warenkonsums eher begrenzt sein.

SONDEREFFEKTE SORGEN FÜR KRÄFTIGEN PREISSCHUB

Die deutschen Verbraucherpreise sind zuletzt deutlich gestiegen. Nachdem die Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte 2020 noch im negativen Bereich lag, führte eine Reihe von Sondereffekten zu einem sprunghaften Anstieg der Preise zum Jahreswechsel. So lag im Mai die Preissteigerungsrate des deutschen Verbraucherpreisindex (VPI) bei 2,5% im Vorjahresvergleich. Dazu trug vor allem die Energiekomponente mit einer Vorjahresrate von 10,0% bei. Aber auch die Kernrate stieg zuletzt auf 1,8% an, nachdem sie zwischen Januar und April noch bei 1,4% lag.

Der kräftige Preisauftrieb im laufenden Jahr ist auf das Zusammenwirken mehrerer Sondereffekte zurückzuführen (vgl. auch Box »Zur jüngsten Inflationsdynamik aus der Perspektive des ifo-DSGE-Modells«). Zunächst ist hier das Auslaufen der temporären Mehrwertsteuersenkung zum Jahreswechsel zu nennen. Nach dem deutlichen Preisrückgang bei ihrem Inkrafttreten im Juli 2020 kam es im Januar 2021 zu einem nahezu symmetrischen Preisanstieg (vgl. Abb. 37). Eine Aufteilung des VPI in seine Komponenten legt nahe, dass sich insbesondere die Preise von Waren und Energie mehrwertsteuerbedingt verändert haben, während die Preise für Dienstleistungen kaum betroffen waren. Diese Betrachtung lässt darauf schließen, dass die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer für sich genommen das Preisniveau im Januar um rund 1 Prozentpunkt erhöht hat. Dieser Effekt wird vor allem in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres eine Rolle spielen, weil dann Preise mit regulären Mehrwertsteuersätzen mit solchen aus dem Vorjahr mit niedrigerer Mehrwertsteuer verglichen werden. Aufgrund dieses Basiseffekts wird sich die Inflationsrate ab der Jahresmitte 2021 nochmals deutlich beschleunigen.

Darüber hinaus spielen zwei Sondereffekte im Hinblick auf die Energiepreise eine Rolle. So trat Anfang dieses Jahres die im Rahmen des Klimapakets beschlossene CO_2-Emmisionssteuer auf fossile Brennstoffe in Kraft. Diese führte nach Schätzungen der Deutschen Bundesbank (2020a) zu einem Anstieg der Inflationsrate im Januar um 0,3 Prozentpunkte. Neben dieser gesetzgeberischen Maßnahme kommt es wegen der Erholung der Ölpreise und anderer Rohstoffe nach dem Preissturz im Vorjahr zu erheblichen Basiseffekten. Selbst unter der Annahme weitgehend konstanter Rohölpreise im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte die Energiekomponente über das gesamte Jahr inflationserhöhend wirken.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Sondereffekte dürfte die Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte weiter steigen und temporär deutlich über 3% betragen (vgl. Abb. 38). Im Jahresdurchschnitt 2021 dürfte der Anstieg des VPI bei 2,6% und die Kerninflationsrate bei 2,1% liegen. Dieser Preisschub sollte allerdings nur temporärer Natur sein. Nach Abklingen der Sondereffekte sollten sich die Verbraucherpreise im Laufe des kommenden Jahres wieder moderater entwickeln und im Jahresdurchschnitt bei 1,9% liegen (Kernrate: 1,7%). Dafür sprechen vor allem die bisher verhaltenen Lohnabschlüsse, die im Einklang mit unverändert niedrigen mittelfristigen Inflationserwartungen eine Lohn-Preisspirale als wenig wahrscheinlich erscheinen lassen.

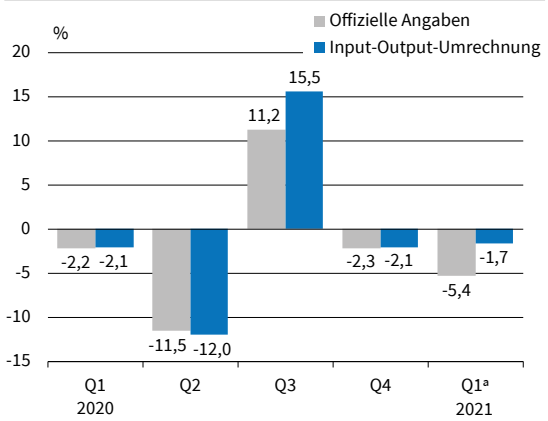
ZUR KONSUMPROGNOSE IM ERSTEN QUARTAL MITTELS DER INPUT-OUTPUT-RECHNUNG

Das ifo Institut hat in seiner Frühjahrsprognose 2021 erstmalig seine Prognose für die privaten Konsumausgaben aus der Entstehungsrechnung heraus und unter Zuhilfenahme der Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamts plausibilisiert (vgl. Lehmann und Wollmershäuser 2021). Dieser Plausibilisierungsansatz lieferte im Zeitraum 2012 bis 2019 sehr treffsichere Aussagen mit einer mittleren Abweichung von –0,02 Prozentpunkten und einer mittleren absoluten Abweichung von 0,27 Prozentpunkten zwischen der Verlaufsrate des privaten Konsums und jener hypothetischen Rate aus der Entstehungsrechnung. Auch im Jahr 2020 lieferte der Ansatz ex post betrachtet sehr exakte Verlaufsraten, mit Ausnahme des dritten Quartals 2021 (vgl. Abb. 36). Hier betrug die Abweichung nach aktuellem Rechenstand und auf Basis der 2017er Input-Output-Tabelle 4,3 Prozentpunkte. In der Frühjahrsprognose 2021 hatte der Plausibilisierungsansatz einen Rückgang von 1,7% für die privaten Konsumausgaben suggeriert; das entspricht nach heutigem Rechenstand einer Abweichung von 3,7 Prozentpunkten. Das ifo Institut veranschlagte im Frühjahr 2021 eine Verlaufsrate der privaten Konsumausgaben von –2,4% und ist aufgrund temporärer Sondereffekte (Wiederanhebung der Mehrwertsteuer) geringfügig von der Plausibilisierungsrechnung abgewichen. Jedoch erwies sich dieser Schritt als zutreffend, da der Prognosefehler auf 3,0 Prozentpunkte reduziert werden konnte. Zwar erscheint diese Fehleinschätzung absolut gesehen als recht groß, wird jedoch durch die erhöhte Prognoseunsicherheit im Zuge der Coronakrise relativiert. Insgesamt liefert der Ansatz wohl einen guten Leitfaden für die Prognose der privaten Konsumausgaben und wird auch in der vorliegenden Prognose wieder zurate gezogen.

Abb. 36

Vergleich der Verlaufsraten für den privaten Konsum

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

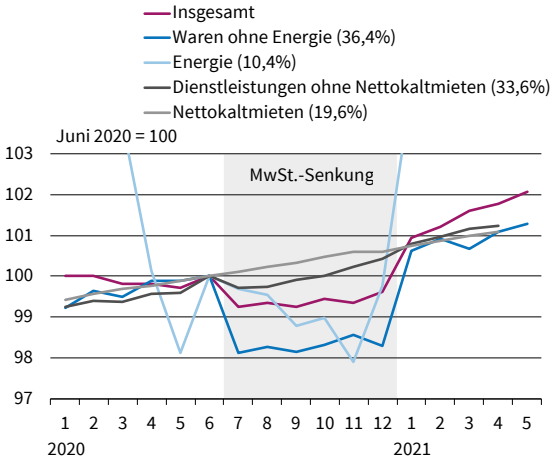


ª Prognose des ifo Instituts vom Frühjahr 2021.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Allerdings dominieren derzeit die Aufwärtsrisiken für die Inflationsprognose. Zum einen könnten Nachholeffekte der Konsumenten preistreibend wirken, wenn die Haushalte – anders als in dieser Prognose unterstellt – ihre Übersparnis, die sie während der Coronakrise angehäuft haben, abbauen. Zum anderen könnten sich die steigenden Preise für Rohstoffe und Vorprodukte (siehe Box »Zu den unternehmensspezifischen Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe« und Box »Zu den konjunkturelle Auswirkungen der Engpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe«) auch bei den Verbraucherpreisen deutlicher niederschlagen als hier unterstellt. Dies würde

Abb. 37

Effekt der temporären Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise

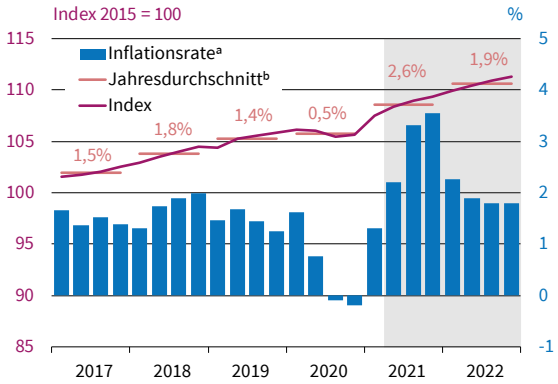


Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 38

Verbraucherpreise in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



ª Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %.
ᵇ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

ZUR JÜNGSTEN INFLATIONSDYNAMIK AUS DER PERSPEKTIVE DES IFO-DSGE-MODELLS

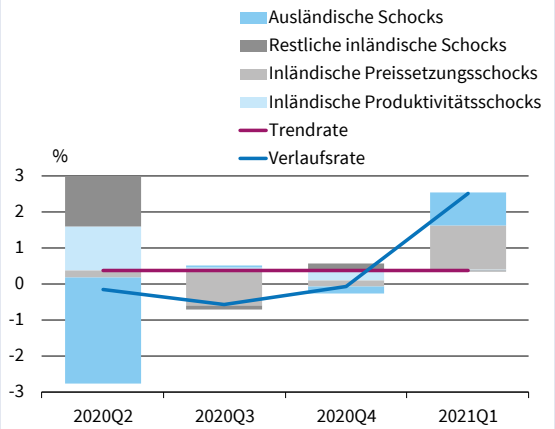
Mit Hilfe des ifo-DSGE-Modells kann untersucht werden, welche strukturellen Triebkräfte sich hinter der Inflationsentwicklung der letzten Quartale verbergen. Das ifo-DSGE-Modell gehört zur Klasse dynamischer stochastischer allgemeiner Gleichgewichtsmodelle, die Konjunkturschwankungen durch exogene und zufällig auftretende Schocks und somit unvorhergesehene Verhaltensänderungen der Akteure des Modells erklären. Bei den Akteuren handelt es sich um Unternehmen, private Haushalte, den Staat, die Notenbank und das Ausland, die eine Reihe von Entscheidungen treffen und in vielfältigen Beziehungen miteinander stehen.

Die aktuelle Schätzung des Modells zeigt, dass deutsche Verbraucherpreise in den letzten Quartalen sowohl durch inländische als auch ausländische Schocks beeinflusst wurden (vgl. Abb. 39). Der Rückgang des harmonisierten Verbraucherpreisindex im zweiten Quartal 2020 ist überwiegend auf ausländische Faktoren zurückzuführen. Der Einbruch des Rohölpreises senkte zusammen mit der weltweiten Nachfrageschwäche die Verbraucherpreise. Einem noch deutlicheren Rückgang wirkten negative inländische Angebotsschocks entgegen. Shutdown-Maßnahmen im zweiten Quartal 2020 riefen negative inländische Produktivitäts- und Arbeitsangebotsschocks hervor, die inflationär wirkten.

Das dritte Quartal 2020 stand im Zeichen der Mehrwertsteuer. Das Modell identifiziert die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer als einen negativen inländischen Preissetzungsschock, der die deutschen Verbraucherpreise nochmals spürbar senkte. Eine spiegelbildliche Reaktion zeigte sich im ersten Quartal 2021. Die Wiederanhebung der Mehrwertsteuersätze und die Einführung der CO_2-Bepreisung resultierten in einen positiven inländischen Preissetzungsschock. Allerdings war der deutsche Preissetzungsschock nicht der alleinige Treiber der massiven Verbraucherpreisinflation. Positive ausländische Preissetzungsschocks verteuerten deutsche Importgüter und beschleunigten somit die deutsche Inflation. Auch die lockere Geldpolitik der EZB trug durch einen positiven geldpolitischen Schock zum Anstieg der Verbraucherpreise bei.

Abb. 39

Historische Schockzerlegung der Verbraucherpreisinflation[a]



[a] Die Balken zeigen die Beiträge der Konjunkturschocks zur Verlaufsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex.
Quelle: ifo-DSGE-Modell; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

vor allem dann der Fall sein, wenn sich die hier getroffene Annahme, dass die den Kostensteigerungen zugrunde liegenden Engpässe im Laufe des Jahres an Bedeutung verlieren, als falsch erweist. Dann könnte es zu spürbareren Überwälzungen auf die Verbraucherpreise kommen.

ERHOLUNG AM ARBEITSMARKT HAT EINGESETZT

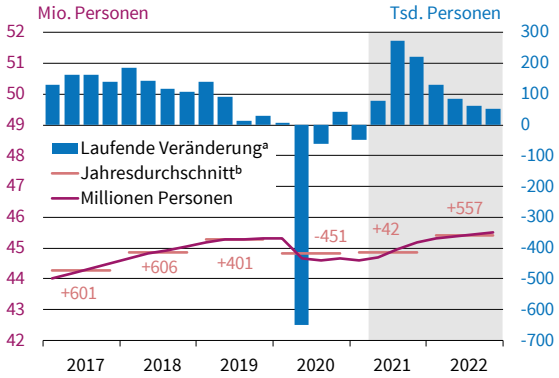
Auf dem Arbeitsmarkt stehen die Zeichen auf Erholung, nachdem die Coronakrise den langjährigen Aufschwung im vergangenen Jahr jäh unterbrochen hat. Trotz des massiven Einsatzes von Kurzarbeit ist die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2020 um 451 000 (– 1,0%) im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen und damit so stark gefallen wie zuletzt im Jahr 2003. Der Einbruch konzentrierte sich auf das zweite Quartal 2020, als die Zahl der Erwerbstätigen im Zuge der ersten Coronawelle um saisonbereinigt 649 000 gefallen ist. Dies entsprach dem stärksten Einbruch seit Beginn der Vierteljahresrechnung im Jahr 1970. Trotz der Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen im Sommer 2020 kam es im weiteren Jahresverlauf zu keiner Erholung ähnlichen Ausmaßes (vgl. Abb. 40). Nachdem die Shutdown-Maßnahmen ab November 2020 erneut schrittweise verschärft wurden, ging die Erwerbstätigkeit abermals leicht zurück und sank im ersten Quartal 2021 um saisonbereinigt 48 000 Personen.

Am stärksten von der Coronakrise getroffen sind die Gruppen der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten und der Selbständigen (vgl. Tab. 16). Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten ging seit Beginn der Pandemie um etwa ein Zehntel zurück. Hierbei wirkten sich die Shutdown-Maßnahmen stets unmittelbar aus: Im zweiten Quartal 2020 fiel die Zahl der Minijobs saisonbereinigt um 6%, während sie sich im dritten Quartal 2020 um 0,5% erholte, ehe sie im vierten Quartal 2020 und ersten Quartal 2021 wieder um 1,1% bzw. 2,9% abnahm. Die Zahl der Selbständigen sank in diesem Zeitraum hingegen kontinuierlich und lag im ersten Quartal 2021 um 179 000 (4,4%) unter dem Vorjahresquartal. Damit setzte sich der seit Jahren bestehende rückläufige Trend bei der Selbständigkeit in verstärktem Maße fort. Im Gegensatz hierzu konzentrierte sich

Abb. 40

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
[b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

der Einbruch der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf die Phase der ersten Coronawelle im Frühjahr 2020, als diese in den Monaten März bis Mai um saisonbereinigt 444 000 (1,3%) zurückging. Seit Erreichen des Tiefpunkts im Mai stieg sie (saisonbereinigt) bis März 2021 kontinuierlich um insgesamt 375 000 Personen an und hat damit das Vorkrisenniveau fast wieder erreicht.

Für die kommenden Monate deuten die Frühindikatoren auf eine deutliche Ausweitung der Erwerbstätigkeit hin (vgl. Abb. 41). Der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigt an, dass die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften in den vergangenen Monaten spürbar angezogen hat. Das ifo Beschäftigungsbarometer markiert im Mai 2021 auf dem höchsten Wert seit Juni 2019. Die Einstellungsbereitschaft hat sich in den vergangenen Monaten vor allem im Verarbeitenden Gewerbe stark verbessert. Per saldo liegt sie seit April 2021 erstmals seit Februar 2019 wieder im positiven Bereich, was einen geplanten Aufbau an Beschäftigung nahelegt. Im Dienstleistungssektor hat sich der Indikator zuletzt ebenfalls deutlich verbessert. Darüber hinaus spiegeln sich die Öffnungsperspektiven im Handel in einem vorsichtigen Optimismus mit Blick auf die Beschäftigung wider, während sich die Beschäftigungserwartungen im Baugewerbe zuletzt im neutralen Bereich seitwärts bewegten. Die Erholung der Erwerbstätigkeit dürfte daher im Laufe des Sommerhalbjahrs an Fahrt gewinnen. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürfte sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit wieder abschwächen, da sich der Aufholprozess verlangsamt und das Erwerbspersonenpotenzial demografiebedingt zunehmend langsamer wächst. Vor diesem Hintergrund dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2021 um etwa 42 000 über ihrem Vorjahreswert liegen. Im kommenden Jahr dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 557 000 steigen (vgl. Abb. 40).

Nach dem sprunghaften Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit von saisonbereinigt 2,3 Millionen im Februar 2020 auf 2,9 Millionen im Juni 2020 ist die Zahl der Arbeitslosen tendenziell rückläufig (vgl. Abb. 42). Der erneute Shutdown im Winter 2020/2021 hat diesen Rückgang merklich gebremst, jedoch nicht zu einem neuerlichen, substanziellen Anstieg geführt. Im Mai 2021 waren saisonbereinigt 2,7 Millionen Personen (6,0% der zivilen Erwerbspersonen) als arbeitslos registriert, und damit 470 000 Personen mehr als im März 2020. In den kommenden Monaten dürfte sich der Abbau der Arbeitslosigkeit im Zuge der fortschreitenden Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen wieder beschleunigen. Im Mai ist die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt be-

Tab. 16

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

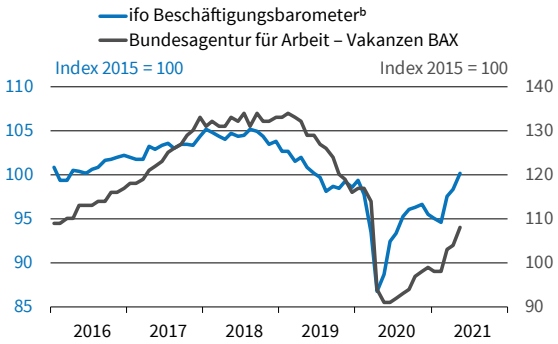
	2019	2020	2021	2022
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	62 596	59 632	60 499	62 555
Erwerbstätige im Inland	45 269	44 818	44 860	45 417
Arbeitnehmer	41 117	40 806	40 978	41 527
darunter				
SV Beschäftigte	33 518	33 579	33 916	34 410
Geringfügig Beschäftigte	4 579	4 289	4 121	4 202
Selbständige	4 152	4 012	3 882	3 890
Pendlersaldo	– 146	– 106	– 138	– 145
Erwerbstätige Inländer	45 123	44 712	44 722	45 272
Arbeitslose	2 267	2 695	2 649	2 405
Arbeitslosenquote BA[a]	5,0	5,9	5,8	5,2
Erwerbslose[b]	1 374	1 846	1 886	1 653
Erwerbslosenquote[c]	3,0	4,0	4,0	3,5

[a] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). [b] Definition der ILO. [c] Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

Abb. 41

Arbeitsmarktindikatoren für Deutschland[a]

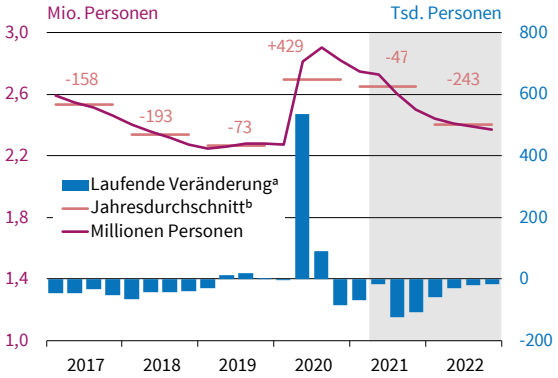


[a] Saisonbereinigter Verlauf. [b] Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 42

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



[a] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
[b] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

reits um 15 000 gefallen. Insgesamt dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in diesem Jahr um etwa 47 000 und im kommenden Jahr um 243 000 zurückgehen. In der Folge fällt die Arbeitslosenquote von 5,9% im vergangenen Jahr auf voraussichtlich 5,8% im Durchschnitt des Jahres 2021 und 5,2% im Jahr 2022.

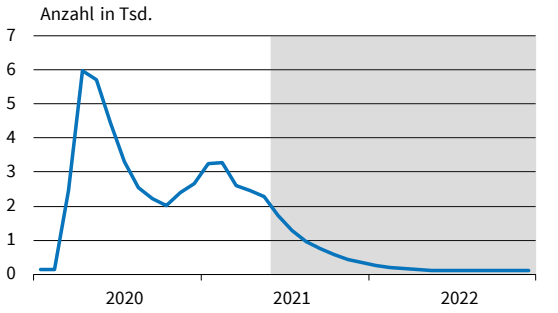
Die Auswirkungen der Coronakrise auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen sind beträchtlich. Dabei ist der Effekt auf die durchschnittliche Arbeitszeit wesentlich stärker ausgeprägt als der Effekt auf die Zahl der Erwerbstätigten und Arbeitslosen. Obwohl ein großer Anteil des Einbruchs des Bruttoinlandsprodukts ähnlich wie in früheren Krisen durch starke Schwankungen in der Arbeitsproduktivität kompensiert wurde, ist die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im Jahr 2020 um 3,5% eingebrochen. Kalenderbereinigt fiel der Rückgang mit 4,0% sogar noch stärker aus. Im ersten Quartal 2021 sank die durchschnittliche Arbeitszeit saison- und kalenderbereinigt abermals um 0,8%. Diese Reduktion der Arbeitszeit ist vor allem auf die massive Ausweitung der Zahl der Kurzarbeiter zurückzuführen, die im April 2020 mit 6,0 Millionen auf ein neues Rekordhoch gestiegen war (vgl. Box »Zum Einsatz der Kurzarbeit während der Coronakrise«). In den Folgemonaten ging die Anzahl der Kurzarbeiter stark zurück und lag im Oktober bei 2 Millionen, ehe sie im Zuge der zweiten Coronawelle bis Februar wieder auf etwa 3,3 Millionen stieg. Die Umfragen des ifo Instituts weisen darauf hin, dass der Umfang der Kurzarbeit seither wieder stark zurückgegangen sein dürfte und im Mai noch ca. 2,3 Millionen Personen in Kurzarbeit gewesen sein dürften. Im Zuge der fortschreitenden wirtschaftlichen Erholung dürfte die Kurzarbeit im Prognosezeitraum rasch abgebaut werden (vgl. Abb. 43). Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zahl der Kurzarbeiter auf 1,7 Millionen im Jahr 2021 und 0,1 Millionen im Jahr 2022 zurückgehen, nach 2,8 Millionen im vergangenen Jahr. Entsprechend dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im laufenden und im kommenden Jahr wieder um 1,6% bzw. 2,0% steigen.

ABBAU DER KURZARBEIT LÄSST EFFEKTIVVERDIENSTE TROTZ VERHALTENER TARIFLOHNENTWICKLUNG STARK STEIGEN

Die Coronakrise hat eine Phase vergleichsweise stark steigender Löhne beendet. Nachdem die Tarifverdienste im Jahr 2019 noch um 3,1% zulegen konnten, sind sie im vergangenen Jahr lediglich um 2,2% gestiegen (vgl. Tab. 18). Diese Zunahme geht fast ausschließlich auf bereits in den Vorjahren vereinbarte Tarifverträge und statistische Überhänge aus dem Vorjahr zurück. Des Weiteren trug auch der Abschluss im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen (TVöD) zu dieser relativ hohen Rate bei. Im Gegensatz hierzu waren die weiteren Tarifverhandlungen seit Beginn der Coronakrise von einer deutlichen Lohnzurückhaltung und einem stärkeren Fokus auf Beschäftigungssicherung geprägt. Die nach und nach auslaufenden Tarifverträge aus der Vorkrisenzeit wurden und werden daher sukzessive durch Verträge mit niedrigeren Abschlussraten ersetzt, weshalb für das Jahr 2021 ein Anstieg der Tariflöhne von nur noch 1,4% zu erwarten ist. Erst im Jahr 2022 dürften

Abb. 43

Zahl der Personen in Kurzarbeit[a]



[a] Kurzarbeit nach §96 SGB III in Tausend Personen; Dezember 2020 bis März 2021: Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; April und Mai 2021: ifo Schätzung (siehe Kasten »Zur Entwicklung der Kurzarbeit in der Coronakrise«);
ab Juni 2021: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

die Tariflöhne mit 2,2% wieder etwas dynamischer steigen.

Die Coronakrise hat zu wesentlich stärkeren Schwankungen in den effektiv gezahlten Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer geführt. Im Jahr 2020 sind die Effektivverdienste stagniert. Ursächlich hierfür war zuvorderst der massive Einsatz von Kurzarbeit (vgl. Box: »Zum Einsatz der Kurzarbeit während der Coronakrise«). Des Weiteren dürften der Umfang übertariflicher Zahlungen sowie die Löhne in nichttarifgebundenen Unternehmen deutlich abgenommen haben. In der Folge sind die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im zweiten Quartal 2020 saisonbereinigt um 4,7% gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Dies stellt den stärksten Rückgang seit Beginn der vierteljährlichen VGR im Jahr 1970 dar. Im Zuge des starken Abbaus der Kurzarbeit stiegen die Bruttolöhne und -gehälter im dritten und vierten Quartal 2020 wieder um 4,5% bzw. 1,4%, ehe sie im ersten Quartal 2021 aufgrund des erneuten Anstiegs der Kurzarbeit wieder um 0,7% gesunken sind. Im Prognosezeitraum werden die Effektivverdienste pro Kopf in Folge der prognostizierten wirtschaftlichen Erholung und dem damit einhergehenden Abbau der Kurzarbeit wieder kräftig zulegen und dürften im laufenden Jahr mit 3,1% und im kommenden Jahr mit 3,6% expandieren. Vor allem im kommenden Jahr tragen hierzu auch die vergleichsweise starken Erhöhungen des gesetzlichen

ZUM EINSATZ DER KURZARBEIT WÄHREND DER CORONAKRISE

Das Ausmaß der Kurzarbeit ist in der Coronakrise auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Im Zuge des ersten Shutdowns waren im April 2020 6,0 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Damit lag die Zahl der Kurzarbeiter ein Vierfaches über dem bisherigen Höchststand aus dem Frühjahr 2009, als knapp 1,5 Millionen Personen in Kurzarbeit waren. In den Folgemonaten ging die Anzahl der Kurzarbeiter stark zurück und lag im Oktober bei 2 Millionen, ehe sie im Zuge der zweiten Coronawelle bis Februar wieder auf etwa 3,3 Millionen stieg (vgl. Abb. 43). Die erste, häufig noch sehr revisionsanfällige Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit weist für März 2,6 Millionen Kurzarbeiter aus. Im Gegensatz zur Finanzkrise, als über 80% der Kurzarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt waren, wird Kurzarbeit in der Coronakrise über fast alle Wirtschaftszweige hinweg eingesetzt.

Um das tatsächlich realisierte Ausmaß der Kurzarbeit am aktuellen Rand zu schätzen, hat das ifo Institut im Mai 2020 im Rahmen der monatlichen ifo Konjunkturumfrage begonnen, die teilnehmenden Unternehmen nach dem aktuellen Einsatz von Kurzarbeit zu befragen. Hierzu gingen seither monatlich Angaben von etwa 7 000 Unternehmen ein. Auf Basis dieser Information werden die Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit bis zum aktuellen Rand fortgeschrieben.

Der ifo-Schätzung zufolge belief sich die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit in Deutschland im Mai 2021 auf 2,3 Millionen Personen (vgl. Tab. 17). Dies entspricht 6,8% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Vergleich zum Vormonat (2,5 Millionen bzw. 7,3%) war dies ein erneuter Rückgang. Damit dürfte die Zahl der Kurzarbeiter im Mai um ca. 1 Million unter dem Wert des Februars 2021 gelegen haben. Der auf Basis der ifo-Umfrage ermittelte durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter belief sich im Mai auf 55%, nach 56% im April und bewegte sich damit auf ähnlichem Niveau wie der letzte von der Bundesagentur für Arbeit für März ausgewiesene Wert von 56%. Damit entsprach das Ausmaß der Kurzarbeit im Mai rechnerisch dem Arbeitsvolumen von 1,3 Millionen Beschäftigten.

Die Kurzarbeit dürfte zuletzt über fast alle Wirtschaftsbereiche hinweg rückläufig gewesen sein. Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Zahl der Kurzarbeiter seit Januar 2021 kontinuierlich gesunken. Der Anteil der Beschäftigten in Kurzarbeit dürfte im Mai noch bei 5,3% gelegen haben. Während der Höchststand im April 2020 etwa 1,9 Millionen Personen betrug, liegt der derzeitige Stand lediglich bei etwa 370 000. Entgegen dieses Trends dürfte die Kurzarbeit im Druckgewerbe (18,8% im Mai nach 17,9% im April) und in der Automobilindustrie (5,4% nach 5,3%) in etwa stagniert haben. Auch im Baugewerbe verharrte der Anteil der Kurzarbeiter mit 0,9% im Mai nach 0,8% im April auf niedrigem Niveau. Daher gibt es aktuell noch keine Anzeichen dafür, dass sich die Verschärfung der Materialknappheit in Teilen der Industrie und des Bausektors in einem substanziellen Anstieg der Kurzarbeit niederschlagen würde.

Sehr hoch dürfte das Ausmaß der Kurzarbeit weiterhin im Gastgewerbe sein. Hier ging die Zahl der Kurzarbeiter der ifo-Schätzung zufolge von 520 000 im April auf 489 000 im Mai zurück. Somit dürften noch 46,1% der Beschäftigten in Kurzarbeit gewesen sein. Im Handel dürfte die Zahl der Kurzarbeiter im Mai hingegen nur leicht unter dem Niveau des Aprils gelegen haben, als diese relativ zu März zum Teil kräftig gefallen war. Im Einzelhandel dürften im Mai noch schätzungsweise 227 000 Personen (9,3%), im Großhandel noch etwa 93 000 Personen (6,6%) und im Bereich des Kraftfahrzeughandels sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen noch etwa 28 000 Personen (4,2%) in Kurzarbeit gewesen sein.

Tab. 17

ifo-Schätzung zur Kurzarbeit nach Branchen

		Wirtschafts-bereiche[a]	SVB[b]	Kurzarbeit nach BA[c]						ifo-Schätzung		
				April	Juni	August	Oktober	Dezem-ber	Februar	März	April	Mai
A-U		Gesamtwirtschaft	33 648 183	5 995 429	4 452 285	2 537 053	2 020 651	2 671 278	3 269 270	2 696 587	2 452 606	2 281 742
				17,8%	13,2%	7,5%	6,0%	7,9%	9,7%	8,0%	7,3%	6,8%
C		Verarbeitendes Gewerbe	6 936 917	1 869 069	1 773 324	1 037 376	830 818	614 455	656 411	510 738	412 277	370 582
				26,9%	25,6%	15,0%	12,0%	8,9%	9,5%	7,4%	5,9%	5,3%
	13-17	Textilien, Leder, Papier etc.[d]	358 672	72 013	74 275	42 883	36 301	28 994	37 759	30 798	29 184	26 423
				20,1%	20,7%	12,0%	10,1%	8,1%	10,5%	8,6%	8,1%	7,4%
	18	Druckgewerbe u. Vervielfältigung	125 844	44 719	46 067	31 087	25 113	19 371	29 655	24 452	22 492	23 704
				35,5%	36,6%	24,7%	20,0%	15,4%	23,6%	19,4%	17,9%	18,8%
	20-22	Chemie, Pharmazie, Gummi- und Kunststoffwaren	899 362	164 136	177 528	95 665	56 916	33 125	35 112	24 698	18 557	22 560
				18,3%	19,7%	10,6%	6,3%	3,7%	3,9%	2,7%	2,1%	2,5%
	24	Metallerzeugung und -bearbeitung	282 614	87 813	118 976	81 699	56 936	33 360	24 967	16 893	13 050	10 105
				31,1%	42,1%	28,9%	20,1%	11,8%	8,8%	6,0%	4,6%	3,6%
	25	Herstellung von Metallerzeug-nissen	822 260	230 887	263 490	168 886	139 120	92 942	83 461	59 774	46 868	35 805
				28,1%	32,0%	20,5%	16,9%	11,3%	10,2%	7,3%	5,7%	4,4%
	26	H. v. DV-Gerät., elektr. u. opt. Erzeugn.	419 075	72 027	99 554	68 205	61 564	37 322	29 420	23 139	21 573	15 286
				17,2%	23,8%	16,3%	14,7%	8,9%	7,0%	5,5%	5,1%	3,6%
	27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	351 638	76 092	79 258	52 576	44 353	26 369	20 831	12 479	10 650	7 178
				21,6%	22,5%	15,0%	12,6%	7,5%	5,9%	3,5%	3,0%	2,0%
	28	Maschinenbau	1 068 163	248 460	293 975	207 863	213 429	150 140	139 098	100 696	69 836	64 666
				23,3%	27,5%	19,5%	20,0%	14,1%	13,0%	9,4%	6,5%	6,1%
	29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	943 391	560 473	344 318	124 941	58 981	44 157	65 214	61 876	49 790	51 398
				59,4%	36,5%	13,2%	6,3%	4,7%	6,9%	6,6%	5,3%	5,4%
F		Baugewerbe	1 914 832	150 741	88 711	52 134	45 043	26 880	40 378	23 599	14 823	16 785
				7,9%	4,6%	2,7%	2,4%	1,4%	2,1%	1,2%	0,8%	0,9%
G		Handel; Instandhalt. u. Rep. v. Kfz	4 552 311	1 035 969	594 690	302 377	225 241	463 554	678 947	515 310	363 292	349 314
				22,8%	13,1%	6,6%	4,9%	10,2%	14,9%	11,3%	8,0%	7,7%
	45	Handel m. Kfz; Inst.halt. u. Rep. v. Kfz	681 278	231 127	116 295	51 331	37 267	48 776	121 033	70 754	33 504	28 426
				33,9%	17,1%	7,5%	5,5%	7,2%	17,8%	10,4%	4,9%	4,2%
	46	Großhandel (ohne Handel mit Kfz)	1 416 920	301 385	243 371	133 488	102 370	123 125	158 861	118 530	95 021	93 478
				21,3%	17,2%	9,4%	7,2%	8,7%	11,2%	8,4%	6,7%	6,6%
	47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz)	2 454 113	503 457	235 024	117 558	85 604	291 653	399 053	326 027	234 766	227 409
				20,5%	9,6%	4,8%	3,5%	11,9%	16,3%	13,3%	9,6%	9,3%
H		Verkehr und Lagerei	1 865 912	331 524	256 269	172 921	142 404	148 837	182 747	125 378	139 617	121 786
				17,8%	13,7%	9,3%	7,6%	8,0%	9,8%	6,7%	7,5%	6,5%
I		Gastgewerbe	1 061 784	665 678	445 667	253 639	236 142	550 786	588 995	532 999	519 708	488 970
				62,7%	42,0%	23,9%	22,2%	51,9%	55,5%	50,2%	48,9%	46,1%
J		Information und Kommunikation	1 171 648	130 998	135 588	90 256	63 111	54 429	59 008	43 468	43 474	44 827
				11,2%	11,6%	7,7%	5,4%	4,6%	5,0%	3,7%	3,7%	3,8%
M		Freiberufl., wissensch. u. techn. DL	2 326 876	454 831	321 646	191 182	141 858	192 973	256 983	206 869	169 734	141 317
				19,5%	13,8%	8,2%	6,1%	8,3%	11,0%	8,9%	7,3%	6,1%
N		Sonstige wirtschaftliche DL	2 256 229	424 609	321 515	203 578	164 061	193 526	232 637	194 717	197 718	208 650
				18,8%	14,3%	9,0%	7,3%	8,6%	10,3%	8,6%	8,8%	9,2%
		Übrige[e]	11 561 674	932 010	514 875	233 590	171 973	425 838	573 164	543 508	591 963	539 511
				8,1%	4,5%	2,0%	1,5%	3,7%	5,0%	4,7%	5,1%	4,7%

Anmerkungen: [a] Ausgewiesene Wirtschaftsbereiche weitestgehend entsprechend der Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit. [b] Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Stand: März 2020. [c] Endgültige Zahlen für April bis November 2020; Hochrechnungen der BA für Dezember bis Februar (Stand: 1. Juni 2021). [d] Die Gruppe beinhaltet die Wirtschaftsabteilungen: 13 H. v. Textilien, 14 H. v. Bekleidung, 15 H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen, 16 H. v. Holz-,Korb-, Korkwaren (ohne Möbel), 17 H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus. [e] Wirtschaftsabschnitte A,B,D,E,K,L, und O-U.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Schätzungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2021

Mindestlohns bei, der bis Juli 2022 in drei Stufen von aktuell 9,50 Euro auf 10,45 Euro erhöht wird.

STAATSHAUSHALT

Der öffentliche Haushalt wird im laufenden Jahr abermals aufgrund der Coronakrise mit einem deutlichen Minus von gut 150 Mrd. Euro bzw. 4,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt abschließen. Im weiteren Prognosezeitraum wird das Defizit dann auf 50 Mrd. Euro bzw. 1,3% im Jahr 2022 allmählich zurückgeführt.

Die Steuereinnahmen werden im laufenden Jahr nach dem starken Rückgang um 6,7% im Jahr 2020 um 6,1% steigen. Hier machen sich zum einen die wieder steigenden Arbeits- und Gewinneinkommen bemerkbar, die sich in höheren Lohn- und Einkommensteuern niederschlagen. Darüber hinaus werden die öffentlichen Haushalte durch die Rückkehr zu den regulären Mehrwertsteuersätzen entlastet. Auch die CO_2-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr wird das Aufkommen der sonstigen Produktionsabgaben steigern. Dem stehen allerdings Mindereinnahmen aufgrund der Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags entgegen. Im kommenden Jahr werden die Steuereinnahmen dann vor allem aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Erholung um 5,2% zulegen.

Durch die stabilisierende Wirkung der Kurzarbeit sind die Einnahmen bei den Nettosozialbeiträgen im vergangenen Jahr um 1,6% gestiegen. In diesem Jahr werden sie wieder kräftiger um 4,1% zulegen. In erster Linie ist dies durch die wieder steigenden Bruttolöhne und -gehälter bedingt. Darüber hinaus wirkt die Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung einnahmesteigernd. Andererseits dämpft der Rückgang der Kurzarbeit für sich genommen die Einnahmen der Sozialversicherungen. Nachdem im Jahr 2022 keine Änderung der Beitragssätze der Sozialversicherungen bevorstehen, wird die Zunahme der Nettosozialbeiträge in Höhe von 5,4% vor allem durch die Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme geprägt.

Im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise sind die Vorleistungen im Jahr 2020 mit 15,1% kräftig gestiegen. Auch im laufenden Jahr ist insbesondere durch die Corona-Impfkampagne noch mit einem moderaten Wachstum von 1,6% zu rechnen. Im Jahr 2022 dürften sie dann um 4% zurückgehen, da die pandemiebedingten Ausgaben für die Impfkampagne und Krankenhaushilfen nach und nach entfallen werden.

Die Subventionen bleiben 2021 absolut auf einem sehr hohen Niveau und werden im laufenden Jahr um 10,5% steigen. Nachdem der Staat sowohl im Frühjahr als auch am Ende des Jahres 2020 die Tätigkeit in einigen Wirtschaftsbereichen aufgrund der Corona-Pandemie stark eingeschränkt hat, ersetzen Entschädigungszahlungen zumindest einen Teil der entgangenen Gewinne. Bei diesen umfangreichen Maßnahmen sind insbesondere die Überbrückungs- und Soforthilfen zu nennen. Viele dieser bereits im Jahr 2020 bewilligten Hilfen werden im laufenden Jahr ausbezahlt werden. Im Jahr 2022 werden die Subventionen dann mit – 48,7% rückläufig sein und sich dem Vorkrisenniveau wieder annähern. Die monetären Sozialleistungen werden nach dem kräftigen Anstieg 2020 (8,7%) nur noch leicht steigen. Dies ist insbesondere auf die sinkende Zahl an Arbeitslosen und dem Rückgang der Zahlungen von Kurzarbeitergeld zurückzuführen. Im Jahr 2022 werden die monetären Sozialleistungen um 1,2% zulegen.

Tab. 18

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2019	– 0,2	2,9	3,1	– 0,1	3,1
2020	– 3,5	0,0	3,6	– 2,1	2,2
2021	1,6	3,1	1,5	1,7	1,4
2022	2,0	3,6	1,5	1,4	2,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2021

Die sozialen Sachleistungen werden im laufenden Jahr im Zuge der Impfungen gegen Covid-19 deutlich um 8,2% ausgeweitet werden. Zwar wirkt diese noch im Folgejahr nach. Jedoch ist mit einer beginnenden Normalisierung der sozialen Sachleistungen und damit nur noch einem Anstieg von 4,1% im Jahr 2022 zu rechnen. Die geleisteten Vermögenstransfers expandieren im Jahr 2021 mit 18% noch einmal kräftig, bevor sie im kommenden Jahr fast stagnieren. Hier machen sich diverse Posten des Konjunkturprogramms bemerkbar. So sorgen u.a. die Eigenkapitalerhöhung der Deutschen Bahn und die Förderung von Elektromobilität für Mehrausgaben. Im laufenden Jahr werden die Bruttoinvestitionen weiterhin expandieren, wenn auch nicht mehr so deutlich wie noch im Vorjahr. Nach einem Wachstum von 7,2% 2020 wird sich das Tempo etwas verlangsamen, so dass die staatlichen Investitionen im Jahr 2021 um 4,4% und im Jahr 2022 um 4,8% wachsen werden. Insbesondere das Konjunkturprogramm soll die staatlichen Investitionen im laufenden Jahr stützen.

Nachdem der Staat seine Aktivität im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt 2020 zunächst deutlich ausgeweitet hat, wird er im laufenden und im folgenden Jahr diese nur langsam zurückfahren. Zwar sinken die staatlichen Ausgaben insgesamt im laufenden Jahr um 0,8 Prozentpunkte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, bleiben aber mit 50,5% auf hohem Niveau. Auch im Jahr 2022 bewegen sich die staatlichen Ausgaben mit 47,2% des Bruttoinlandsprodukts deutlich über dem Schnitt der vergangenen 20 Jahre (vgl. Tab. 19). Die staatlichen Einnahmen werden im Jahr 2021 gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozentpunkte sinken. Der Maastricht-Schuldenstand wird im laufenden und kommenden Jahr aufgrund der sich erholenden Wirtschaft auf unter 70% in Re-

Tab. 19

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren[a]
in % des nominalen Bruttoinlandprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungssaldo
		darunter:			*darunter:*	
	insgesamt	*Steuern*	*Nettosozialbeiträge*	insgesamt	*Zinsausgaben*	
2000	46,2	*23,5*	*18,1*	47,8	*3,2*	– 1,6
2001	44,4	*21,8*	*17,9*	47,4	*3,0*	– 3,0
2002	44,0	*21,4*	*17,9*	47,9	*3,0*	– 3,9
2003	44,6	*21,5*	*18,2*	48,3	*2,9*	– 3,7
2004	43,5	*20,9*	*17,8*	46,8	*2,8*	– 3,3
2005	43,5	*21,2*	*17,5*	46,8	*2,8*	– 3,3
2006	43,6	*22,0*	*17,0*	45,2	*2,7*	– 1,7
2007	43,7	*22,8*	*16,2*	43,4	*2,7*	0,3
2008	44,1	*23,1*	*16,2*	44,2	*2,7*	– 0,1
2009	45,0	*22,8*	*17,0*	48,2	*2,6*	– 3,2
2010	43,8	*21,8*	*16,6*	48,1	*2,5*	– 4,4
2011	44,4	*22,3*	*16,4*	45,2	*2,5*	– 0,9
2012	44,9	*22,9*	*16,6*	44,9	*2,3*	0,0
2013	45,0	*23,0*	*16,6*	44,9	*1,8*	0,0
2014	44,9	*22,8*	*16,5*	44,3	*1,6*	0,6
2015	45,1	*23,1*	*16,6*	44,1	*1,4*	1,0
2016	45,5	*23,4*	*16,7*	44,4	*1,2*	1,2
2017	45,6	*23,5*	*16,9*	44,2	*1,0*	1,4
2018	46,3	*23,9*	*17,1*	44,5	*0,9*	1,8
2019	46,7	*24,0*	*17,3*	45,2	*0,8*	1,5
2020	46,9	*23,1*	*18,2*	51,3	*0,7*	– 4,2
2021	46,2	*23,2*	*17,9*	50,5	*0,5*	– 4,3
2022	45,9	*23,1*	*17,8*	47,2	*0,4*	– 1,3

[a] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2021

lation zum Bruttoinlandsprodukt sinken. Jedoch ist hier die Bandbreite, in der sich der Schuldenstand bewegen könnte, durch die Kredit- und Bürgschaftsprogramme recht hoch. Dabei erhöhen die Kredite sofort den Schuldenstand, wenn sie in Anspruch genommen werden und verringern ihn bei ihrer Rückzahlung entsprechend. Auch staatliche Beteiligungen wirken sich direkt auf den Schuldenstand aus. Die Bürgschaften hingegen beeinflussen auch nur dann den Bruttoschuldenstand, wenn sie tatsächlich fällig werden.

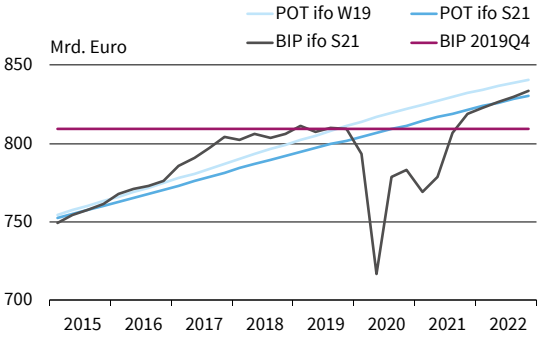
3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2025 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der den gesamtwirtschaftliche Output anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Die grundsätzlichen Parameter und Annahmen sind gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2021 und zur ifo Winterprognose 2020 nahezu unverändert geblieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2021; Wollmershäuser et al. 2020). So wird bei der Einschätzung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung auf die Variante 2 (G2-L2-W2) der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts und der statistischen Ämter der Länder (kBV) zurückgegriffen. Die aktuelle Wanderungsstatistik deutet jedoch darauf hin, dass die Coronakrise einen negativen Einfluss auf den Wanderungssaldo haben wird. Abweichend von der Bevölkerungsvorausberechnung wird daher für das Jahr 2020 ein um etwa 100 000 Personen geringerer Wanderungssaldo von insgesamt 240 000 Personen unterstellt. Für die kommenden Jahre wird überdies angenommen, dass rund die Hälfte der im Jahr 2020 unterbliebenen Wanderung bis zum Ende des Projektionszeitraums gleichmäßig nachgeholt wird. Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) noch bis 2022 steigen und anschließend allmählich sinken.

Obwohl das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2021 wieder das Vorkrisenniveau erreichen wird, bleibt es, im Vergleich zur letzten ifo Prognose vor der Coronakrise (Winter 2019), bei eine deutlichen Abwärtsrevision des Produktionspotenzials (vgl. Tab. 20 und Abb. 44). Für das Jahr 2021 liegt dieses 42 Mrd. Euro bzw. 1,3% unter dem der ifo Winterprognose 2019. Die Zerlegung der Revision auf die Produktionsfaktoren sowie die Totale Faktorproduktivität zeigt, dass die Potenzialrevision insbesondere auf die Veränderung der Totalen Faktorproduktivität und des Trendarbeitsvolumens zurückgeführt werden kann. Letzteres geht insbesondere auf einen Rückgang der trendmäßigen Erwerbstätigkeit zurück. Diese ist im Jahr 2021 um 100 000 Personen geringer als in der ifo Winterprognose 2019 unterstellt. Analog dazu ist die Trenderwerbslosenquote um 0,6 Prozentpunkte höher. Auch wenn diese Potenzialrevision im Wesentlichen das Ergebnis eines statistischen Verfahrens ist und auch auf die Prozyklizität der verwendeten Zeitreihenfilter zurückzuführen ist (vgl. Europäische Kommission 2019, Kapitel 3.3), kann es hierfür in einer ausgeprägten Konjunkturkrise durchaus auch ökonomische Gründe geben (vgl. Bodnár et al. 2020). Im Unterschied zu früheren Rezessionen ist die Coronakrise maßgeblich auf den Shutdown und damit auch auf angebotsseitige Ursachen zurückzuführen (vgl. Wollmershäuser et al. 2020). Zwar waren die staatlich angeordneten Schließungen von Betriebsstätten und sonstige Angebotseinschränkungen vielfach zeitlich begrenzt. Allerdings ist die Gefahr groß, dass Unternehmen insbesondere in den Wirtschaftsbereichen, in denen die Beschränkungen fortbestanden bzw. in denen eine Erholung der Nachfrage infolge von Präferenzverschiebungen der Konsumenten unterblieb, die Krise nicht überstehen werden und Insolvenz anmelden müssen. Damit würden sich die temporären Angebotsschocks in permanente umwandeln. Insolvenzen verringern für sich genommen die Produkti-

Abb. 44

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Produktionspotenzial (POT)



W: Winterprognose; S: Sommerprognose
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

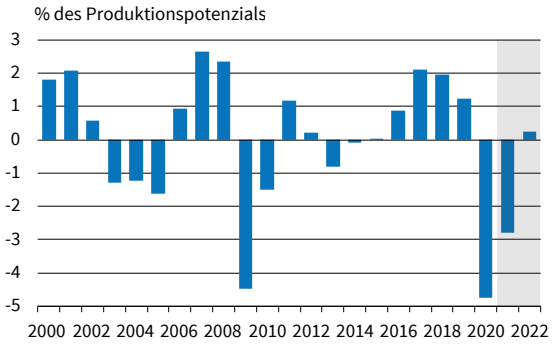
Tab. 20

Veränderung der Potenzialschätzung für das Jahr 2021 im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Winter 2019

	Prozent(-punkte)	Mrd. Euro
Produktionspotenzial	**– 1,3**	**– 42,1**
Beiträge:		
Kapitalstock	– 0,1	– 2,0
Arbeitsvolumen	– 0,8	– 26,4
Totale Faktorproduktivität	– 0,4	– 13,7
Nachrichtlich:	Anstieg der Trenderwerbslosenquote im Jahr 2021 von 2,9 auf 3,5 Prozent um 0,6 Prozentpunkte	
	Rückgang der trendmäßigen Beschäftigung im Jahr 2021 von 45,4 auf 45,3 Mio. Personen um 100 Tausend	

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

Abb. 45
Produktionslücke



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2021 bis 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

onsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft und wirken daher dämpfend auf das Produktionspotenzial. Dies gilt vor allem dann, wenn die im Zuge der Insolvenzen freiwerdenden Ressourcen nicht unmittelbar eine neue Verwendung finden. So ist insbesondere bei einem durch die Krise beschleunigten Strukturwandel davon auszugehen, dass die mit den Insolvenzen einhergehenden Entlassungen aufgrund eines qualifikatorischen Mismatches zunächst keine Neuanstellung in anderen (vom Strukturwandel profitierenden) Wirtschaftsbereichen finden und die Arbeitslosigkeit zumindest mittelfristig erhöhen.

Für das Jahr 2021 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 1,3% geschätzt. Im Jahr 2022 fällt sie leicht auf rund 1,1%. Bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2025 fällt sie dann deutlich auf lediglich 0,7% ab. Während die Totale Faktorproduktivität und der Kapitalstock anhaltend positiv zum Potenzialwachstum beitragen, nimmt der Beitrag des Arbeitsvolumens bereits seit dem Jahr 2018 ab; ab

Tab. 21
Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			In jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigenstunde		
	Mill.		Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2015 = 100
2015	43,122	38,717	1 401,0	3 026,2	70 177	50	3 026,2	100,0
2020	44,818	40,806	1 330,5	3 078,2	68 683	52	3 336,2	108,4
2025	45,149	41,282	1 364,9	3 391,0	75 106	55	3 992,9	117,8
	Veränderung insgesamt in %							
2020/2015	3,9	5,4	– 5,0	1,7	– 2,1	3,0	10,2	8,4
2025/2020	0,7	1,2	2,6	10,2	9,4	6,6	19,7	8,6
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2020/2015	0,8	1,1	– 1,0	0,3	– 0,4	0,6	2,0	1,6
2025/2020	0,1	0,2	0,5	2,0	1,8	1,3	3,7	1,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2025/2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

Tab. 22
Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
	Mrd. Euro						
2015	3 026,2	1 603,0	595,9	597,5	605,8	– 8,4	229,8
2020	3 336,2	1 711,6	754,4	676,7	738,4	– 61,7	193,5
2025	3 992,9	2 097,1	840,5	900,4	912,6	– 12,2	154,9
	Anteile am BIP in %						
2015	100,0	53,0	19,7	19,7	20,0	– 0,3	7,6
2020	100,0	51,3	22,6	20,3	22,1	– 1,8	5,8
2025	100,0	52,5	21,0	22,5	22,9	– 0,3	3,9
	Veränderung insgesamt in %						
2020/2015	10,2	6,8	26,6	13,3	21,9	-	-
2025/2020	19,7	22,5	11,4	33,0	23,6	-	-
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %						
2020/2015	2,0	1,3	4,8	2,5	4,0	-	-
2025/2020	3,7	4,1	2,2	5,9	4,3	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2025/2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2021

dem Jahr 2023 wird er sogar negativ. Der Rückgang des Arbeitsvolumens geht dabei vor allem auf einen spürbar negativen Beitrag der durchschnittlichen Arbeitszeit zurück – die restlichen Komponenten des Arbeitsvolumens liefern hingegen noch leicht positive Beiträge. Ab dem Jahr 2023 tragen jedoch auch die sinkende Erwerbsbevölkerung und die rückläufige Partizipationsquote negativ zum Wachstum des Arbeitsvolumens bei.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke stieg seit 2015 kontinuierlich, erreichte 2017 mit rund 2,1% ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 45) und ist anschließend bis ins Jahr 2019 wieder auf 1,2% gefallen. Für das Jahr 2020 ergibt sich eine massive Unterauslastung der Produktionskapazitäten in Höhe von rund 4,7%. Im laufenden Jahr verkleinert sie sich auf 2,8%. Im Jahr 2022 sind die Kapazitäten mit 0,3% leicht überausgelastet. Es wird angenommen, dass bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2025 die Produktionslücke geschlossen wird. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Mittel der Jahre 2021 bis 2025 mit einer Rate von 2,0% zunehmen und damit deutlich oberhalb des Produktionspotenzials von durchschnittlich 1,0% liegen (vgl. Tab. 21). Mit Blick auf die Verwendungsseite zeigt sich, dass alle Verwendungskomponenten im Projektionszeitraum deutlich oberhalb des Wachstums des Zeitraums von 2015 bis 2020 liegen (vgl. Tab. 22). Die Anteile der Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt wird im Projektionszeitraum zunehmen. Gleiches gilt für den Staatskonsum. Im Gegenzug nimmt der Anteil des Außenbeitrags ab. Der Anteil des privaten Konsums bleibt hingegen weitestgehend konstant.

Abgeschlossen am Freitag, 11. Juni 2021

4. Literatur

Bank of England (2021), *Monetary Policy Report February 2021,* 4. Februar, London.

Bodnár, K., J. Le Roux, P. Lopez-Garcia und B. Szörfi (2020), "The Impact of COVID-19 on Potential Output in the Euro Area«, *Economic Bulletin Articles* Nr. 7, European Central Bank.

Bonnet, O., T. Olivia und T. Roudil-Valentin (2021), »In 2020, the Drop in Consumption Fuelled Savings, with a Particular Increase in the Financial Wealth of the Most Well-off: Some Results Obtained by Analysing Banking Data«*, INSEE Conjecture in France*, 11. März.

Bradsher, K. (2021), »Amid Global Inflation Worries, China Moves to Tame Prices«, *The New York Times,* 8. Juni, verfügbar unter: https://www.nytimes.com/2021/06/08/business/economy/china-inflation.html, aufgerufen am: 8.Juni 2021.

Deutsche Bundesbank (2020a), *Monatsbericht* Juni, Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (2020b), *Monatsbericht* Dezember, Frankfurt am Main.

Horowitz, J. M., A. Brown und R. Minkin (2021), »A Year Into the Pandemic, Long-Term Financial Impact Weights Heavily on Many Americans«, 5. März, Pew Research Center, verfügbar unter: https://www.pewresearch.org/social-trends/2021/03/05/a-year-into-the-pandemic-long-term-financial-impact-weighs-heavily-on-many-americans/.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2021), »Zur Plausibilisierung von Konsumprognosen mittels der Input-Output-Rechnung«, *ifo Schnelldienst* 74(4), 54–56.

Liu, N. und T. Hale (2021), »China's exporters hit by global shortage of shipping containers«, *Financial Times,* 28. Februar, verfügbar unter: https://www.ft.com/content/71818164-9f74-48ad-af10-88c3acf30190, aufgerufen am: 8. Juni 2021.

Organisation for Economic Co-operation and Development (2021), *OECD Economic Outlook, Volume 2021 Issue 1: Preliminary version,* Nr. 109, OECD Publishing, Paris.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), *Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert,* Frühjahr 2016, München.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2021), *Pandemie verzögert Aufschwung – Demografie bremst Wachstums,* Frühjahr 2021, Essen.

Statistisches Bundesamt (2017), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Vierteljährliche Inlandsproduktberechnungen nach ESVG 2010, Methoden und Grundlagen, Ausgabe 2017,* Wiesbaden 2017.

Uhlig, H. (2017), »Shocks, Sign Restrictions, and Identification«, in: B. Honoré, A. Pakes, M. Piazzesi, und L. Samuelson (Hrsg.), *Advances in Economics and Econometrics: Eleventh World Congress* (Econometric Society Monographs), Cambridge University Press, Cambridge, 95–127.

Wollmershäuser, T. (2021), »Konjunkturelle Auswirkungen der zweiten Coronawelle auf ausgewählte Wirtschaftsbereiche«, *ifo Schnelldienst digital* 5.

Wollmershäuser, T., F. Eckert, M. Göttert, C. Grimme, C. Krolage, S. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, H. Mikosch, S. Neuwirth und W. Nierhaus (2019), »ifo Konjunkturprognose Winter 2019: Deutsche Konjunktur stabilisiert sich«, *ifo Schnelldienst* 72(24), 27–89.

Wollmershäuser, T., M. Göttert, C. Grimme, S. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, M. Menkhoff, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Reif, P. Sandqvist, R. Šauer, M. Stöckli und A. Wolf (2020), »ifo Konjunkturprognose Winter 2020: Das Coronavirus schlägt zurück – erneuter Shutdown bremst Konjunktur ein zweites Mal aus«, *ifo Schnelldienst* 73, Sonderausgabe Dezember, 3–61.

Wollmershäuser, T., M. Göttert, C. Grimme, S. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Reif, P. Sandqvist, R. Šauer und M. Stöckli (2021), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2021: Deutsche Wirtschaft taumelt in die dritte Coronawelle«, *ifo Schnelldienst digital* 9.

Yinug, F. (2021), »Chipmakers Are Ramping Up Production to Address Semiconductor Shortage. Here's Why that Takes Time«, Semiconductor Industry Association, Blog, 26. Februar.

5. Tabellenanhang

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020 (1)	2021 (2)	2022 (2)	2020 (1)		2021 (2)		2022 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	– 1,0	0,1	1,2	– 0,5	– 1,5	– 0,8	1,0	1,6	0,9
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	– 3,8	1,4	2,1	– 5,0	– 2,6	0,3	2,3	4,5	0,0
Arbeitsvolumen	– 4,7	1,5	3,4	– 5,5	– 4,0	– 0,5	3,3	6,1	0,9
Produktivität 4)	0,0	1,8	0,9	– 1,1	1,0	3,0	0,7	0,6	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	– 4,8	3,3	4,3	– 6,5	– 3,0	2,5	4,1	6,8	2,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2466,0	2583,3	2756,9	1195,9	1270,1	1220,1	1363,2	1345,0	1411,9
Private Konsumausgaben 5)	1711,6	1790,7	1953,2	832,2	879,4	834,9	955,8	954,3	999,0
Konsumausgaben des Staates	754,4	792,6	803,6	363,7	390,7	385,2	407,4	390,7	412,9
Bruttoanlageinvestitionen	738,4	792,1	840,7	353,1	385,3	373,0	419,1	403,0	437,7
Bauten	388,8	419,7	443,4	191,6	197,2	200,1	219,6	215,2	228,2
Ausrüstungen	215,1	236,0	255,0	98,0	117,1	108,7	127,3	120,9	134,1
Sonstige Anlagen	134,6	136,4	142,3	63,6	71,0	64,2	72,2	66,9	75,4
Vorratsveränderungen 6)	– 61,7	– 17,3	– 12,1	– 11,4	– 50,3	– 5,0	– 12,2	– 1,4	– 10,7
Inländische Verwendung	3142,7	3358,2	3585,5	1537,6	1605,1	1588,2	1770,0	1746,6	1838,9
Außenbeitrag	193,5	174,2	151,9	82,3	111,2	106,8	67,4	86,0	65,9
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	5,8	4,9	4,1	5,1	6,5	6,3	3,7	4,7	3,5
Exporte	1460,1	1661,4	1771,8	703,9	756,2	804,2	857,2	876,8	895,0
Importe	1266,7	1487,2	1619,9	621,6	645,0	697,4	789,8	790,8	829,1
Bruttoinlandsprodukt	3336,2	3532,4	3737,4	1619,9	1716,3	1695,0	1837,5	1832,6	1904,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	– 1,8	4,8	6,7	– 2,4	– 1,3	2,0	7,3	10,2	3,6
Private Konsumausgaben 5)	– 5,3	4,6	9,1	– 5,9	– 4,7	0,3	8,7	14,3	4,5
Konsumausgaben des Staates	7,1	5,1	1,4	6,8	7,3	5,9	4,3	1,4	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	– 1,3	7,3	6,1	– 2,0	– 0,6	5,6	8,8	8,0	4,4
Bauten	4,0	8,0	5,7	5,9	2,3	4,5	11,4	7,5	3,9
Ausrüstungen	– 10,4	9,7	8,1	– 15,5	– 5,8	10,9	8,7	11,2	5,4
Sonstige Anlagen	0,3	1,4	4,3	0,2	0,5	1,0	1,7	4,2	4,4
Inländische Verwendung	– 3,3	6,9	6,8	– 3,2	– 3,3	3,3	10,3	10,0	3,9
Exporte	– 9,7	13,8	6,6	– 12,6	– 6,8	14,2	13,4	9,0	4,4
Importe	– 10,6	17,4	8,9	– 11,4	– 9,9	12,2	22,4	13,4	5,0
Bruttoinlandsprodukt	– 3,3	5,9	5,8	– 4,3	– 2,3	4,6	7,1	8,1	3,7
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015) a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2296,9	2334,9	2452,5	1118,5	1178,4	1112,9	1222,0	1206,2	1246,3
Private Konsumausgaben 5)	1616,6	1641,8	1760,6	783,9	832,7	769,9	871,9	864,6	896,0
Konsumausgaben des Staates	679,2	691,8	692,3	334,0	345,2	341,8	350,0	341,7	350,6
Bruttoanlageinvestitionen	665,4	695,9	724,5	317,4	348,0	329,2	366,6	348,4	376,1
Bauten	332,2	345,3	355,7	162,6	169,6	165,7	179,5	173,4	182,4
Ausrüstungen	206,1	223,9	239,1	94,0	112,1	103,3	120,7	113,5	125,6
Sonstige Anlagen	124,9	124,9	128,4	59,3	65,6	59,1	65,8	60,7	67,7
Inländische Verwendung	2924,7	3020,5	3172,1	1434,4	1490,3	1440,1	1580,4	1556,7	1615,4
Exporte	1426,3	1575,3	1662,9	686,8	739,5	768,6	806,7	824,4	838,5
Importe	1274,6	1420,2	1524,2	625,4	649,2	674,9	745,3	744,9	779,4
Bruttoinlandsprodukt	3078,2	3180,5	3317,5	1497,2	1581,1	1535,0	1645,5	1638,9	1678,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	– 3,3	1,7	5,0	– 4,3	– 2,2	– 0,5	3,7	8,4	2,0
Private Konsumausgaben 5)	– 6,0	1,6	7,2	– 7,3	– 4,6	– 1,8	4,7	12,3	2,8
Konsumausgaben des Staates	3,7	1,9	0,1	3,5	3,9	2,3	1,4	0,0	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	– 2,7	4,6	4,1	– 4,1	– 1,4	3,7	5,4	5,8	2,6
Bauten	2,3	3,9	3,0	2,8	1,9	1,9	5,9	4,6	1,6
Ausrüstungen	– 11,6	8,6	6,8	– 16,7	– 6,9	9,8	7,6	9,9	4,1
Sonstige Anlagen	– 1,1	0,0	2,8	– 1,2	– 0,9	– 0,4	0,3	2,7	2,9
Inländische Verwendung	– 4,1	3,3	5,0	– 4,6	– 3,6	0,4	6,0	8,1	2,2
Exporte	– 9,4	10,4	5,6	– 12,6	– 6,1	11,9	9,1	7,3	3,9
Importe	– 8,4	11,4	7,3	– 9,1	– 7,8	7,9	14,8	10,4	4,6
Bruttoinlandsprodukt	– 4,8	3,3	4,3	– 6,5	– 3,0	2,5	4,1	6,8	2,0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2020 (1)	2021 (2)	2022 (2)	2020 (1)		2021 (2)		2022 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	1,5	3,1	1,6	2,0	1,0	2,5	3,5	1,7	1,5
Private Konsumausgaben 5)	0,7	3,0	1,7	1,5	0,0	2,2	3,8	1,8	1,7
Konsumausgaben des Staates	3,3	3,2	1,3	3,2	3,3	3,5	2,8	1,5	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	2,6	1,9	2,2	0,8	1,9	3,2	2,1	1,8
Bauten	1,7	3,9	2,5	3,0	0,4	2,5	5,2	2,8	2,3
Ausrüstungen	1,3	1,0	1,2	1,4	1,2	1,0	1,0	1,2	1,2
Sonstige Anlagen	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Inländische Verwendung	0,8	3,5	1,7	1,4	0,3	2,9	4,0	1,7	1,6
Exporte	– 0,4	3,0	1,0	0,0	– 0,8	2,1	3,9	1,6	0,5
Importe	– 2,4	5,4	1,5	– 2,6	– 2,2	4,0	6,7	2,7	0,4
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,5	1,4	2,4	0,8	2,1	2,9	1,3	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2387,4	2485,3	2608,6	1183,2	1204,2	1211,5	1273,8	1293,0	1315,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	332,0	350,0	368,7	161,5	170,5	169,6	180,4	181,1	187,6
Bruttolöhne und -gehälter	1511,5	1564,4	1642,6	720,7	790,9	739,1	825,3	785,5	857,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	543,9	570,9	597,4	301,0	242,8	302,8	268,1	326,4	271,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	386,1	468,2	524,9	148,0	238,1	188,0	280,2	232,8	292,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2773,5	2953,5	3133,5	1331,2	1442,3	1399,6	1554,0	1525,8	1607,7
Abschreibungen	657,7	678,9	709,4	329,1	328,6	336,9	342,0	351,7	357,7
Bruttonationaleinkommen	3431,2	3632,4	3842,8	1660,3	1770,9	1736,4	1896,0	1877,4	1965,4
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2501,1	2654,1	2772,2	1194,6	1306,5	1268,6	1385,4	1347,5	1424,7
Arbeitnehmerentgelte	1843,6	1914,4	2011,2	882,2	961,4	908,7	1005,7	966,6	1044,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	657,5	739,7	761,0	312,4	345,2	359,9	379,8	380,9	380,0
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	– 1,5	4,1	5,0	– 1,3	– 1,8	2,4	5,8	6,7	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,4	5,4	5,3	2,8	2,0	5,0	5,8	6,8	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	– 0,7	3,5	5,0	– 0,9	– 0,5	2,6	4,4	6,3	3,8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,0	3,1	3,6	– 0,7	0,6	3,0	3,2	4,5	2,8
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,6	4,0	3,5	– 0,4	1,5	3,5	4,3	4,2	2,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	– 6,0	5,0	4,6	– 4,3	– 8,0	0,6	10,4	7,8	1,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	– 19,3	21,3	12,1	– 30,7	– 10,2	27,1	17,7	23,8	4,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	– 4,5	6,5	6,1	– 5,7	– 3,3	5,1	7,7	9,0	3,5
Abschreibungen	2,8	3,2	4,5	3,6	2,0	2,4	4,1	4,4	4,6
Bruttonationaleinkommen	– 3,2	5,9	5,8	– 4,0	– 2,3	4,6	7,1	8,1	3,7
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	– 2,5	6,1	4,4	– 3,9	– 1,1	6,2	6,0	6,2	2,8
Arbeitnehmerentgelte	– 0,1	3,8	5,1	– 0,2	– 0,1	3,0	4,6	6,4	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	– 8,4	12,5	2,9	– 13,0	– 3,9	15,2	10,0	5,8	0,1
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E. a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1533,6	1583,3	1637,6	733,5	800,1	760,1	823,3	781,6	856,0
Nettolöhne und -gehälter	1019,5	1063,8	1115,4	480,0	539,5	494,6	569,2	523,9	591,5
Monetäre Sozialleistungen	654,4	659,1	665,8	322,7	331,8	334,6	324,5	328,8	337,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,3	139,6	143,5	69,1	71,2	69,2	70,5	71,1	72,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	543,9	570,9	597,4	301,0	242,8	302,8	268,1	326,4	271,0
Sonstige Transfers (Saldo)	– 93,5	– 100,3	– 99,5	– 46,9	– 46,6	– 48,6	– 51,7	– 48,1	– 51,4
Verfügbares Einkommen	1983,9	2053,9	2135,6	987,6	996,3	1014,2	1039,7	1059,9	1075,7
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	57,4	58,7	58,8	27,9	29,5	28,5	30,2	28,6	30,3
Private Konsumausgaben 5)	1711,6	1790,7	1953,2	832,2	879,4	834,9	955,8	954,3	999,0
Sparen	329,7	321,9	241,2	183,3	146,4	207,9	114,1	134,2	107,0
Sparquote 7)	16,2	15,2	11,0	18,1	14,3	19,9	10,7	12,3	9,7
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	2,8	3,2	3,4	2,3	3,3	3,6	2,9	2,8	4,0
Nettolöhne und -gehälter	– 0,1	4,3	4,8	– 0,6	0,4	3,0	5,5	5,9	3,9
Monetäre Sozialleistungen	7,9	0,7	1,0	7,2	8,7	3,7	– 2,2	– 1,8	3,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,6	– 0,5	2,8	3,4	3,9	0,1	– 1,1	2,8	2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	– 6,0	5,0	4,6	– 4,3	– 8,0	0,6	10,4	7,8	1,1
Verfügbares Einkommen	0,7	3,5	4,0	0,7	0,7	2,7	4,3	4,5	3,5
Private Konsumausgaben 5)	– 5,3	4,6	9,1	– 5,9	– 4,7	0,3	8,7	14,3	4,5
Sparen	49,7	– 2,4	– 25,1	47,8	52,2	13,4	– 22,1	– 35,4	– 6,3

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2020 (1)	2021 (2)	2022 (2)	2020 (1)		2021 (2)		2022 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	771,4	818,8	861,5	388,1	383,3	397,8	421,0	426,5	435,0
Nettosozialbeiträge	607,1	632,0	665,9	295,0	312,0	307,9	324,1	328,4	337,5
Vermögenseinkünfte	19,5	15,1	17,3	11,6	7,8	7,6	7,5	10,0	7,3
Sonstige Übertragungen	24,1	24,4	24,7	11,2	12,9	11,4	13,1	11,5	13,2
Vermögensübertragungen	15,4	14,6	14,9	7,0	8,4	7,1	7,5	7,2	7,7
Verkäufe	125,6	127,4	130,9	57,9	67,7	59,1	68,3	60,7	70,1
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen insgesamt	1563,1	1632,5	1715,3	771,0	792,2	790,9	841,6	844,4	871,0
Ausgaben									
Vorleistungen	209,3	212,6	204,2	97,3	112,0	100,6	112,0	94,8	109,3
Arbeitnehmerentgelte	283,7	291,0	296,9	136,2	147,5	140,2	150,8	142,1	154,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	22,2	23,1	20,6	11,7	10,5	14,1	9,0	12,5	8,1
Subventionen	71,0	78,5	40,3	37,3	33,7	48,9	29,6	18,7	21,6
Monetäre Sozialleistungen	593,0	597,0	603,9	292,1	301,0	303,7	293,4	297,8	306,1
Soziale Sachleistungen	311,2	336,8	350,7	150,2	161,1	163,9	172,8	173,4	177,3
Sonstige Transfers	82,6	92,1	91,5	39,9	42,7	45,6	46,5	45,4	46,1
Vermögenstransfers	47,7	56,3	56,6	17,6	30,0	22,5	33,8	22,7	33,9
Bruttoinvestitionen	92,3	96,4	101,0	41,0	51,3	42,9	53,6	45,0	56,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,2	– 1,2	– 1,2	– 0,5	– 0,7	– 0,5	– 0,7	– 0,5	– 0,7
Ausgaben insgesamt	1712,3	1782,9	1764,9	823,0	889,3	881,9	901,0	852,1	912,9
Finanzierungssaldo	– 149,2	– 150,4	– 49,6	– 52,1	– 97,1	– 91,0	– 59,4	– 7,7	– 41,9
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	– 6,7	6,1	5,2	– 6,7	– 6,8	2,5	9,8	7,2	3,3
Nettosozialbeiträge	1,6	4,1	5,4	1,8	1,5	4,4	3,9	6,6	4,1
Vermögenseinkünfte	– 11,3	– 22,5	14,4	– 11,7	– 10,7	– 34,4	– 4,9	30,6	– 2,2
Sonstige Übertragungen	– 4,3	1,3	1,4	– 1,1	– 6,9	1,3	1,4	1,3	1,4
Vermögensübertragungen	11,7	– 5,0	2,1	15,8	8,5	1,0	– 10,0	2,3	1,8
Verkäufe	0,6	1,5	2,7	– 1,2	2,1	2,0	1,0	2,8	2,7
Sonstige Subventionen									
Einnahmen insgesamt	– 2,9	4,4	5,1	– 3,0	– 2,8	2,6	6,2	6,8	3,5
Ausgaben									
Vorleistungen	15,1	1,6	– 4,0	17,2	13,2	3,4	0,0	– 5,7	– 2,4
Arbeitnehmerentgelt	4,5	2,6	2,0	4,4	4,5	2,9	2,2	1,4	2,6
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	– 19,0	3,9	– 10,7	– 18,1	– 20,0	20,2	– 14,3	– 11,1	– 10,1
Subventionen	130,5	10,5	– 48,7	159,3	105,2	31,0	– 12,1	– 61,8	– 27,1
Monetäre Sozialleistungen	8,7	0,7	1,2	7,9	9,6	4,0	– 2,5	– 1,9	4,4
Soziale Sachleistungen	3,6	8,2	4,1	1,6	5,6	9,2	7,3	5,8	2,6
Sonstige Transfers	11,3	11,6	– 0,6	8,9	13,8	14,3	9,0	– 0,5	– 0,8
Vermögenstransfers	16,3	18,0	0,6	26,1	11,2	27,3	12,6	1,1	0,3
Bruttoinvestitionen	7,2	4,4	4,8	8,9	5,8	4,5	4,4	4,9	4,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
Ausgaben insgesamt	**9,9**	**4,1**	**– 1,0**	**9,9**	**9,9**	**7,2**	**1,3**	**– 3,4**	**1,3**
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	– 4,5	– 4,3	– 1,3	– 3,2	– 5,7	– 5,4	– 3,2	– 0,4	– 2,2

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
3) Geleistete Arbeitsstunden.
4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

ZULETZT ERSCHIENEN

THEMA IM NÄCHSTEN IFO SCHNELLDIENST:

ifo Schnelldienst 7/2021 erscheint am 14. Juli 2021

Wirtschaftspolitische Herausforderungen Deutschlands in der Post-Merkel-Ära

10 Vorschläge des ifo Instituts für die kommende Legislaturperiode